

IHK WirtschaftsFORUM

Ihr Unternehmermagazin für die Region FrankfurtRheinMain

A 4836 | Jahrgang 149



**10_ Gute
Aussichten**
IHK-Jahresempfang

**50_ „Lage allein
reicht nicht mehr“**
FrankfurtRheinMain

**56_ Bundesbeste
in Berlin geehrt**
Ausbildung



Aus Frankfurt – in die Welt!

Erfolgreich im Auslandsgeschäft.

Wenn Sie weltweit agieren, ist ein verlässlicher Finanzpartner essentiell für Ihren Erfolg.

Die Frankfurter Sparkasse unterstützt Sie bei Ihren internationalen Herausforderungen und bietet maßgeschneiderte Lösungen.



[www.frankfurter-sparkasse.de/
international](http://www.frankfurter-sparkasse.de/international)

 Frankfurter
Sparkasse

1822

**Liebe Leserinnen, liebe Leser!**

Die Kommunalwahl rückt näher und mit ihr die Frage, wie handlungsfähig unsere Städte, Gemeinden und Kreise künftig sein werden. Für die Wirtschaft in Frankfurt, im Hochtaunuskreis und im Main-Taunus-Kreis ist das von zentraler Bedeutung. Denn viele der Herausforderungen, die Unternehmen täglich spüren, entstehen vor Ort: bei Verkehrskonzepten, Flächenentscheidungen, Genehmigungsverfahren oder der digitalen Leistungsfähigkeit der Verwaltung.

„Zukunftsfähige Kommunen entstehen dort, wo Wirtschaft, Politik und Verwaltung gemeinsam handeln“

Ob Dauerbaustellen in Frankfurt, fehlende Gewerbegebäuden im Hochtaunus oder überlastete Verkehrsachsen im Main-Taunus: Diese Themen sind keine Randnotizen, sondern beeinflussen Investitionen, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit unmittelbar. Kommunalpolitik prägt den Standort stärker, als es auf den ersten Blick vielleicht erscheinen mag. Gerade deshalb braucht es jetzt konkrete Antworten. Die Wirtschaft erwartet keine perfekten Lösungen, wohl aber klare Prioritäten, verlässliche Prozesse und den Mut, Entscheidungen zu treffen. Mobilität, Wachstum sowie Umwelt- und Klimaschutz sollten zusammengedacht werden: realistisch, umsetzbar und im Dialog mit den Betrieben.

Die IHK Frankfurt versteht sich dabei als konstruktiver Partner. Unser Ziel ist es, die Perspektive der Unternehmen in die kommunalen Debatten einzubringen und deutlich zu machen: Zukunftsfähige Kommunen entstehen dort, wo Wirtschaft, Politik und Verwaltung gemeinsam handeln. Die Kommunalwahl bietet genau die Chance, dies für die Wirtschaft zu ändern. Nutzen wir sie.

Ulrich Caspar
Präsident, IHK Frankfurt

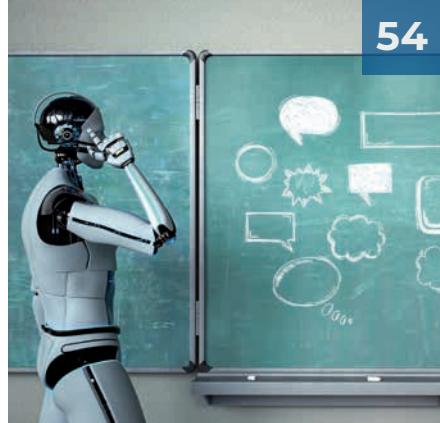


02 | 03_

FOKUSTHEMA

Chancen- märkte

Um sich zukunftssicher aufzustellen, wagen sich viele deutsche Unternehmen auf neue Märkte. Unterstützt werden sie hierbei auch durch die IHK und das weltweite Netzwerk der Auslandshandelskammern.



3_ Vorwort**6_ Kurzmeldungen****IHK intern**

- 10_ Jahresempfang: Gute Aussichten**

Fokusthema Chancenmärkte

- 15_ Außenwirtschaft: Wachstumsmärkte erschließen**
24_ Gopa, Bad Homburg: In der Region verwurzelt
26_ Lufthansa, Indien: Konsumfreudige Mittelschicht
28_ Bulgarien: Ein Innovations-Hotspot
29_ Südostasien: Handelsbeziehungen ausbauen

Special: Kommunalwahlen in Hessen 2026

- 31_ Kommunalwahl 2026: Starke Kommunen, starke Wirtschaft**

Unternehmensreport

- 44_ Chillybytes: IT-Beratung mit Weitblick**

Metropolregion FrankfurtRheinMain

- 50_ 20 Jahre FrankfurtRheinMain GmbH: „Lage allein reicht nicht mehr“**
53_ Innenstadtkampagne: „Gönn dir Frankfurt“

Aus- und Weiterbildung

- 54_ Digitalpakt: Bildung zukunftsfähig aufstellen**
56_ Frankfurt: Bundesbestenehrung in Berlin

60_ Amtliches

- 66_ Zurückgeblättert | Vorschau**

FUSSBALL-FRAUEN-EM 2029

Frankfurt ist Spielort

Foto: Picture Alliance/Keystone, Cyril Zingaro



Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) hat Anfang Dezember den Zuschlag für die Uefa Women's Euro 2029 bekommen. Damit findet erstmals seit 2001 wieder eine Frauen-Europameisterschaft in Deutschland statt. Zu den acht Spielorten des Turniers zählt auch Frankfurt. „Die Entscheidung für Deutschland und damit für Frankfurt als Spielort ist ein großartiges Signal für den Frauenfußball und für unsere Sportstadt“, sagt Oberbürgermeister und Sportdezernent Mike Josef. „Frankfurt hat eine lange Tradition darin, große Fußballmomente zu ermöglichen. Und wir werden alles daran setzen, auch 2029 ein unvergessliches Erlebnis zu schaffen.“ www.dfb.de



Foto: Julia Lotz, Carolin Stier

Kommunalwahlchecks im Hochtaunus und Main-Taunus: Angesichts der anstehenden Kommunalwahlen hat die IHK Frankfurt im Rahmen ihrer Kommunalwahlkampagne „Wirtschaft wählt Zukunft“ zu Podiumsgesprächen mit Vertretern der in den Kreistagen im Hochtaunus und Main-Taunus vertretenen Parteien eingeladen. „Wir wollen, dass Unternehmen an ihrem Heimatstandort weiter investieren und wachsen können“, sagte IHK-Präsident Ulrich Caspar. Der Kommunalwahlcheck Frankfurt findet am Donnerstag, 12. Februar, ab 17 Uhr, statt. Anmeldung und Infos: www.frankfurt-main.ihk.de

 [Veranstaltungen](http://www.frankfurt-main.ihk.de). Die Positionen der IHK Frankfurt zur Kommunalwahl können Sie hier nachlesen: www.frankfurt-main.ihk.de  [Wipos Kommunalwahl](http://www.frankfurt-main.ihk.de)

IHK-NEWSLETTER

Am Puls der Wirtschaft bleiben und den Newsletter der IHK Frankfurt am Main abonnieren:

> www.frankfurt-main.ihk.de/newsletter





INNOVATION

Hessischer Website Award verliehen

Das BIEG Hessen hat kleine und mittlere Unternehmen mit dem 15. Hessischen Website Award für herausragende Internetauftritte ausgezeichnet. Den ersten Platz belegte die Website des Unternehmens Pergano, Obertshausen, das Verpackungs- und Tischausstattung für die Gastronomie herstellt. Auf den zweiten Platz kam Stauraum, Dreieich, ein Online-spezialist für individuelle Ordnungssysteme. Den dritten Platz sicherte sich die Sektmanufaktur Rheinrocks, Hattersheim. „Websites müssen heutzutage deutlich mehr leisten als nur zu informieren. Sie müssen echten Mehrwert bieten, Charakter zeigen, den Kundennutzen klar kommunizieren, Orientierung bieten und nützliche Services oder Tools bereitstellen“, sagte Dr. Clemens Christmann, Hauptgeschäftsführer, IHK Frankfurt. www.bieg-hessen.de

AUSBILDUNG

Reformstau an Berufsschulen wächst

Die IHK Frankfurt warnt vor einem wachsenden Reformstau an den Frankfurter Berufsschulen. Marode Gebäude, unzureichend ausgestattete Fachräume und fehlende Entwicklungsflächen beeinträchtigten nicht nur die Qualität des Unterrichts, sondern schwächen auch die Attraktivität der beruflichen Bildung insgesamt, betont IHK-Präsident Ulrich Caspar. Die IHK appelliert daher an die Stadt Frankfurt, zeitnah tragfähige Lösungen für die Sanierung und Weiterentwicklung der Berufsschulstandorte vorzulegen. „Wer junge Menschen für die Berufswelt gewinnen will, sollte Lernorte schaffen, die den Anforderungen moderner Berufe gerecht werden.“

HOCHTAUNUSKREIS

Startschuss für die U2-Verlängerung

Der Spatenstich für die Verlängerung der U2 markierte im Dezember den Beginn eines Projekts, das die Mobilität in der Region spürbar verändern wird. Das Ziel: die nördliche Metropolregion RheinMain besser mit dem öffentlichen Nahverkehr zu verbinden. Die um 1,6 Kilometer verlängerte Bahnlinie soll nach der Fertigstellung an der neuen unterirdischen U-Bahn-Haltestelle Gonzenheim beginnen. Sie führt dann zunächst für 355 Meter durch einen Tunnel, um dann auf einer eigenen Trasse entlang der bestehenden Gleise zum Bahnhof nach Bad Homburg zu fahren. Damit entsteht eine schnelle Direktverbindung in die Frankfurter City mit Anbindung an das Frankfurter S- und U-Bahn-Netz und an die Regionalverkehre der Bahn. Insgesamt ist eine Bauzeit von etwa vier Jahren geplant. www.bad-homburg-u2.de

STANDORTPOLITIK

Neue Studie: Einkaufen in Frankfurt



Foto: Picture Alliance/W2A/Art Thorsten Wagner



Eine neue Studie im Auftrag der IHK Frankfurt, der Stabsstelle Stadtmarketing und der Wirtschaftsförderung Frankfurt analysiert, wer die Innenstadt und die Einkaufsstraßen besucht, wie attraktiv sie wahrgenommen werden und welche Rolle die Bewohner des Umlandes spielen. Auf Basis aktueller Daten von Ende 2024 zeigt die Studie „Einkaufen in Frankfurt“, wo Stärken liegen, wo Handlungsbedarf besteht und welche Maßnahmen Besucher sich für die Zukunft wünschen – eine fundierte Grundlage für die Weiterentwicklung von Frankfurts zentralen Einkaufs- und Begegnungsorten.

IMPRESSUM

Mitteilung der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main

IHK WirtschaftsFORUM

Ihr Unternehmermagazin für die Region FrankfurtRheinMain

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main
Börsenplatz 4, 60313 Frankfurt am Main
Telefon 069/2197-0, Fax 069/2197-1424
Internet www.frankfurt-main.ihk.de



Verantwortlich für den Inhalt

Patricia C. Borna, Geschäftsführerin,
Unternehmenskommunikation, IHK Frankfurt

Chefredakteurin

Petra Menke, Telefon 069/2197-1203
E-Mail wirtschaftsforum@frankfurt-main.ihk.de

Nachdruck, auch auszugsweise, und elektronische Vervielfältigung von Artikeln und Fotos nur nach Rücksprache und mit Quellenangabe. Nachdruck von Namensbeiträgen nur mit der Genehmigung des Verfassers. Belegexemplar erbeten.

Die mit Namen des Verfassers gekennzeichneten Artikel geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main wieder.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit der Texte wird in allen Veröffentlichungen und auf den Webseiten der IHK Frankfurt auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Selbstverständlich sind von unseren Angeboten und in unserer Kommunikation stets alle Geschlechter angesprochen.

Titelbild: Adobe Stock/TensorSpark

Verlag

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG
Sontraer Straße 6, 60386 Frankfurt am Main
Geschäftsleitung Ralf Zarbock
www.zarbock.de

Anzeigenleitung

Ralf Zarbock, Telefon 069/420903-75
E-Mail verlag@zarbock.de

Grafik

Druck- und Verlagshaus Zarbock

Anzeigenpreisliste

Nr. 127 vom 1. November 2025

Druck

Dierichs Druck+ Media GmbH & Co. KG, Kassel



Das Magazin wird auf umweltfreundlichem FSC®-zertifiziertem Papier gedruckt.

Der Bezug des IHK-Magazins erfolgt im Rahmen der grundsätzlichen Beitragspflicht als Mitglied der IHK. Das IHK WirtschaftsForum ist für Mitgliedsunternehmen der IHK Frankfurt am Main kostenlos. Nichtmitglieder können das Unternehmermagazin für FrankfurtRheinMain abonnieren. Das Jahresabo kostet für Nichtmitglieder 30 Euro. Das IHK WirtschaftsForum erscheint sechsmal pro Jahr.

Ausgabedatum

9. Februar 2026

Einhefter

Haufe Lexware, Freiburg

STANDORTPOLITIK

Landeswettbewerb gestartet: „Ab in die Mitte“

Kommunen, Vereine, private Initiativen und Innenstadtakteure sind zur Teilnahme am Landeswettbewerb „Ab in die Mitte“ aufgerufen. „Es werden kreative und engagierte Projekte gesucht, die mit neuen Nutzungskonzepten, innovativen Impulsen sowie gemeinschaftsfördernden Veranstaltungen und Aktionen zeigen, wie vielfältig und lebendig Hessens Innenstädte sein können“, so Hessens Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori. Bewerbungsschluss ist der 14. Februar. www.abindiemitte-hessen.de

METROPOLREGION

Frankfurter Euro-Skulptur gesichert

Die Euro-Skulptur am Willy-Brandt-Platz bleibt dank des gemeinsamen Engagements der Stadt Frankfurt, der Europäischen Zentralbank sowie der Europa Union Frankfurt erhalten. Die 14 Meter hohe Skulptur von Ottmar Hörl wurde im Dezember 2001 lässlich der Einführung des Euro auf dem Willy-Brandt-Platz auf Initiative von Prof. Manfred Pohl errichtet. „Der Euro als Währung für 21 Länder vereint uns in der Europäischen Union: Wir alle bezahlen täglich damit und internationales Handeln und Reisen ist dank des Euro einfach geworden“, sagte Eileen O’ Sullivan, Frankfurter Dezerentin für Bürger, Digitales und Internationales.



Stehen vor der Euro-Skulptur (v.l.): Prof. Manfred Pohl, Vorstandsvorsitzender, Frankfurter Kultur Komitee, Ottmar Hörl, Künstler, Eileen O’ Sullivan, Dezerentin, Stadt Frankfurt, Klaus Klipp, Vorstand, Europa Union Frankfurt, und Wolfgang Proissl, Generaldirektor für Kommunikation, EZB.

Foto: Stadt Frankfurt, Salome Roessler

HOCHTAUNUS, MAIN-TAUNUS

Jahrbücher 2026 erschienen



Die Jahrbücher der Landkreise Hochtaunus und Main-Taunus sind eine Fundgrube für alle, die sich für Geschichte, Gegenwart, wirtschaftliche Entwicklung und Kultur der Landkreise interessieren. Zahlreiche Autoren berichten über die verschiedenen Aspekte des Kreislebens einst und jetzt – seien es legendäre Gestalten der Kreisgeschichte, bemerkenswerte Baudenkmäler, historische Ereignisse, gegenwärtige Herausforderungen. Erhältlich sind die Jahrbücher im Buchhandel und bei den Landratsämtern.



Cleveres Business Banking mit Tide

Selbstständige und KMUs stehen täglich vor der Herausforderung, Finanzen, Verwaltung und Wachstum gleichzeitig im Blick zu behalten. Tide bietet eine digitale Plattform, die genau hier ansetzt. Geschäftskonto, Buchhaltung, Rechnungsstellung, Tagesgeldkonto und Finanzierungsmöglichkeiten – alles in einem übersichtlichen System und nahtlos mit DATEV integrierbar.

Weltweit nutzen bereits über 1,8 Millionen Unternehmen Tide. Zu den Märkten gehören Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Indien.

Das Geschäftskonto für Selbstständige und kleine Unternehmen

Eine digitale Finanzplattform, die speziell auf die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen zugeschnitten ist. Im Mittelpunkt stehen ein kostenloses Geschäftskonto sowie die bequeme Organisation von Ausgaben, Rechnungen und Buchhaltung über die mobile App. Mit dem stetigen Ausbau neuer Funktionen und der schnellen Umsetzung innovativer Ideen steht Tide für eine neue Generation von Finanzdienstleistungen: digital, transparent und konsequent auf die Bedürfnisse von Konsument*innen ausgerichtet.

Moderne Zahlungslösungen und hohe Sicherheitsstandards

Innovation und Vertrauen spielen im Finanzbereich eine zentrale Rolle. Tide nutzt digitale, nummernlose Karten und bietet so mehr Sicherheit im Alltag und erfüllt neueste Sicherheitsstandards. Zudem ist das

Geschäftskonto im Rahmen der gesetzlichen Einlagensicherung bis zu 100.000 € geschützt.

4,25 %* Rendite auf Ihr angelegtes Tagesgeld

Statt Guthaben ungenutzt auf dem Konto liegen zu lassen, können Unternehmen ihre Einnahmen flexibel anlegen. Mit dem Tide Tagesgeldkonto erhalten Sie in der aktuellen Aktion 4,25 %* Rendite auf Ihr angelegtes Tagesgeld. Das Tagesgeldkonto bei Tide ist kostenlos und Sie behalten jederzeit Zugriff auf Ihr Guthaben.

Schnell und digital zum Firmenkredit

Auf der Tide Kreditplattform finden Unternehmen stressfrei und sicher die passende Finanzierung. Vergleichen Sie Kreditoptionen ohne Auswirkungen auf Ihre SCHUFA-Bonität oder entstehende Verpflichtungen – klar, flexibel und ohne Überraschungen. Im Unterschied zu vielen anderen Plattformen ist dieser Service bei Tide kostenfrei.



“

Jennifer Thiel, Gründerin - die Schwimmerei

“Ich habe mich für Tide entschieden weil das ganze Banking einfach wahnsinnig unkompliziert ist, das beginnt bei der Kontoeröffnung, welche nicht mal einen Tag gedauert hat. Dann die DATEV-Schnittstelle. Das ist für uns eine wahnsinnige Arbeitserleichterung und ermöglicht direkte Kommunikation mit dem Steuerberater.”

tide



Willkommensbonus: 200 € Cashback und 4,25 % aufs Tagesgeld

Im Rahmen einer zeitlich limitierten Aktion bietet Tide neuen Kundinnen und Kunden einen finanziellen Anreiz. Bei Eröffnung eines Geschäftskontos zwischen dem 1. Januar und dem 31. März 2026 erhalten Unternehmen einen Willkommensbonus von 200 € Cashback, sofern sie innerhalb der ersten drei Monate mindestens 500 € über Ihre Tide Card ausgeben. Zudem gibt es 4,25%* Rendite auf angelegtes Tagesgeld. Weitere Informationen zu dieser Aktion sind auf der Website www.tide.co/de/terms/200TIDE26-tnc abrufbar.

*4,25 % p. a. Rendite = 1,5 % p. a. Zinsen auf das Tagesgeldkonto (gezahlt von Adyen N.V.) plus 2,75 % p. a. Tide Bonus bis zum 31.03.2026 auf den Teil Ihres Guthabens auf dem Tagesgeldkonto bis 50.000 €. Beträge über 50.000 € erhalten nur 1,5 % p. a. Zinsen. Es gelten die AGB.

Gute Aussichten

Einmal mehr stand der Jahresempfang der IHK Frankfurt ganz im Zeichen eines Wahlkampfes. War es im Vorjahr die Bundestagswahl, sind es in diesem Jahr die Kommunalwahlen. Doch im Fokus stand auch die Rolle Europas in der Weltpolitik.

2026 könnte für die Region Frankfurt-RheinMain ein ganz besonderes, auch ein besonders gutes Jahr werden. Darin waren sich die Redner des diesjährigen IHK-Jahresempfangs einig. „Es wird ein Jahr der Entscheidungen, kann aber zugleich ein Jahr der Chancen werden“, ist Hessens Ministerpräsident Boris Rhein überzeugt. Mit den Kommunalwahlen am 15. März stehe die erste Entscheidung an. Diese Wahlen dürfen nicht unterschätzt werden: „Wir entscheiden hierbei, wie wir ganz konkret vor Ort zusammenleben wollen.“ Kommunalwahlen seien „echte Richtungsentscheidungen über die Zukunft unserer Kommunen und unseres ganzen Landes“.

Freiheit, Frieden, Sicherheit

Rhein spannte vor den 1500 Gästen den großen Bogen von der Kommunalpolitik bis zur Weltpolitik. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos sei einmal mehr deutlich geworden, dass sich die Welt in einer unfassbaren Geschwindigkeit verändere und alte Gewissheiten ins Wanken gerieten. „Trumps Zölle gefährden unseren Wohlstand, der von Putin entfachte Krieg gegen die Ukraine gefährdet unsere Freiheit und unsere Sicherheit“, betonte Rhein. Deshalb müsse Deutschland wieder ein Spieler auf der Weltbühne werden anstatt Spielball anderer zu sein. „Ganz Europa muss seine Kräfte bündeln und selbstbewusst gemeinsame Interesse formulieren, um stärker und resilenter zu werden“, for-

derte der Ministerpräsident. „Die Zeit der Komfortzone ist vorbei, möglicherweise erleben wir gerade sogar den letzten Weckruf für Europa.“

Projekt Europa

„Zu lange haben wir uns in einer falschen Sicherheit gewogen, zu lange hat Deutschland seine Verteidigungsfähigkeit ausgelagert, vor allem an die Vereinigten Staaten von Amerika“, sagte Rhein. „Jetzt haben wir die große Chance, das Projekt Europa zu einem Bollwerk der Freiheit zu schmieden.“ Dazu gehöre eine umfassende Rüstungsoffensive: „Frieden, Freiheit, Wohlstand sind das Resultat einer verschlossenen Werte- und Verteidigungs-politik.“ Seiner Meinung nach sei es richtig, dass Deutschland so viel wie noch niemals zuvor in die Verteidigung und Sicherheit investiere. Rhein sprach sich klar für eine „Deutschlandgarantie“ aus: Einerseits müsse die Verteidigungsfähigkeit gestärkt werden, andererseits müsse der übergroße Anteil der Wertschöpfung zugunsten der deutschen Rüstungsindustrie erfolgen. Diese „Rüstungs- und Konjunkturoffensive“ stärke auch Deutschlands Souveränität.

„Ich komme gerade aus Davos zurück“, erzählte Frankfurts Oberbürgermeister Mike Josef. Vor einigen Jahren sei die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg die Hauptrednerin auf dem Weltwirtschaftsforum gewesen, jetzt

sei es US-Präsident Donald Trump. „Es ist wahnsinnig, wie schnell sich Rhetorik und Zeitgeist verändert haben.“ Zeitgeist lasse sich stets durch menschliches Handeln gestalten. „Und deshalb ist es so wichtig, dass wir mit der Demokratie und der Achtung der Menschenwürde ein Wertefundament haben, auf dem wir gemeinsam aufbauen können“, so Josef.

„Man glaubt an uns“

In einer Zeit, in der verbindliche Ordnungsrahmen an Bedeutung verlieren, stehe FrankfurtRheinMain weiterhin für Stabilität, Verlässlichkeit und vor allem Respekt. „Wenn wir es hinbekommen, dass sich Wirtschaft und Politik auch in schwierigen Situationen aufeinander verlassen können, bin ich zuversichtlich, dass sich die Metropolregion weiterhin gut entwickelt.“ Der Dreiklang aus Wirtschaftsstärke, einem sozialen Land und der Infrastruktur gehören untrennbar zusammen, ist Josef überzeugt. „Deshalb verstehe ich diejenigen nicht, die das eine gegen das andere ausspielen.“ Denn wenn sich die Wirtschaft gut entwickle, profitierten auch die Menschen in FrankfurtRheinMain davon.

Aus Davos habe er mitgenommen:

„Man glaubt an uns. Deshalb sollten wir auch mehr an uns selbst glauben.“ Den größten Applaus habe er dort bekommen, als er von der bevorstehenden Eröffnung des Terminal 3 des Frankfurter Flughafens „on budget and on time“



1



2



3



4

IHK JAHREMPFANG

- 1 Die Festredner (v.l.): Dr. Clemens Christmann, Hauptgeschäftsführer, IHK Frankfurt, Boris Rhein, hessischer Ministerpräsident, Ulrich Caspar, Präsident, IHK Frankfurt, und Mike Josef, Oberbürgermeister, Frankfurt.
- 2 Dr. Christof Riess, Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, Susanne Wetzel, Präsidentin, Amtsgericht Frankfurt, Sven Volkert, Geschäftsführer, Bürgschaftsbank Hessen, Susanne Haus, Präsidentin, Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, und Pierre Schlosser, Hauptgeschäftsführer, Handwerkskammer Wiesbaden.
- 3 Von links: Melanie Nolte, Inhaberin, Melanie Nolte Authentic Communications, Philipp Jacks, Geschäftsführer, DGB-Region Frankfurt Rhein-Main, und Sabine Schmitt, Inhaberin, Apfelfrüh zum Anziehen.
- 4 Von links: Abubakr Adbelrahim, Generalkonsul der Arabischen Republik Ägypten, Adel A S S Alghenaiman, Generalkonsul des Staates Kuwait, Farid Benoudina, Generalkonsul der Demokratischen Volksrepublik Algerien, und Eunjeong Kim, Generalkonsulin der Republik Korea in Frankfurt.
- 5 Dr. Nargess Eskandari-Grünberg, Bürgermeisterin, und Hilime Arslaner, Stadtverordnetenvorsteherin, Stadt Frankfurt.
- 6 Amin Baghi (l.), Geschäftsführer, esistfreitag Kreativagentur, und Florian Joeckel (r.), Geschäftsführer, Massif Central Projektgesellschaft.
- 7 Folke Mühlhölzer (l.), Vorsitzender der Geschäftsführung, HA Hessen Agentur, und Prof. Frank E. P. Dievernich (r.), Vorstandsvorsitzender, Stiftung Polytechnische Gesellschaft.
- 8 Prof. Kristina Sinemus (l.), hessische Digitalministerin, und Susanne Freifrau von Verschuer (r.), Vizepräsidentin, IHK Frankfurt.
- 9 Joachim Unseld, Geschäftsführer, Frankfurter Verlagsanstalt, und Dr. Marie Grabanowski-Nauheimer, Geschäftsführerin, Frankfurter Personenschiffahrt Anton Nauheimer.
- 10 Petra Roth, Oberbürgermeisterin a.D., Stadt Frankfurt, und Thomas Reichert, Geschäftsführer, Haxen-Reichert Metzgerei-, Gaststätten- und Party-service-Betriebsgesellschaft.



5



6



7



8



9



10

berichtet habe: „Das kriegen nicht viele hin.“ Frankfurts wirtschaftliche Stärke bestehe aber bei Weitem nicht nur aus dem Finanzplatz, sondern in einem breiten Branchenspektrum. Gerade erst sei beispielsweise das World Design Capital Frankfurt eröffnet worden; es stärke die Kreativwirtschaft und habe das Potenzial, Nachhaltiges zu schaffen. „Die regionale Zusammenarbeit profitiert von solch konkreten Kooperationsmöglichkeiten“, bekräftigte der Oberbürgermeister.

Deutschlands Wirtschaftslokomotive

IHK-Präsident Ulrich Caspar verbreitete Optimismus gleich zu Beginn seiner Rede: „2026 ist ein Jahr des Aufschwungs.“ Obwohl das Wirtschaftswachstum in Deutschland zwei Jahre lang stagnierte, sei die Wirtschaft in FrankfurtRheinMain zumindest leicht gewachsen. „Wir tragen aber nicht nur für unseren IHK-Bezirk Verantwortung, sondern als starke Wirtschaftsregion ist es unsere Aufgabe, eine Wirtschaftslokomotive für ganz Deutschland zu sein“, so Caspar. „Denn Politik kann nur investieren und gestalten, wenn die notwendigen Steuermittel erwirtschaftet werden.“

Bei einem Blick in die deutsche Vergangenheit habe sich stets ein enger Zusammenhang zwischen Infrastrukturausbau und Wachstumsdynamik gezeigt. „Das können wir heute beispielsweise auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Korea oder China beobachten“, sagte der IHK-Präsident. „Wenn wir in Deutschland wirtschaftlich wieder signifikant wachsen wollen, müssen wir Infrastrukturen wieder stärker und schneller ausbauen.“ Dies betreffe unter anderem die Bereiche Verkehr, Zukunftstechnologien und digitale Infrastruktur. „Im nächsten Schritt werden sich dann natürlich alle, die im Bereich Künstliche Intelligenz unterwegs sind, dorthin orientieren, wo es Zuwachspotenziale für Rechenzentren gibt“, ist Caspar überzeugt.

Das Ende der Geduld

Als eines der zentralen Themen für Unternehmen nannte Caspar den Abbau von Überregulierung. Hatte Ministerpräsident Rhein in seiner Rede zuvor versichert, Hessen treibe das Thema konsequent voran, damit Bürokratie das Land „stabilisiere, aber nicht stranguliere“, ging das dem IHK-Präsidenten noch nicht weit genug. „Jeder Ansatz, weniger Bürokratie zu erzeugen, ist gut“, so Caspar. Mit dem Team um den hessischen Entbürokratisierungsmünster Manfred Pentz sei eine engagierte Mannschaft am Start. In den 77 Jahren seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland sei jedoch eine Regel nach der anderen hinzugefügt worden. Wenn mit der gleichen Technik und im gleichen Tempo sozusagen mit der Pinzette einzelne Bestimmungen wieder entfernt werden, würde das nochmal so lange dauern: „Ich befürchte, die Bürger und Wähler werden den demokratischen Politikern dafür nicht 77 Jahre Zeit geben.“

Für den neuen IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Clemens Christmann war der diesjährige Jahresempfang eine Premiere. Beim Zuhören habe er sich gefragt, wie ChatGPT diese drei beeindruckenden Reden zusammengefasst hätte: „Vermutlich hätte der Chatbot gesagt: Okay, das ist Ludwig Erhard.“ Christmann verwies darauf, dass der frühere Bundeswirtschaftsminister und Bundeskanzler in den Nachkriegsjahren im historischen Gebäude der IHK Frankfurt die Währungs- und Wirtschaftsreform erarbeitet habe. „Ein mutiger Mann, der disruptive Deregulierung und Innovation ermöglicht hat, als unser Land vor knapp 80 Jahren in Schutt und Asche lag.“ Eine Gedenktafel am IHK-Gebäude erinnere an den Vater der Sozialen Marktwirtschaft.

Ein Turnaround-Jahr

„Wenn draußen am IHK-Gebäude ‚Ludwig Erhard‘ dransteht, muss auch ‚Lud-

wig Erhard‘ drin sein“, scherzte Christmann. „Das ist unser Leitbild und deshalb dürfen wir uns auch mehr Veränderungen zumuten.“ Es sei Verpflichtung, in Unternehmen und im öffentlichen Allgemeinwesen konsequenter zu reformieren, um Wachstum und Wohlstand zu generieren und zu sichern. „Deswegen lassen Sie uns 2026 als Jahr der Chancen, wie Ministerpräsident Rhein sagt, als Jahr des Aufschwungs, wie IHK-Präsident Caspar sagt, und als Jahr der Gemeinsamkeit von Ökonomie, sozialer Teilhabe und guter Infrastruktur, wie Oberbürgermeister Josef sagt, begreifen“, appellierte Christmann an die Repräsentanten aus Wirtschaft, Politik und Stadtgesellschaft. „Dann haben wir gute Chancen, dass 2026 ein Jahr wird, von dem wir rückblickend sagen: Das war ein Turnaround-Jahr.“



IHK ONLINE

Weitere Fotos vom IHK-Jahrempfang können Sie hier anschauen:

www.frankfurt-main.ihk.de
 **Jahrempfang 2026**



DIE AUTORIN



Petra Menke

Chefredakteurin, IHK WirtschaftsForum
p.menke@frankfurt-main.ihk.de



1



2



3



4



5



6



7



8



9



10



IHK JAHRESEMPFANG

1 Von links: Ulrich Krebs, Landrat Hochtaunuskreis, Roland Koch, hessischer Ministerpräsident a.D., und Christian Heinz, Minister der Justiz und für den Rechtsstaat in Hessen.

2 Von links: Oliver Klink, Vorstandsvorsitzender Taunus-Sparkasse, Dr. Michael Maxelon, Vorstandsvorsitzender Mainova, und Dr. Stefan Schulte, Vorstandsvorsitzender, Fraport.

3 Von links: Dr. Arnd Klein-Zirbes, Hauptgeschäftsführer, IHK Kassel-Marienburg, Dr. Andreas Freund, Hauptgeschäftsführer, IHK Aschaffenburg, und Dr. Sascha Genders, Hauptgeschäftsführer, IHK Würzburg-Schweinfurt.

4 Von links: Dr. Stefan Söhngen, Geschäftsführer, Relationing, Volker Ludwig, Vizepräsident, IHK Frankfurt, und Dr. Thomas King, Vorstandsmitglied, De-Cix Management.

5 Dr. Clemens Christmann (l.), Hauptgeschäftsführer, IHK Frankfurt, und Alexander Wald (r.), Kapitän zur See, Streitkräfteamt der Bundeswehr.

6 Oliver Munzel, geschäftsführender Gesellschafter, All Service Gebäudedienste, und Petra Munzel, Architektin.

7 Uwe Becker (l.), Präsident, Hessischer Rechnungshof, und Michael Cyriax (r.), Landrat, Main-Taunus-Kreis.

8 Detlef Braun, Geschäftsführer, Messe Frankfurt, und Alicja Feltens, Präsidentin, Marketing Club Frankfurt.

9 Dr. Philipp Demandt (l.), Direktor, Städel Museum, und Prof. Roman Poseck (r.), hessischer Minister des Innern für Sicherheit und Heimatschutz.

10 Ulrich Caspar (l.), Präsident, IHK Frankfurt, und Wolfgang Siefert, Dezernent für Mobilität, Stadt Frankfurt.



Foto: mauritius images / Hipix, Alamy Stock Photos

Wachstumsmärkte erschließen

Um wettbewerbsfähig zu bleiben und sich zukunftssicher aufzustellen, wagen sich viele deutsche Unternehmen auf neue Märkte. Unterstützt werden sie hierbei durch die IHK und das weltweite Netzwerk der Auslandshandelskammern.

Wenn ein spektakulärer Museumsbau wie das Grand-Egyptian-Museum bei Kairo geplant wird oder ein Traditionshaus wie der Louvre in Paris seine Exponate angemessen sichern will, ist die Expertise von Isabel Hahn gefragt. Ihr Frankfurter Unternehmen Glasbau Hahn fertigt in Deutschland Vitrinen mit Klimatechnik, speziellen Sicherheitsgläsern, Alarmtechnik oder auch UV-armem Licht. An mehr als 3000 Museen in 38 Ländern hat der 1829 als Glaserei gegründete Hidden Champion bereits seine Vitrinen geliefert, darunter an das jüngst eröffnete Red-Sea-Museum in Jeddah in Saudi-Arabien, das Center of Islamic Civilisation in Taschkent oder das Gur-Emir-Mausoleum in Samarkand, beide in Usbekistan. Und wenn in diesem Jahr das neue Museum von Star-Wars-Schöpfer George Lucas in Los Angeles eröffnet, werden die Hessen auch dort die Exponate sicher präsentieren.

„Lateinamerika ist wie eine Boutique“

Doch das Geschäft des Nischenanbieters ist komplizierter geworden. „Während früher China ein ausgezeichneter Markt für uns war, wird es nun zunehmend schwieriger, dorthin Vitrinen zu verkaufen“, sagt die Ururenkelin des Unternehmensgründers, die rund 100 Mitarbeiter beschäftigt. Im jüngsten Fünfjahresplan werde großer Wert auf die Beschaffung von Produkten im eigenen Land gelegt. Deshalb sind Anfragen aus China zurückgegangen.

Neues Freihandelsabkommen mit Indien

Das gilt auch für England als Folge des Brexits. In den USA würden die Zölle die Kunden verunsichern. „Dieser Markt bleibt dennoch für unser Unternehmen sehr interessant.“ Potenzial sieht Hahn vor allem in Indien, insbesondere wenn wie erwartet das Freihandelsabkommen mit der EU Anfang 2026 abgeschlossen wird, sowie in Saudi-Arabien und den ehemaligen Ländern der UdSSR wie Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan.

Seit fünf Jahren geht es Schlag auf Schlag. Am 11. März 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation Corona zur Pandemie. Mehrere Lockdowns folgten, Lieferketten rissen, die Wirtschaft kam fast zum Stillstand. Nur zwei Jahre später überfiel Russland die Ukraine, das Russland-Embargo löste eine Energiekrise aus, Preise und Zinsen schossen in die Höhe. Und mit Antritt des neuen US-Präsidenten Do-



IHK ONLINE

Weitere Infos rund um das Thema Chancenmärkte finden Sie auf der IHK-Homepage:

www.frankfurt-main.ihk.de/international



Isabell Hahn, Gesellschafterin, Glasbau Hahn: „Die Auslandshandelskammer hat uns geholfen, potenzielle Kunden zu identifizieren, Termine vor Ort auszumachen und ist mit uns zusammen sogar zu den Gesprächen gegangen.“

Außenwirtschaftsportal Hessen

Ob Start oder Ausbau internationaler Aktivitäten: Das Außenwirtschaftsportal Hessen bietet Mitgliedsunternehmen alles, was sie für den Erfolg auf globalen Märkten benötigen. Hierzu zählen: Zollvorschriften, rechtliche Rahmenbedingungen und Marktdaten, individuelle Beratung (Postleitzahl eingeben und direkt den passenden Ansprechpartner bei der regionalen IHK finden) sowie aktuelle Infos zu Themen wie Handelshemmnissen und Lieferkettenproblemen. Gerade für mittelständische Unternehmen eine wertvolle Unterstützung, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. www.weltweit-erfolgreich.de/hessen

nald Trump Anfang 2025 hat die nächste Krise mit dem US-Handelskrieg begonnen. Störungen in den Lieferketten sind mittlerweile eher die Regel denn die Ausnahme. Lieferungen dringend benötigter Produkte verzögern sich oder fallen ganz aus, Frachtraten steigen, Vorräte müssen angelegt und finanziert werden.

USA bleibt wichtiger Absatzmarkt

Das blieb nicht ohne Folgen für den Export, der immerhin mehr als die Hälfte zum Umsatz der hessischen Unternehmen beiträgt. Im Jahr 2024 exportierten Unternehmen aus Hessen Waren im Wert von 80 Milliarden Euro, knapp zwei Prozent weniger als im Jahr zuvor, bundesweit fiel das Minus mit etwa 1,7 Prozent etwas geringer aus. Wichtigste Absatzmärkte sind die USA, ge-

folgt von Frankreich, Polen, den Niederlanden und Italien. Mit zunehmenden Unsicherheiten und Handelsbarrieren müssen Industrie und Handel ihre Produktionsstätten, Beschaffungs- und Absatzwege diversifizieren.

Als Wachstumsmarkt, als politisch berechenbarer Partner und als logistischer Knotenpunkt rücken neue Wirtschaftsräume in den Fokus und werden Bestandteil des Risikomixes. Welche Regionen positionieren sich erfolgreich? Wie können deutsche Unternehmen profitieren? Wer unterstützt Mittelständler beim Knüpfen neuer Geschäftskontakte ins Ausland? Zu den großen Hoffnungsträgern zählt Indien. Mit Wachstumsraten von jährlich rund sieben Prozent liegt das bevölkerungsreichste Land der Erde unter den großen Wirtschaftsnationen klar vorn, verfügt über eine breite industrielle Basis, ein westlich orientiertes Rechtssystem, wettbewerbsfähige Löhne und eine reformwillige Regierung. Indien punktet zudem mit einem riesigen Absatzmarkt, einer jungen, konsumfreudigen Mittelschicht, lockt neue Industrieansiedlungen in dem noch produktivitätsschwachen Sektor mit Investitionsanreizen und pumpt Milliarden in eine moderne Infrastruktur.

Mercosur-Abkommen

Experten rechnen zudem damit, dass am Tag der Republik, am 26. Januar, das von der Wirtschaft schon lange erwartete Freihandelsabkommen mit der EU verkündet wird. Mehr als 2000 deutsche Unternehmen sind bereits vor Ort. Die besten Chancen räumt Jan Noether, seit August 2025 neuer Hauptgeschäftsführer der Indo German Chamber of Commerce, den Branchen IT und künstliche Intelligenz, chemische Erzeugnisse, Maschinen, Automobilzulieferer, Textilien und allen Aktivitäten im Bereich Nachhaltigkeit ein. Außerdem würden ausländische Unternehmen in Indien immer mehr Global Capability Center eröffnen, die von dort aus für

Israel-Konferenz „Restart Hope – Innovation and Investment“

Montag, 9. März, 9 bis 15 Uhr, IHK Frankfurt

Die Veranstaltungsreihe bringt innovative israelische Start-ups und führende israelische Unternehmen aus unterschiedlichen Hightech-Sektoren mit ausländischen Counterparts und potenziellen Investoren in ausgewählten Wirtschaftsmetropolen und Finanzzentren zusammen und stellt Investitionsmöglichkeiten vor. Themen der diesjährigen Konferenz sind Quantum Computing, Artificial Intelligence, Robotics, Blockchain, Fintech, PropTech, Agritech und Medtech. Die Teilnahme ist kostenfrei, eine vorherige Anmeldung ist erforderlich.

Kontakt: Michael Fuhrmann, Telefon 069/2197-1294, E-Mail m.fuhrmann@frankfurt-main.ihk.de. Infos und Anmeldung: www.restartileconomy.com

den globalen Markt in Forschung und Entwicklung aktiv sind.

Auf ein Freihandelsabkommen setzt auch Orlando Baquero. Seit acht Jahren leitet er den Lateinamerika Verein in Hamburg. Durch den Vertrag zwischen der EU und den südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und bald auch Bolivien (Mercosur-Gruppe) entsteht nach 25-jährigen Verhandlungen die größte Handelszone der Welt mit mehr als 720 Millionen Menschen. Sie umfasst mehr als 31 Prozent der globalen Warenexporte. Geplant ist, Zölle und Handelsbarrieren zwischen der EU und den Mercosur-Staaten weitestgehend abzubauen. Die neue Freihandelszone soll zudem ein Zeichen gegen die protektionistische Zollpolitik von US-Präsident Donald Trump setzen.

Interessante Märkte

Die EU-Kommission schätzt, dass das Abkommen die jährlichen Exporte nach Südamerika um bis zu 39 Prozent (49 Milliarden Euro) steigern kann – und damit mehr als 440 000 Arbeitsplätze in ganz Europa sichert. Besonders große Chancen werden für die Autoindustrie, den Maschinenbau und die Pharmabranche gesehen. Auf Autoimporte in die Mercosur-Länder wird beispielsweise derzeit ein Zoll in Höhe von 35 Prozent fällig. Bis zuletzt hatte es Widerstand in der EU gegeben, weil unter anderem die Landwirte einen enormen Preis-

druck durch günstige Agrarprodukte aus Südamerika befürchten.

Für Baquero überwiegen die Chancen. Seit dem Amtsantritt von Donald Trump blicken die deutschen Unternehmen wieder viel stärker nach Lateinamerika, beobachtet der Hauptgeschäftsführer. Anders als Südamerika umfasst die Re-

gion alle spanisch- und portugiesischsprachigen Länder Amerikas. „Lateinamerika ist wie eine Boutique. Es gibt für jedes Unternehmen einen passenden Markt, abhängig von Branche, Produkt und Kapitalstärke. Die zwei größten Märkte, Brasilien und Mexiko, sind für viele die spannendsten.“ Während man in Brasilien für Brasilien produziere, produziere man in Mexiko, dem Land mit den meisten Freihandelsabkommen, für die Welt.

AHKs unterstützen beim Markteintritt

Zu den Chancenmärkten zählt Baquero trotz politischer Instabilität auch Peru. Der Andenstaat punktet mit günstiger Energie sowie seinen logistischen Anbindungen dank mehrerer Häfen und einem guten, von der Frankfurter Fraport betriebenen Flughafen. Von der stärkeren Industrialisierung der gesamten Region



Orlando Baquero, Hauptgeschäftsführer, Lateinamerika Verein: „In Lateinamerika gibt es für jedes Unternehmen einen passenden Markt, abhängig von Branche, Produkt und Kapitalstärke.“

AUSGEWÄHLTE WACHSTUMSMÄRKTE

- Polen: Anteil am Hessenexport (2025): 5,9 Prozent (plus drei Prozent im Vergleich zu 2024)
- Österreich: Anteil am Hessenexport: 4,8 Prozent (plus 19 Prozent)
- Rumänien: Anteil am Hessenexport: 1,5 Prozent (plus 16 Prozent)
- Dänemark: Anteil am Hessenexport: 1,4 Prozent (plus 28 Prozent)
- Mexiko: Anteil am Hessenexport: 1,2 Prozent (plus 16,3 Prozent)
- Vereinigte Arabische Emirate: Anteil am Hessenexport: 0,7 Prozent (plus 14 Prozent)
- Bulgarien: Anteil am Hessenexport: 0,5 Prozent (plus 20,5 Prozent)

könnte neben Konzernen der deutsche Mittelstand mit seinen traditionell starken Branchen Pharma, Healthcare, erneuerbare Energien sowie Logistik profitieren. Die Vielfalt der 33 lateinamerikanischen Länder birgt jedoch auch Herausforderungen. Baquero rät deshalb vor einem Investment, sei es in Distribution oder Produktion, die Expertise der deutschen IHKs, des Lateinamerika Vereins sowie der AHKs vor Ort etwa bei der Standortwahl oder Firmengründung zu nutzen. Seine Erfahrung: „Praktisch allen Unternehmen, die wir kennen, und die mit einem langfristigen Gedanken gut vorbereitet nach Lateinamerika gegangen sind, geht es gut.“

Mehr Planungssicherheit

Das Freihandelsabkommen mit der Mercosur-Gruppe dürfte den Eintritt in diese Märkte erheblich erleichtern. In einer Welt wachsender Unsicherheit und geopolitischer Spannungen sollen diese bilateralen Verträge neue Märkte erschließen, Lieferketten stabilisieren und der exportorientierten deutschen Wirtschaft Planungssicherheit bieten. Zuletzt hatte die EU Ende September nach neunjährigen Verhandlungen mit Indonesien ein Wirtschaftspartnerschafts- und Investitionsschutzabkommen vereinbart, um die Handels- und Investitionsbeziehungen deutlich zu vertiefen. Erfolgreiche Handelsabkommen bieten der Wirtschaft einen erheblichen Mehrwert. So

sei etwa seit Abschluss des Ceta-Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada, das im Jahr 2022 ratifiziert wurde, der europäisch-kanadische Handel um mehr als 50 Prozent gestiegen, so die DIHK.

Wo international Chancen locken, weiß auch Olaf Hoffmann. Mit heute

7500 Mitarbeitern bietet sein Ingenieur- und Beratungsunternehmen vor allem Planungs-, Beratungs- und Projektmanagementleistungen für komplexe Infrastruktur- und Bauprojekte an. Zu den Kunden der Frankfurter Dorsch Holding gehören private Investoren, Regierungen, öffentliche Institutionen und Entwicklungsbanken. Als Baudienstleister begleitet Dorsch unter anderem Megaprojekte in Saudi-Arabien, wo die Trinkwasser- und Abwasserinfrastruktur saniert beziehungsweise neu gebaut wird. In Qatar managte Dorsch die Erweiterung der Hauptstadt Doha, in Neu-Kairo betreiben die Frankfurter mit dem ägyptischen Staat die Infrastruktur.

Hub für Afrika

„Für den deutschen Mittelstand ist Ägypten eine hervorragende Investitionsopportunität als Hub nicht nur für die arabische Welt, sondern auch für Afrika“, so Hoffmann, dessen Unter-



Foto: Dorsch Global

Olaf Hoffmann, Chairman, Dorsch Holding: „Für den deutschen Mittelstand ist Ägypten eine hervorragende Investitionsopportunität als Hub nicht nur für die arabische Welt, sondern auch für Afrika.“

DREI FRAGEN AN



Victor Bautista, Direktor ProColombia, Frankfurt, über Marktperspektiven für deutsche Unternehmen in Lateinamerika, insbesondere Kolumbien, und wie der Markteintritt für Neueinsteiger gelingen kann

Herr Bautista, nutzen deutsche Unternehmen aktuell alle Chancen in Lateinamerika?

Seit 2023 sehen wir steigende Investitionen deutscher Unternehmen in Lateinamerika. Deutschland ist das europäische Land, das im Jahr 2025 die meisten Greenfield-Investitionsprojekte in Lateinamerika durchgeführt hat. Wir sind aber überzeugt, dass das Potenzial noch nicht ausgeschöpft ist, zumal Freihandelsabkommen wie das seit 2013 bestehende Abkommen

zwischen der EU und Kolumbien den Handel sehr erleichtern.

Wie unterstützt ProColombia beim Markteintritt?

Wir unterstützen Unternehmen mit maßgeschneiderten Infos, die sie benötigen, um zu entscheiden, ob sie unseren Markt in ihre Strategie einbeziehen möchten. Dann helfen wir mit personalisierten Besuchen bei der Entwicklung der Projekte. Wir kooperieren dabei eng mit der AHK Kolumbien.

In welchen Branchen sehen Sie für Neueinsteiger besonders gute Chancen?

Derzeit besteht besonderes Interesse an erneuerbaren Energien, Komponenten und Werften. Kolumbien gehört laut OECD 2025 zu den zehn wachstumsstärksten Märkten.

Die Fragen stellte Monika Goldbach, IHK Frankfurt.



Professionelle Serviceleistungen auf höchstem Niveau.

VON POLL IMMOBILIEN – Ihr renommiertes, traditionsbewusstes Frankfurter Maklerunternehmen. Im Rhein-Main-Gebiet sind wir als Marktführer für Premiumimmobilien mit rund 40 Partner-Shops und über 200 qualifizierten Immobilienprofis für Sie da.

Unsere Kompetenz für Ihr Immobilienanliegen.



von Poll Immobilien GmbH | Zentrale Frankfurt
Feldbergstraße 35 | 60323 Frankfurt am Main
T.: 069 – 26 91 570 | info@von-poll.com

nehmen mit 3000 Beschäftigten größter deutscher Arbeitgeber vor Ort ist. Die Lohn- und Produktionskosten seien sehr gering, das Bildungsniveau in den Städten aber sehr hoch. „Es gibt wenige Planungsbüros in Deutschland, die auf dem hohen technologischen Niveau arbeiten wie wir in Ägypten.“ Auch die Golfstaaten seien ein Standort für Hubs, um zum Beispiel von Qatar die ostafrikanische Küste zu bearbeiten oder in den Vereinigten Arabischen Emiraten einen KI-Hub zu bauen: „Im Bereich KI sind die Golfstaaten sicher Deutschland voraus.“

Mut gehört dazu

Für den Start in Afrika empfiehlt Hoffmann einen Blick auf die sogenannten Compact-Länder in Westafrika, die sich durch überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und Offenheit für Handel auszeichnen: Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Ghana, Guinea, Senegal, Togo und die Demokratische Republik Kongo. Als Teil des „Compact with Africa“-Programms der G20-Staaten erhalten Unternehmen durch verbesserte Investitionsbedingungen, Risikominimie-

lung und bessere Vernetzung in diesen Ländern Vorteile, indem staatliche Förderung mit privaten Investitionen in Infrastruktur und Wertschöpfung verbunden wird. Das soll zu mehr Geschäftschancen, nachhaltiger Entwicklung und dem Zugang zu neuen Märkten führen, etwa bei Energie und Rohstoffen.

Mut gehört allemal dazu, wenn ein Mitteilständler in wenig bekannte Länder geht. Marck Wengrzik, CEO der AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft, lenkt den Blick nach Kasachstan. Der größte Binnenstaat der Welt rückt seit den gegen Russland verhängten Sanktionen immer stärker in den Fokus der deutschen Wirtschaft. Das rohstoffreiche Land wuchs im vergangenen Jahr um erwartet real 5,8 Prozent, für 2026 sagen Experten 4,8 Prozent voraus. Neben der Ölförderung treiben ein robuster Privatkonsum und Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sowie Wohnraum das Wachstum.

„Wie auch das benachbarte Usbekistan haben beide Staaten aber längst nicht mehr nur ein Interesse am Export,

Korea-Büro in der IHK Frankfurt

Seit Frühjahr 2024 unterhält die Korean Chamber of Commerce and Industry (KCCI) eine offizielle Vertretung für Deutschland im Gebäude der IHK Frankfurt. Im IHK-Bezirk sind mehr als 620 koreanische Unternehmen gemeldet. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain gilt als Zentrum der koreanischen Community in Europa. Im IHK-Bezirk Frankfurt lebten Ende 2023 rund 8 100 Koreaner. Kontakt: Jeonghwa Chu, Representative of KCCI in Germany, c/o IHK Frankfurt, E-Mail jhchu@korcham.net

sondern wünschen sich verstärkt lokale Produktion“, sagt Wengrzik. Gute Bedingungen gebe es für großflächige Wind- und Solarparks, ebenso locke ein wachsender Markt für Umwelttechnik (Wasser, Recycling). Zu den Risiken gehört die steigende Inflation, die unter anderem auch eine Folge des niedrigen Ölpreises und der damit einhergehenden Abwertung der kasachischen Währung ist.

DREI FRAGEN AN



Michael Harms, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Berlin, über Herausforderungen und Erfolgsfaktoren in interessanten Wachstumsregionen

Herr Harms, welche Chancenmärkte sind gerade besonders spannend?

In einem herausfordernden geopolitischen Umfeld sind das östliche Europa und Zentralasien insgesamt strategisch wichtige Wachstumsregionen für die deutsche Wirtschaft: Sie bieten ein innovationsfreundliches Umfeld, hohe Wachstumsraten, Rohstoffe für die Energiewende, Potenzial für erneuerbare Energien und gut ausgebildete Fachkräfte.

Was müssen Unternehmen mitbringen, um dort erfolgreich zu sein?

Generell gilt es, die Augen offen zu halten. Wichtige Erfolgsfaktoren sind Marktgespür, gute Produkte und Kundenorientierung. Die Konkurrenz, etwa aus China und den USA, schlaf nicht.

Wie hilft der Ost-Ausschuss dabei?

Der Krieg in der Ukraine und die geopolitischen Verschiebungen verändern die wirtschaftliche Statistik in Mittel-

und Osteuropa sowie Zentralasien. Gewichte verschieben sich, neue Transportwege wie der Mittlere Korridor werden wichtig, alternative Investitionsstandorte, Energie- und Rohstoffpartner rücken in den Blickpunkt. Bei der Um- und Neuorientierung stehen wir als Verband den Unternehmen zur Seite.

Die Fragen stellte Paul Schmitz, IHK Frankfurt.



Mark Wengzik, CEO, AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft: „Wie auch das benachbarte Usbekistan hat Kasachstan längst nicht mehr nur ein Interesse am Export, sondern wünscht sich verstärkt lokale Produktion.“

rung Tenge ist. Laut Wengzik hat die AKA, die in knapp 70 Ländern aktiv ist, bereits zahlreiche Projekte in Kasachstan und Usbekistan finanziert und dabei gute Erfahrungen mit der Zahlungsmoral gemacht.

Chancen für den Mittelstand

Auch die Messe Frankfurt wagte sich auf unbekanntes Terrain, arbeitete zunächst mit einem lokalen Partner und gründete im Herbst 2025 eine Tochtergesellschaft in Saudi-Arabien, um in der schnell wachsenden Messebranche Flagge zu zeigen. 2026 wird sie unter anderem mit dem Verband Dechema die Achema Middle East (unter anderem Chemie, Pharma) in Riad veranstalten. Weitere große Events sorgen für Dynamik. 2030 findet die Expo in Riad statt, 2034 folgt die Fußball-Weltmeisterschaft. „Um unabhängiger vom Öl zu werden, diversifiziert das Land und investiert stark in die Infrastruktur. In den

Bereichen erneuerbare Energien, Maschinen- und Anlagenbau, Wohnungsbau sowie Industriegüter ergeben sich gute Chancen für deutsche Mittelständler“, sagt Joachim Arnold, CEO beim Beratungsunternehmen OCO Global in Frankfurt. Da die Qualitätsansprüche sehr hoch seien, hätten deutsche Anbieter eine gute Ausgangsposition. An Herausforderungen mangelt es allerdings auch nicht.

Ohne Vernetzung geht's nicht

„Die Komplexität wird oft unterschätzt. Deshalb muss man vor Ort sehr gut vernetzt sein, auch mit einem lokalen Management, das die Gegebenheiten des Landes kennt“, rät der Manager. Staatliche Regulierungen seien nicht leicht zu verstehen, Termine mit Geschäftspartnern kämen manchmal nur ad hoc zustande, das Gestalten von Verträgen brauche Zeit. „Und der Kampf um Kunden ist bereits sehr hart.“ Ein Vorteil sei es, wenn man vor Ort ein Regional Headquarter gründe, das übergeordnete Funktionen für die gesamte Region übernehme. „So kommen Unternehmen leichter an Aufträge und werden über ein Konto vor Ort auch schneller bezahlt.“ Laut OCO-Analyse haben sich die Investitionen deutscher Unternehmen in die Golfregion in den vergangenen vier Jahren auf rund 70 Projekte (2025) bereits mehr als verdoppelt.

Wie wichtig die Zusammenarbeit mit lokalen Partnern ist, hat Isabel Hahn in Indien erfahren. Als ihr Unternehmen Vitrinen für das renommierte Bihar-Museum im Bundesstaat Patna lieferte, sorgte eine Kooperation für beschleunigte Abläufe, vor allem bei der Verzollung der Waren und beim Erhalt der Bezahlung. Schon vor ihrem Start in Indien hatte sich die Gesellschafterin von Glasbau Hahn an die Indo German Chamber of Commerce sowie die Deutsche Botschaft in New Delhi gewendet. Auch in Saudi-Arabien unterstützte sie die AHK.

Außenwirtschaftstag Hessen

Donnerstag, 11. Juni, ganztägig, IHK Frankfurt

Der 8. Außenwirtschaftstag Hessen richtet sich an international aktive Unternehmen, die ihre Auslandsgeschäfte gezielt ausbauen und neue Märkte erschließen möchten. Beim Außenwirtschaftstag stehen die individuelle Beratung und der Austausch im Zentrum. Rund 50 Marksexperten aus dem Netzwerk der Deutschen Auslandshandelskammern und ein Dutzend Fachaussteller stehen für Einzelberatungen zur Verfügung, die Termine werden vorab vereinbart. Parallel gibt es spannende Vorträge und Workshops zu interessanten Märkten und Themen. Weitere Infos und Terminreservierung: www.aussenwirtschaftstag-hessen.de



Joachim Arnold, CEO, OCO Global: „Die Komplexität wird oft unterschätzt. Deshalb muss man vor Ort sehr gut vernetzt sein, auch mit einem lokalen Management, das die Gepflogenheiten des Landes kennt.“

„Die Kammer hat uns geholfen, potenzielle Kunden zu identifizieren, Termine vor Ort auszumachen und ist mit uns zusammen sogar zu den Gesprächen gegangen“, sagt Hahn. Es sei ein enormer Vorteil, dass die Experten vor Ort Kunden, Strukturen und Gepflogenheiten kennen würden.

Expertenwissen nutzen

Zudem geben die AHK-Experten ihr Fachwissen in Branchenguides weiter, etwa zur Region Lateinamerika und Karibik, indem sie detailliert die Geschäfts-

chancen beleuchten. Weitere Anlaufstellen sind neben der IHK Frankfurt beispielsweise auch Germany Trade and Invest, Unternehmens- beziehungsweise Fachverbände oder auch die AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft, eines der führenden Finanzinstitute für internationale Export- und Handelsfinanzierungen. In enger Zusammenarbeit mit Euler Hermes und europäischen Exportkreditagenturen unterstützt sie ihre Kunden beim Eintritt in internationale Märkte sowie beim Auf- und Ausbau lokaler Netzwerke und Projekte. Zu den 17 Gesellschaftern gehören unter anderem Deut-

Zollvorteile nutzen



Über das von der EU-Kommission bereitgestellte interaktive Tool „Rosa“ bietet die Access2Markets-Datenbank Exporteuren eine Online-Selbstprüfung der Ursprungsregeln an. Rosa zeigt eine Schritt-für-Schritt-Prüfung der Ursprungsregeln, klare Ja- oder Nein-Ergebnisse zur Präferenzfähigkeit sowie Hinweise zu Lieferantenerklärungen und Nachweisen, außerdem erhält der User einen dokumentierbaren Prüfbericht. Exporteure können somit schnell, verständlich und rechts-sicher entscheiden, ob sie Zollvorteile nutzen können.

sche Bank, Commerzbank und die Landesbank Hessen-Thüringen.

Investitionsgarantien

AKA-CEO Wengzik rät Mittelständlern insbesondere in Ländern mit unsicheren politischen Rahmenbedingungen, auch Investitionsgarantien des Bundes in Anspruch zu nehmen. Diese Investitionsgarantien sollen deutsche Unternehmen vor politischen Risiken wie Enteignung, Krieg oder Transferbeschränkungen bei ihren Direktinvestitionen in risiko-reichen Auslandsmärkten schützen, indem der Bund im Schadensfall entschädigt und präventiv politische Flankierung bietet. „In der Ukraine gab es zum Beispiel den Fall, dass ein Werk eines deutschen Unternehmens während des Krieges zerstört worden ist. Der Eigentümer wurde von der Bundesrepublik Deutschland entschädigt“, so Wengzik.

Als einer von weltweit wenigen großen Vitrinenanbietern muss sich Isabel Hahn eigentlich keine Sorgen um Wachstum machen. Der Erfolg ist trotzdem kein Selbstläufer. Die ständige Suche nach neuen Chancenmärkten gehört für die Gesellschafterin inzwischen genau so zum Alltag wie das Abarbeiten bestehender Aufträge.



DIE AUTORIN



Eli Hamacher

Freie Journalistin, Berlin

eh@elihamacher.de

EU-Mercosur-Abkommen

- Mit dem EU-Mercosur-Abkommen kann eine der größten Freihandelszonen weltweit entstehen – mit rund 800 Millionen Einwohnern. Nach über 25 Jahren Verhandlungen wurde das Abkommen am 17. Juni in Asunción, Paraguay, feierlich unterzeichnet. Der Ratifizierungsprozess wird mehrere Jahre dauern.
- Die EU und der Mercosur haben sich daher auf die provisorische Anwendung eines Interims-Handelsabkommens geeinigt. Dieses kann in Kraft treten, wenn es vom Rat mit qualifizierter Mehrheit unterzeichnet und abgeschlossen wurde, nachdem das Europäische Parlament seine Zustimmung erteilt hat.
- Am 21. Januar haben sich im EU-Parlament zuletzt die Gegner des Abkommens durchgesetzt mit ihrer Forderung, das Interimsabkommen durch den Europäischen Gerichtshof prüfen zu lassen.
- Das Abkommen zielt mittelfristig auch auf den Abbau technischer Handelshemmnisse, etwa durch die Vermeidung doppelter Zertifizierungen. EU-Unternehmen sollen zudem weitgehend gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen in den Mercosur-Staaten erhalten. Diese Prozesse beginnen können allerdings erst nach der Ratifizierung des Abkommens erfolgen.
- Für die europäische Industrie bedeutet das Abkommen einen besseren Zugang zu den südamerikanischen Märkten. Besonders profitieren werden Branchen mit bislang hohen Zöllen bei der Einfuhr in den Mercosur, darunter Kraftfahrzeuge, Kfz-Teile, Maschinen, Chemie, Pharma sowie Bekleidung und Schuhe.

Steckbrief Mercosur

- Vollmitglieder: Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay
- Bevölkerung: etwa 295 Millionen (EU: 450 Millionen)
- Fläche: rund 14,9 Millionen Quadratkilometer und somit mehr als dreieinhalbmal so groß wie die EU

Außenhandel Hessen

- Die hessischen Exporte in die Mercosur-Staaten beliefen sich im Jahr 2025 auf circa 1,2 Milliarden Euro.
- Die hessischen Importe aus den Mercosur-Staaten beliefen sich im Jahr 2025 auf circa 460 Millionen Euro.

Weitere Infos und praktische Tipps zum Thema finden Sie auf unserer Homepage: www.frankfurt-mein.ihk.de/mercosur

IMMOBILIE DES MONATS

Leben
wo der Wein Geschichte schrieb
Johannisberg im Rheingau
Objekt ID: 1705
Kaufpreis: 5.860.000,- Euro



Haben wir Ihr Interesse für diese einzigartige Immobilie geweckt?

Dann rufen Sie einfach Jennifer Peters in unserem Frankfurter Büro unter 069 - 23 80 79 30 an oder schreiben Sie uns eine Email an jennifer.peters@ppsir.de.

Peters & Peters | **Sotheby's**
INTERNATIONAL REALTY

Sie möchten Ihre Immobilie zeitnah verkaufen und u. a. hier bewerben?

Dann rufen Sie einfach Olivier Peters in unserem Frankfurter Büro unter 069 - 23 80 79 30 an oder schreiben Sie uns eine Email an olivier.peters@ppsir.de.



Wir freuen uns auf Sie!



Mitglied der
FRANKFURTER IMMOBILIENBÖRSE
bei der IHK Frankfurt am Main

MEHRFACH AUSGEZEICHNETER SERVICE



SOTHEBY'S INTERNATIONAL REALTY
1.100 BÜROS
26.100 MAKLER
84 LÄNDER

Danziger Straße 50 a
65191 Wiesbaden
0611 - 89 05 92 10

Arndtstraße 24
60325 Frankfurt
069 - 23 80 79 30

Louisenstraße 84
61348 Bad Homburg
06172 - 94 49 153

In der Region verwurzelt



Foto: Stefan Krutsch

Dr. Martin Güldner, Geschäftsführer, Gopa: „Wir setzen Politik in Projekte um.“

„Wir setzen Politik in Projekte um“, beschreibt Dr. Martin Güldner, Geschäftsführer, das Selbstverständnis der von ihm geleiteten Gesellschaft für Organisation, Planung und Ausbildung, kurz Gopa. Mit über 1200 Mitarbeitern ist das Unternehmen für staatliche Akteure, öffentliche Institutionen und Versorgungsbetriebe in mehr als 120 Ländern tätig. Themen und Länderschwerpunkte orientieren sich an der internationalen politischen Agenda. Stand früher Armutsbekämpfung im Fokus, folgten die Sustainable Development Goals (SDGs). Heute stehen Wirtschaftsentwicklung, Handel und Energietransformation im Mittelpunkt – auch bei Wiederaufbauprojekten in Krisen- oder Kriegsregionen wie Syrien, Libyen oder der Ukraine.

Europäischer Marktführer

Die tiefgreifende Branchenexpertise von Gopa basiert auf einer langen Geschichte: Das Unternehmen entstand 1965 als Spin-off des Frankfurter Battelle-Instituts. Die Gründung fiel in eine Zeit, als die Bundesrepublik Deutschland begann, entwicklungspolitisch auf der Weltbühne aktiv zu werden. Entwicklungszusammenarbeit war immer ein Arbeitsfeld mit unterschiedlichen Interessen – von Export- und Handelspolitik über Friedenssicherung bis zu Migration und Sicherheit. Heute greifen diese Bereiche zunehmend ineinander, und die Gopa hat ihr Sektorprofil stetig erweitert.

Organisch gewachsen und durch Zukäufe spezialisierter Beratungsgesellschaf-

ten ist die Gopa heute europäischer und deutscher Marktführer in ihrem Segment. Das Unternehmen bündelt Fachwissen aus den Sektoren Energie und Infrastruktur, Klimaschutz und Landwirtschaft, Beschäftigungsförderung und wirtschaftliche Entwicklung sowie guter Regierungsführung und Antikorruptionsinitiativen. Besonders wichtig ist das Geschäft mit der Europäischen Kommission und ihren Agenturen: „Knapp die Hälfte unseres Jahresumsatzes 2024 haben wir mit Aufträgen der Europäischen Kommission oder anderer EU-Institutionen erwirtschaftet“, so Güldner.

Vielfältige neue Herausforderungen

Die Verschiebung der Schwerpunkte bringt neue Herausforderungen mit sich. Die enge Anbindung an politische Willensbildungsprozesse birgt Risiken: So verlor Gopa durch ein Dekret der neuen US-Administration über Nacht einen wichtigen Markt. Seit 2004 war die Gopa auch für amerikanische Entwicklungsinstitutionen tätig und hatte eigens ein Unternehmen in Washington gegründet. „Es war ein disruptiver und nicht vorhersehbarer Prozess“, sagt Güldner. Ein weiterer Gamechanger sei der rasante technologische Wandel, besonders die fortschreitende Digitalisierung, das Datenmanagement und die Integration künstlicher Intelligenz in die Unternehmensprozesse.

Der Wiederaufbau der Ukraine ist ein zentraler Schwerpunkt für die kommenden Jahre. „Wir wissen nicht, wann der Krieg endet, aber wir dürfen mit unserer Unterstützung für den Wiederaufbau und die EU-Integration nicht bis dahin warten“, betont Güldner. Deshalb wurde in Kiew eine Tochtergesellschaft gegründet; das laufende Projektvolumen beträgt bereits rund 25 Millionen Euro, weitere Angebote liegen vor. Immer mehr ukrainische Mitarbeiter sowie Experten werden eingestellt. Nachhaltige rechtliche und legale Strukturen, Steuer-Compliance und Integritätsmanagement sind für die Arbeit in fragilen Umfeldern unerlässlich. Güldner besuchte bei seiner Reise auch die dortige AHK, die einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und zur Förderung deutscher Investitionen leistet.

Bedeutende Schlüsselländer

Der Blick in die Zukunft zeigt: Deutschland muss neue Auslandsmärkte erschließen, um seine Exportfähigkeit zu erhalten. Regionen wie Zentralasien, Usbekistan, die Ukraine oder Schlüsselländer in Afrika gewinnen an Bedeutung, da traditionelle Märkte wie die USA oder Europa teils wegbrechen. Güldner fordert von der Politik schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen, etwa neue Handels- und Doppelbesteuerungsabkommen. Auch die „verfasste“ Wirtschaft – Verbände, IHKs und AHKs – könne einen wichtigen Beitrag leisten. Güldner ist überzeugt: „Beratungsunternehmen wie Gopa, die global aufgestellt sind und Erfahrung in neuen Märkten haben, werden weiter an Bedeutung gewinnen, da Mischfinanzierungen aus privaten und öffentlichen Mitteln für Infrastrukturprojekte wichtiger werden.“



KONTAKT

Gopa Consulting Group

c/o Gopa
Hindenburgring 18
61348 Bad Homburg
E-Mail info@gopa.eu
www.gopa.eu



DER AUTOR



Paul Schmitz

Referent, International, IHK Frankfurt
p.schmitz@frankfurt-main.ihk.de

**Ihr Komplett-Entsorger
für die Region Rhein-Main**

Der flexible Containerdienst

■ Container-Vielfalt 1-40 m³
■ Gewerbeabfall-Entsorgung
■ Wertstoff-Recycling

K U R Z

www.muldendienst-west.de

Konsumfreudige Mittelschicht

Rund 37,6 Milliarden Euro setzte Lufthansa in 2024 um, damit lag der Umsatz noch über dem bisherigen Spitzenumsumsatz im Vor-Corona-Jahr 2019. Längst ist der Konzern auch in Indien präsent und profitiert von einem aufstrebenden, hoch innovativen Chancenmarkt.

Foto: Eli Hamacher



Kevin Markette, Senior Director, Regional Sales South Asia, Lufthansa Group: „Die Erweiterung der bestehenden Infrastruktur wird sich voraussichtlich bereits kurzfristig positiv auf die Region auswirken.“

Wer Kevin Markette, Senior Director, Regional Sales South Asia, der Lufthansa Group in New Delhi treffen möchte, muss sich durchfragen. „Novotel Pullman Hotel, 2nd Floor Commercial Block, Delhi Aerocity“, lautet die etwas ungewöhnliche Adresse nahe beim internationalen Airport Indira Gandhi. Mit einer kleinen Mannschaft steuert der Manager in einem Geschäftskomplex hinter dem Fünf-Sterne-Hotel seit Juli 2025 das Passagiergeschäft in Südasien. Ein Job, um den ihn viele in der Branche bejubeln dürften. Für die Lufthansa-Gruppe ist das Land, das sich laut Times of India zum fünfgrößten Luftfahrtmarkt der Welt entwickelt und 2024 241 Millionen Fluggäste abgefertigt hat, bereits

einer der wichtigsten Märkte und der zweitgrößte Interkontinentalmarkt hinter den USA.

Digitalaffines Schwellenland

Damit es in dem wachstumsstarken Schwellenland künftig noch stärker aufwärtsgeht, gibt die Regierung unter Premier Narendra Modi allein 2025/26 129 Milliarden US-Dollar unter anderem für moderne Flughäfen aus, etwa in Noida bei Delhi und in Navi Mumbai. Gleichzeitig erleichtert das digitalaffine Indien die Einreise. Im Oktober etwa wurde eine elektronische Ankunfts karte für Ausländer in Indien eingeführt. Sie ersetzt die früher übliche Landekarte aus Papier

und soll die Einwanderungskontrolle beschleunigen.

Zu den Wachstumstreibern im Passagiergeschäft gehören die konsumfreudige Mittelklasse in Indien, die immer häufiger ins Ausland reist, sowie die internationalen Unternehmen, unter anderem mit ihren großen Global Capability Centers, die als Offshore-Service-Einheiten in Indien Unternehmensfunktionen wie Finanzen, Personalwesen, Buchhaltung, Compliance, Vertriebsunterstützung oder auch Software- und Produktentwicklung übernehmen.

Reisekomfort kommt gut an

„Jetzt geht es darum, unsere Position weiter zu stärken, indem wir unsere Flugkapazität von Lufthansa und Swiss in die fünf Metropolen New Delhi, Mumbai, Hyderabad, Chennai und Bengaluru weiterhin an der steigenden Nachfrage anpassen und somit wachsen können“, sagt Markette. Zudem wolle Lufthansa größere Flugzeuge wie den A380 fliegen und auf immer mehr Strecken Flugzeugtypen mit den neuen komfortablen Allegris-Sitzen einsetzen. Denn Komfort kommt auch bei den eigentlich sehr preisbewussten Indern gut an. So ist die Business-Class selbst bei Touristen von und nach Indien stark gefragt. Schließlich wolle man die Codeshare-Partnerschaft mit Lufthansas Kooperationspartner, der Air India Group, ausbauen, um das Streckennetz zu erweitern und die Flüge noch besser auszulasten.



Indira Gandhi International Airport in New Delhi.

Wachstum bringt der Lufthansa-Gruppe, der mittlerweile größten europäischen Airline-Gruppe in Indien, nicht nur das Passagiergeschäft. Auch die Nachfrage nach Luftfrachtkapazitäten aus Indien steigt kontinuierlich mit einer jährlichen Wachstumsrate von zehn bis 15 Prozent. Für Lufthansa Cargo, unter den Top-Ten-Anbietern in der Region, gehören zu den wichtigsten Warensegmenten: Pharmazeutika, Maschinenbauprodukte, Komponenten, Schmiedeteile, Automobilindustrie, Smartphones und Technologie, Kleidung sowie Obst und Gemüse.

„Die Erweiterung der bestehenden Infrastruktur, etwa die neuen Flughäfen in Noida bei Delhi und Navi Mumbai, wird sich voraussichtlich bereits kurzfristig positiv auf die Region auswirken“, sagt Shankar Iyer, Head of Sales and Handling South Asia, Lufthansa Cargo.

KI in der Luftfahrtbranche

Neben Passage und Fracht betreibt Lufthansa im südindischen Bengaluru mit gut 500 Beschäftigten einen großen Standort für Wartung und Instandhaltung von Flugzeugen, nicht nur für die eigene Flotte, sondern zum Beispiel auch für Maschinen von Air India. In Bengaluru, dem Silicon Valley Indiens, eröffnete Lufthansa Systems

Anfang 2025 zudem ein Global Capability Center (GCC), um innovative Technologien wie künstliche Intelligenz in der Luftfahrt voranzutreiben und damit den Flugbetrieb zu optimieren. Im GCC arbeitet Lufthansa mit Infosys, einem der größten IT-Unternehmen Indiens, zusammen. Vom Wachstum im Passagier- und Cargogeschäft sowie der Entwicklung neuer Technologien profitiert letztlich auch Frankfurt, Lufthansas größtes Drehkreuz, Hauptsitz von Vorstand und Management sowie Heimat der Frachtsparte.

Freihandelsabkommen mit der EU

Für Lufthansa-Manager Markette könnte das neue Jahr gleich gut beginnen. Experten rechnen damit, dass am Tag der Republik, am 26. Januar, das lange erwartete und von der Wirtschaft heißersehnte Freihandelsabkommen mit der EU verkündet wird. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat ihr Kommen zugesagt. „Ein Abkommen würde die Wirtschaftsbeziehungen stärken und damit würden viel mehr Kunden zwischen Indien und der EU reisen“, ist Markette überzeugt. Zum 1. Juli soll zudem die Ticketsteuer im Luftverkehr sinken. Mit 350 Millionen Euro will Bundeskanzler Friedrich Merz die Luftverkehrsbranche in Deutschland entlasten.



IHK ONLINE

Weitere Infos und Kontakt zur Deutsch-Indischen Industrie- und Handelskammer / AHK Indien online unter

<https://indien.ahk.de>



DIE AUTORIN



Eli Hamacher

Freie Journalistin, Berlin
eh@elihamacher.de

Ein Innovations-Hotspot

Die Einführung des Euro in Bulgarien wird die Integration des Landes in den europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen, den Handel erleichtern und das Vertrauen internationaler Investoren stärken.

Am 1. Januar hat Bulgarien als 21. Mitgliedsstaat der Eurozone den Euro als offizielles Zahlungsmittel eingeführt. Seit 1997 war der bulgarische Lev erst an die D-Mark und dann an den Euro gekoppelt, sodass der Wechselkurs insbesondere den Deutschen wohlbekannt ist: Ein Euro entsprach 1,95583 Lev. Neben dem stabilen Wechselkurs erfüllt Bulgarien alle Konvergenzkriterien wie die Preisstabilität und solide öffentliche Finanzen – das bestätigen die Europäische Zentralbank und die EU-Kommission. Und auch die wirtschaftlichen Prognosen für Bulgarien sind vielversprechend: So wurde 2025 mit einem BIP-Wachstum von zwei Prozent und für 2026 mit 2,1 Prozent gerechnet.

Historischer Wendepunkt

Dieser Schritt bedeutet weit mehr als eine Währungsumstellung. Er markiert

einen historischen Wendepunkt für die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Gleichzeitig fungiert er als Impulsgeber für Innovation und nachhaltiges Wachstum. „Die Einführung des Euro schafft Investitionssicherheit, reduziert Transaktionskosten und stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit bulgarischer Unternehmen“, betont Sonja Miekley, Hauptgeschäftsführerin der AHK Bulgarien. Bulgarien hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Innovations-Hotspot in Südosteuropa entwickelt. Die Großstädte Sofia, Plovdiv und Varna gelten als Zentren für digitale Transformation und technologische Entwicklung.

Besonders sichtbar wird dies am Insait-Institut, dem ersten Forschungszentrum für künstliche Intelligenz und Computerwissenschaften in Osteuropa mit Weltklasse-Standards. Gegründet mit Unterstützung von Google, Amazon und der bulgarischen Regierung, entwickelt Insait Spitzentechnologien wie BgGPT, das erste große Sprachmodell für Bulgarisch. Es wird bereits von öffentlichen Institutionen wie der Steuerbehörde eingesetzt. Mit der KI-Gigafactory Brain wird dieser Trend noch verstärkt. Im März vergangenen Jahres hat die Europäische Union grünes Licht für das 90-Millionen-Euro-Projekt gegeben.

Start-ups setzen Zeichen

Auch junge Start-ups setzen wichtige Impulse. Alotcloud kombiniert beispielsweise künstliche Intelligenz mit Internet-of-things(IoT)-Technologien zur Opti-

mierung von Energieverbrauch und Resourcenmanagement – ein Beitrag zur grünen Transformation. Costimize hilft Unternehmen, ihre Cloud-Kosten effizient zu verwalten und Finops-Prozesse zu digitalisieren. Mit über 4,5 Millionen Euro Finanzierung zeigt das Start-up, wie technologische Lösungen wirtschaftliche Effizienz steigern können. Diese Beispiele zeigen, wie technologische Innovation und wirtschaftliche Integration in Bulgarien Hand in Hand gehen.



IHK ONLINE

Weitere Infos zur Deutsch-Bulgari-schen Industrie- und Handelskam-mer/AHK Bulgarien online unter

<https://bulgarien.ahk.de>



DIE AUTORIN



Manuela Anastasova

Leiterin Unternehmenskommunikation,

AHK Bulgarien, Sofia

info@ahk.bg



KONTAKT

Deutsch-Bulgarische Indus- trie- und Handelskammer

AHK Bulgarien

Interpred – WTC Sofia

Gebäude A, Etage 3

Dragan Tsankov Blvd. 36

1040 Sofia

Telefon 00359 28 16 30 10

E-Mail info@ahk.bg

Handelsbeziehungen ausbauen

Das neue Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Indonesien bietet auch kleinen und mittelständischen deutschen Unternehmen die Chance, eine interessante Wachstumsregion stärker in den Blick zu nehmen.

280 Millionen Einwohner, 17 000 Inseln und schon bald eine der zehn größten Volkswirtschaften: Indonesien ist ein Riese, den viele deutsche Unternehmen als Investitionsstandort dennoch scheuen. Dies liegt auch an der protektionistischen Wirtschaftspolitik des südostasiatischen Inselstaates. Mit einem Freihandelsabkommen sowie einem neuen Investitionsschutzabkommen wollen die EU und Indonesien ihre Wirtschaftsbeziehungen nun aber intensivieren.

Erleichterter Marktzugang

Nach fast zehnjährigen Verhandlungen haben sich beide Seiten im September auf das Freihandelsabkommen Cepa (Comprehensive Economic Partnership Agreement) geeinigt, wodurch eine Freihandelszone mit 700 Millionen Menschen entsteht. 98 Prozent der Zölle sol-

len schrittweise abgebaut werden. Von dem erleichterten Marktzugang profitieren Branchen wie Landwirtschaft, Automobil- und Pharmaindustrie ebenso wie der Dienstleistungssektor.

Gleichzeitig dient das Abkommen der Sicherung stabiler Lieferketten und kritischer Rohstoffe wie Nickel und Kobalt, die unverzichtbar für die europäische Energiewende sind. Nichtregierungsorganisationen befürchten zwar negative Auswirkungen auf Indonesiens Natur und die indigene Bevölkerung, etwa durch eine Ausweitung von Bergbau und Palmöl-Anbau. Die EU verweist aber auf die umfangreichen Bestimmungen zu Nachhaltigkeit, Arbeits- und Umweltschutz, die im Cepa enthalten sind. Vor Inkrafttreten müssen der Rat der EU-Mitgliedsstaaten und das Europaparlament dem Abkommen noch zustimmen, und Indonesien muss es ratifizieren.

Deutsche Mittelständler können in Indonesien mit hochwertiger Technologie punkten, da eine wertschöpfungsstarke verarbeitende Industrie wenig entwickelt ist, aber zunehmend gefördert wird. Für interessierte Unternehmen lohnt es sich, die Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen, eigene Marktpotenziale zu prüfen und frühzeitig Kontakte zu Vertriebs-, Service- oder Finanzierungspartnern in der Region aufzubauen – unterstützt durch die Informations- und Beratungsangebote der IHK sowie der Deutsch-Indonesischen Auslandshandelskammer in Jakarta.

Weitere Infos

-  Das Außenwirtschaftsportal Hessen bietet eine Übersicht der verschiedenen Arten von Handelsabkommen und der zahlreichen Verhandlungsphasen.
-  Beim Eintritt in neue Märkte unterstützen neben den IHKs auch die Auslandshandelskammern in den jeweiligen Zielländern.

Hochwertige Technologien sind gefragt

Bislang sind laut Germany Trade and Invest einige Hundert deutsche Firmen im Land präsent, von denen wenige Dutzend eine eigene Produktion haben. Die geplanten Freihandels- und Investitionsschutzabkommen steigern aber bereits jetzt das Interesse an Indonesien, wie Tom Pagels vom Jakarta-Büro der Beratungsgesellschaft Rödl feststellt: „Wir sehen, dass auch kleine und mittlere Unternehmen den Markt intensiver bearbeiten wollen.“



DER AUTOR



Johannes Richter

Referent, International, IHK Frankfurt
j.richter@frankfurt-main.ihk.de



Wirtschaft.Wählt.Zukunft.

Die IHK-Positionen zur Kommunalwahl 2026

Frankfurt und die Region brauchen mutige Entscheidungen,
für einen starken Standort und eine starke Zukunft.

Unsere Forderungen an die Kommunalpolitik:

- Infrastruktur modernisieren
- Gewerbegebiete sichern
- Bildung und Fachkräfte fördern
- Bürokratie abbauen
- Energieversorgung zukunftsfähig gestalten



Wirtschaft. Wählt. Zukunft.

Die Stimme der IHK Frankfurt am Main:
zur Kommunalwahl 2026

Das vollständige Positionspapier finden Sie unter:
www.frankfurt-main.ihk.de/wirtschaftwahltzukunft





Frankfurter Römer.

KOMMUNALWAHL 2026

Starke Kommunen, starke Wirtschaft

Endspurt im hessischen Kommunalwahlkampf: Am 15. März sind knapp 4,7 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, 421 Kommunalparlamente und 21 Kreistage in Hessen neu zu wählen. Diese Wahl ist auch zukunftsweisend für die Unternehmen in FrankfurtRheinmain.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Metropolregion FrankfurtRheinMain hängt entscheidend von funktionierender Infrastruktur, verlässlicher Mobilität und ausreichender Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte ab. Unternehmen spüren täglich, wie unkoordiniert geplante Baustellen, überlastete Verkehrsachsen und fehlende Abstimmung zwischen Stadt- und Kreisgrenzen Investitionen und Geschäftsprozesse verzögern. Dauerbaustellen, unklare Verkehrsführungen und unzureichende Park-and-Ride-Angebote erhöhen die Kosten für Lieferketten und Arbeitswege und belasten die Wettbewerbsfähigkeit.

Mobilität als zentraler Faktor

Gleichzeitig ziehen sich zentrale Infrastrukturprojekte, etwa der Umbau des Mainufers, die Modernisierung von Verkehrsknotenpunkten oder der Ausbau des ÖPNV über Jahre hin,

ohne dass Unternehmen verlässliche Zeitpläne erhalten. Die Kommunalwahl 2026 bietet die Gelegenheit, die Weichen für eine wirtschaftlich handlungsfähige und zukunftsorientierte Metropolregion FrankfurtRheinMain zu stellen. Mobilität ist dabei ein zentraler Faktor für die gesamte Region.

Interkommunale Zusammenarbeit

Effiziente Verkehrsplanung über Stadt- und Kreisgrenzen hinweg, abgestimmte Baustellenkoordination sowie eine enge Verzahnung von ÖPNV, Rad- und Autoverkehr sind entscheidend, um Lieferketten, Pendlerströme und Unternehmensabläufe zuverlässig zu sichern. Verzögerungen im Verkehrs- und Logistikbereich wirken direkt auf Umsatz, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Investitionssicherheit entsteht nur, wenn Kommunen koordiniert



Kreishaus Main-Taunus (l.), Rathaus Kelkheim (r.).



Foto: Goetzke Photographie

handeln, Verkehrsprojekte zügig umgesetzt und Infrastrukturmaßnahmen transparent kommuniziert werden.

Im Hochtaunuskreis sind vor allem Flächenverfügbarkeit und Verwaltungsprozesse entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung. Neue Gewerbegebiete müssen schnell ausgewiesen, bestehende gesichert und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Planungsunsicherheiten und widersprüchliche Vorgaben verzögern Investitionen und erschweren die langfristige Standortplanung. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Wohnraum für Fachkräfte, was Druck auf Infrastruktur und Verkehr erzeugt. Kommunale Strategien müssen daher Wirtschaft und Wohnen konsequent verzahnen, Doppelstrukturen vermeiden und Planungssicherheit gewährleisten. Nur so können Unternehmen Talente halten, Wachstum sichern und strategisch investieren.

Wirtschaftliche Dynamik sichern

Der Main-Taunus-Kreis steht vor ähnlichen Herausforderungen. Überlastete Verkehrsachsen, verzögerte Ausbauprojekte und mangelnde Abstimmung zwischen Kommunen erschweren Pendler- und Lieferverkehr. Intelligente Park-and-Ride-Lösungen, digitale Verkehrssteuerung und vernetztes Mobili-

tätsmanagement sind notwendig, um Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Dynamik zu sichern. Gleichzeitig wird die Verwaltung zunehmend zum Standortfaktor: schnelle, transparente Abläufe bei Gewerbeanmeldungen, Baugenehmigungen und Aufenthaltsverfahren für internationale Fachkräfte sind entscheidend, damit Unternehmen planbar investieren und Fachkräfte effizient integriert werden können. Moderne Verwaltung bedeutet, digitale Netze und Infrastruktur als Rückgrat der Wirtschaft zu begreifen und bürokratische Hindernisse konsequent abzubauen.

Industrie, Handel und Gewerbe stehen zusätzlich vor infrastrukturellen Herausforderungen. Industrieflächen müssen langfristig gesichert, Investitionshemmnisse konsequent abgebaut und Versorgungseinrichtungen wie Fernwärmeanschlüsse oder Stromnetze zuverlässig bereitgestellt werden. Energiesicherheit und stabile Netze sind nicht nur technische Voraussetzungen, sondern wesentliche Faktoren für Standortwahl und Wettbewerbsfähigkeit.

Verlässliche Rahmenbedingungen

Flächenpolitik muss langfristig und strategisch ausgerichtet sein: Satzungen und Förderrichtlinien sollten regelmäßig im Dialog mit Unternehmen überprüft und neue Baugebiete zügig ausgewiesen werden, bestehende Wirtschaftsflächen erhalten bleiben. Handel und Tourismus benötigen zudem verlässliche Rahmenbedingungen für Sicherheit, Sauberkeit und Stadtentwicklung, damit Innenstädte wieder zu lebendigen Orten wirtschaftlicher Aktivität werden.

Fachkräfte bilden das Rückgrat wirtschaftlicher Entwicklung. Berufs- und Fachschulen müssen digital und strukturell gestärkt, Ganztagsbetreuung, modernes Lehrmaterial und Bildungsmonitoring ausgebaut werden. Erst wenn Ausbildung, Mobilität, Infrastruktur und Verwaltung effizient ineinander-

Wahlen.Atlas zur Kommunalwahl

Die Statistikstelle der Stadt Frankfurt hat mit dem Wahlen.Atlas rechtzeitig vor der Kommunalwahl ein interaktives Tool zur Verfügung gestellt, das Daten zur Wahlbevölkerung sowie die jüngsten Ergebnisse unter anderem von Landtags-, Bundestags- und Europawahlen enthält. Abrufen lassen sich die Daten in Form von Karten, Grafiken und Tabellen. Darüber hinaus können die Grunddaten auf Wahlbezirksebene heruntergeladen werden. <https://dashboard.frankfurt.de/wahlenatlas>



Kreishaus Hochtaunus (l.), Rathaus Kronberg (r.).



Fotos: Goetzke Photographe

greifen, kann die Region ihr volles wirtschaftliches Potenzial ausschöpfen. Gleichzeitig muss die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Kommunen und Bildungseinrichtungen stärker gefördert werden, um den Fachkräftebedarf nachhaltig zu decken und Innovationsfähigkeit zu sichern.

Transparente Kommunikation

Ein besonderes Augenmerk gilt der digitalen Infrastruktur und Verwaltungsmodernisierung. Digitale Genehmigungsverfahren, verlässliche Verwaltungsprozesse und transparente Kommunikation sind wirtschaftliche Notwendigkeiten. Unternehmen brauchen schnelle Reaktionszeiten, klare Entscheidungswege und eine digitale Vernetzung aller beteiligten Ämter, damit Investitionen und Projekte planbar bleiben. Verzögerungen kosten nicht nur Geld, sondern gefährden langfristig den Standortvorteil der Region.

Auch Steuer- und Finanzpolitik auf kommunaler Ebene beeinflussen die Wettbewerbsfähigkeit erheblich. Wettbewerbsfähige Gewerbesteuerbesätze, gezielte Investitionen in wirtschaftsfreundliche Infrastruktur und die konsequente Überprüfung kommunaler Aufgaben auf Effizienz sichern die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Beschleunigte Genehmigungen und optimierte Verfahren in Ausländerämtern ermög-

lichen Unternehmen, offene Stellen rasch zu besetzen und Fachkräfte effektiv zu integrieren.

Jetzt die richtigen Weichen stellen

Die Kommunalwahl 2026 bietet die Chance, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Wirtschaft, Innovation und Lebensqualität Hand in Hand gehen. Zukunftsfähige Städte und Gemeinden entstehen dort, wo Entscheidungen auf verlässlichen, pragmatischen und investitionsfreundlichen Grundsätzen beruhen, langfristige Standort- und Investitionssicherheit gewährleistet ist und Wirtschaft, Politik sowie Verwaltung partnerschaftlich zusammenarbeiten. Wer diese Chance nutzt, legt den Grundstein für eine Metropolregion, die wettbewerbsfähig, innovativ und zukunftsorientiert bleibt: ein Ort, an dem Unternehmen wachsen, Fachkräfte bleiben und die Region als Ganzes prosperiert. Für diese verlässlichen, investitionsfreundlichen und zukunftsorientierten Rahmenbedingungen setzt sich die IHK Frankfurt gemeinsam mit ihren Mitgliedsunternehmen ein. Die Kommunalwahl 2026 entscheidet darüber, welchen wirtschaftspolitischen Kurs die Städte und Kreise im IHK-Bezirk Frankfurt in den kommenden Jahren einschlagen.



DIE AUTORIN



Sarah Conrad

Teamleiterin Öffentlichkeitsarbeit, IHK Frankfurt
s.conrad@frankfurt-main.ihk.de

Wirtschaftspolitische Positionen der IHK Frankfurt

Die IHK Frankfurt legt mit ihrem Positionspapier zur Kommunalwahl 2026 die aus ihrer Sicht wichtigsten Vorschläge zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts FrankfurtRheinMain vor. Auf der IHK-Homepage finden Sie zudem weitere Informationen und Statements rund um die Kommunalwahl. www.frankfurt-main.ihk.de/wirtschaftswaehltzukunft

Frankfurt

Wirtschaftspolitische Fragen zur Kommunalwahl 2026

Befragt wurden die Spitzenkandidaten der Parteien, die aufgrund ihres Wahlergebnisses bei den Kommunalwahlen 2021 in Fraktionsstärke in der Stadtverordnetenversammlung (Frankfurt) beziehungsweise in Fraktions- oder Gruppenstärke in den Kreistagen (Hochtaunus, Main-Taunus) vertreten sind. Besonderheit Frankfurt: Das BSW hat sich seit der letzten Kommunalwahl neu gegründet und wurde aufgrund des Wahlergebnisses der zurückliegenden Bundestagswahl in Frankfurt ebenfalls berücksichtigt. Besonderheit im Hochtaunuskreis: Aus der ehemaligen Fraktion Freie Wähler heraus wurde die FWG gegründet, daher wurden Freie Wähler und FWG berücksichtigt.



Dr. Nils Kößler
CDU



Markus Fuchs
AfD

CDU

Wir wollen „Frankfurt zur Chancenstadt machen!“: Ausweisung neuer Gewerbegebäuden, Sicherung der Industrieparks (unter anderem Höchst), Förderung von Shared Offices und Kreativwirtschaft, Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt, Anwerbung von Fachkräften durch Aus- und Weiterbildung plus „Fast Lanes“ beim Immigration Office, Ausbau von Digitalisierung, Smart City, KI und Rechenzentren.

1. Welche wirtschaftspolitischen Schwerpunkte wird Ihre Partei setzen, um die Unternehmen in Frankfurt zu fördern?

Wir wollen Unternehmen durch vereinfachte und digital verfügbare Verfahren entlasten. Genehmigungen sollen schneller, transparenter und mit weniger Nachweisen möglich sein. Einheitliche Ansprechpartner und klarere Vorgaben reduzieren Aufwand und Wartezeiten und stärken damit die Wettbewerbsfähigkeit am Standort Frankfurt.

AfD

Eine intelligente Wirtschaftspolitik besteht nicht darin, paternalistisch in unternehmerische Entscheidungen einzugreifen und zum Beispiel durch steuerfinanzierte Fördertöpfe gewünschtes Verhalten von Unternehmen dirigistisch zu steuern. Eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik muss stattdessen die Rahmenbedingungen so setzen, dass Unternehmen ihre Potenziale frei entfalten können.

2. Mit welchen konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei zum Abbau bürokratischer Belastungen für Unternehmen und damit zur Deregulierung beitragen?

Wir wollen mehr Wohnraum durch Dachausbau, Aufstockung, Sanierungen und gezielte Entwicklung neuer Quartiere schaffen. Zusätzliche Gewerbegebäuden sollen schneller bereitgestellt und bestehende Areale besser genutzt werden. So erhalten Fachkräfte und Unternehmen den Raum, den sie für Wachstum und Stabilität benötigen.

Die Digitalisierung der Verwaltung muss vorangetrieben werden, um den bürokratischen Aufwand für Unternehmen zu minimieren und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen. Ferner sollten Unternehmen nach Möglichkeit Verwaltungsdienstleistungen „aus einer Hand“ geboten werden. Darüber hinaus muss die Stadt Frankfurt Genehmigungsverfahren so organisieren, dass diese in einer möglichst kurzen Zeit bearbeitet werden können.

3. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um mehr Wohnbauland für Fachkräfte und mehr Gewerbegebäuden für Unternehmen bereitzustellen?

Alle Verkehrsmittel sind für die Mobilität in Frankfurt nötig: Die Straßen müssen für den Auto- und Wirtschaftsverkehr leistungsfähig bleiben; digitales Verkehrs- und Parkhausleitsystem mit Echtzeitdaten; zügige Sanierung der Industriestraßen; Parkplätze schaffen; Park-and-Ride-Anlagen an der A5 und an der Sachsenhäuser Warte, dort in Verbindung mit einer Verlängerung der U-Bahn; Regionaltangenten West und Ost; Fernbahntunnel.

Die AfD setzt sich für die bedachte Schaffung von Bauland ein, um Frankfurt auch für die Zukunft lebenswert zu halten, aber gleichzeitig neuen Wohnraum zu erschließen. Allerdings bedeutet vor allem die unbedachte Erschließung von Bauland für Frankfurt auch das Risiko einer Reduktion der Lebensqualität. Das Problem lässt sich folglich nur durch die Zusammenarbeit und enge Kooperation mit den Umlandgemeinden lösen.

4. Welche Verkehrsprojekte in Frankfurt sind aus Sicht Ihrer Partei zentral, um Mobilität für Fachkräfte, Besucher und Wirtschaft sicherzustellen?

Die Hauptverkehrsachsen für Kraftfahrzeuge müssen erhalten und, wo nötig, ausgebaut werden. Der Einzelhandel soll, wo immer möglich, durch bessere Parkmöglichkeiten für Kunden unterstützt werden. Der Bezug eines Gewerbeparkausweises muss entbürokratisiert und die Regularien müssen vereinfacht werden. Auch die Gebühren sind zu senken. Die Industriestraßen in Frankfurt müssen beschleunigt saniert werden.



Kolja Müller
SPD



Dr. Katharina Knacker, Dimitrios Bakakis
Grüne



Stephanie Wüst
FDP

SPD

Wir sichern Frankfurts wirtschaftliche Stärke mit dem Masterplan Industrie – Sanierung von Industriestraßen, Sicherung des Osthafens und Erhalt von Gewerbegebäuden. Der Masterplan Tourismus 2030 stärkt Handel und Gastronomie. Wir halten die Gewerbesteuer stabil, fördern Start-ups, Mittelstand und Fachkräfteprogramme.

Wir schaffen eine digitale „One-Stop“-Anlaufstelle für Unternehmen. Genehmigungen, Zahlungen und Anträge werden vollständig digitalisiert. Ausländische Abschlüsse werden zügig anerkannt. So reduzieren wir Bürokratie, beschleunigen Verfahren und erleichtern Betrieben Investitionen und Fachkräftegewinnung.

Mit einer städtischen Entwicklungsgesellschaft investieren wir jährlich 500 Millionen Euro, um Flächen für Wohnen und Wirtschaft zu sichern. Wir gründen ein Azubiwerk; schaffen 1 000 Wohnheimplätze für Auszubildende. Das Gewerbegebäudenprogramm wird fortgesetzt. Wir sichern langfristig Raum für Betriebe und neue Handwerkerhöfe.

Der Flughafen bleibt zentraler Wirtschaftsmotor und sichert internationale Anbindung. Der Osthafen wird als Logistikstandort modernisiert. Wir investieren in den Ausbau des ÖPNV, smarte Verkehrssteuerung, Güterlogistik und neue Park-and-Ride-Plätze.

Grüne

Frankfurt ist einer der modernsten Wirtschaftsstandorte der Welt – und soll es bleiben. Wir führen die Stadt in eine klimaneutrale Zukunft, stärken ihre Branchenvielfalt und fördern Innovation sowie Digitalisierung. Der Gewerbesteuersatz bleibt stabil. Die Chemie- und Industrieparks und den Osthafen wollen wir sichern. Die aufgebaute Gründungs- und Start-up-Struktur wollen wir als Stadt stärker unterstützen.

Prozesse in der Verwaltung werden wir weiter beschleunigen, beispielsweise im Frankfurt Immigration Office. Bis zu 90 Prozent aller städtischen Leistungen sollen digital verfügbar sein. Beim städtischen Bauen werden wir die angestoßenen Beschleunigungen fortsetzen. Über den Städte- tag erwirken wir auch auf Landes- und Bundes- ebene Verbesserungen. Handwerkervergaben wollen wir weiter vereinfachen.

Wir werden ein Azubiwerk gründen und eine Fünf-Prozent-Quote für Studi- und Azubiwohnen im Baulandbeschluss einführen. Werkwohnungen sowie die Nachverdichtung und Umnutzung von Büroflächen zu Wohnungen fördern. Den Stadtteil der Quartiere mit hohem Anteil sozial geförderter Wohnungen bauen. Außerdem Handwerkerhöfe etablieren und interkommunale Gewerbegebiete mit Nachbarkommunen endlich angehen.

Frankfurt wächst – das ist gut, aber alle im Stau ist keine Mobilität. Beweglichkeit bringt nur der Mix der Verkehrsträger. Das schafft Platz und hält Straßen für diejenigen frei, die aufs Auto angewiesen sind. Deswegen stärken wir den ÖPNV mit mehr Personal, saubereren Stationen und dem größten Ausbau seit Jahrzehnten. Park and Ride wird ausgebaut, Digitalisierung und autonomes Fahren verbessern das Angebot.

FDP

Frankfurt ist Deutschlands wirtschaftliches Herz. Um es zu stärken, setzt die FDP auf freie Marktwirtschaft: Gewerbesteuersenkung und weniger Bürokratie. Damit der Flughafen Europas Tor zur Welt bleibt, lockern wir das Nachtflugverbot. Der Finanzplatz wird zum fünfgrößten, gestärkt durch ein neues Finanzforum Frankfurt. Gründer profitieren von Gründungsfreiheit: im ersten Jahr spürbare Entlastungen und keine Gebühren.

Bürokratie bremst Frankfurt aus. Das ändern wir! Wir streichen 30 Prozent aller städtischen Vorschriften. Was bleibt, wird digital und 24/7 erreichbar: Anträge sind online nachverfolgbar, mehrsprachig und in 30 Tagen bearbeitet, sonst gilt die Genehmigung automatisch. Künstliche Intelligenz beschleunigt Routineaufgaben, ein One-Stop-Shop bündelt Dienstleistungen für Unternehmen. In einer Regulatory Sandbox testen Gründer neue Ideen ohne Bürokratie.

Frankfurt braucht mehr Wohn- und Gewerbegebäuden. Wir setzen das Gewerbegebäudenprogramm um, schützen bestehende Flächen, entwickeln neue Industriegebiete. Für Handwerker und Start-ups entstehen neue Gewerbehöfe. Unnötige Regeln wie Freiraum- und Milieuschutzzonen entfallen. Schnelle Verfahren und Genehmigungsfiktion bringen Projekte voran. Die Grundsteuer sinkt für alle.

Frankfurt muss für alle erreichbar sein, mit Wahlfreiheit statt Ideologie. Wir bauen Hauptstraßen aus, Einschränkungen zurück und nutzen digitale Verkehrssteuerung gegen Stau. Alle Verkehrsarten vernetzen wir an Mobility Hubs. Radwege bauen wir abseits der Hauptstraßen aus. Auf kommunalen Baustellen wird 24/7 gearbeitet. Der Flughafen kriegt längere Betriebszeiten. Es gibt keine City-Maut, neue Tempolimits oder Sperren.

Frankfurt

Wirtschaftspolitische Fragen zur Kommunalwahl 2026



Michael Müller

Die Linke



Eileen O'Sullivan

Volt



Eyup Yilmaz

BSW

Die Linke

Kleine Einzelhändlerinnen und Einzelhändler werden wir vor Verdrängung durch Ketten und überhöhte Mieten schützen. Handwerkerhöfe wollen wir in Frankfurt realisieren. Wir werden einen Mietpreisdeckel – auch für kleine Gewerbe- und Ladenflächen – einführen. Wir wollen Gewerbeflächen wie den Osthafen schützen, Beschäftigung sichern und ökologische Zukunftsperspektiven schaffen, gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften.

Digitale Transformation bietet Kommunen Chancen, Prozesse zu beschleunigen und Abläufe effizienter zu gestalten. Hierfür müssen wir die digitale Infrastruktur ausbauen. Eine gute Stadtverwaltung, die die Anliegen der Unternehmen zeitnah bearbeiten kann, braucht zuerst ausreichend Personal, gute Arbeitsbedingungen und Löhne, von denen man in Frankfurt leben kann.

In Neubaugebieten werden wir einen Mix aus Sozialwohnungen, Mittelstandsprogramm und gemeinschaftlichem Wohnen auflegen, keine Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser. Mit einer Entwicklungsgesellschaft kaufen wir Gewerbeblächen an, um sie nach sozialen und ökologischen Kriterien zu vergeben. Den Flächenfraß durch Rechenzentren werden wir eindämmen und an einer regionalen Rechenzentrenstrategie arbeiten.

Aus linker Sicht ist das wichtigste Verkehrsprojekt in Frankfurt der Ausbau von Bus, Straßenbahn und U-/S-Bahn. Wir brauchen Bus und Bahn für alle – zuverlässig, bezahlbar, gut vernetzt. Mit starken Pendlerachsen, besserer regionaler Anbindung und sicheren Rad- und Fußwegen bleibt Frankfurt für Fachkräfte, Besucherinnen und Besucher und Wirtschaft zuverlässig, klimafreundlich und sozial gerecht erreichbar.

Volt

Um die Frankfurter Wirtschaft zu diversifizieren und wettbewerbsfähig zu bleiben, wollen wir einen Schwerpunkt in der Start-up-Förderung setzen, indem wir kommunale Räume für Start-ups (Co-Working, Maker Spaces, Testflächen) günstig bereitstellen werden. Außerdem setzen wir uns für gute Bedingungen für das bestehende Gewerbe ein, indem wir Industrieflächen sichern und entwickeln sowie den Finanzplatz weiter stärken.

Wir führen One-Stop-Shops für Gründerinnen und Gründer ein, um Bürokratie, Beratung und Förderungen zusammenzuführen. Wir setzen uns für die Einführung des „Once Only“-Prinzips ein, etablieren für zugewanderte Fachkräfte einen vereinfachten „Welcome-Prozess“ und setzen uns weiter für Bürokratieabbau für Kommunen auf Landes-, Bundes- und Europaebene ein.

Wir fordern, mehr Bauland an durch den ÖPNV erschlossenen Strecken auszuweisen, wie zum Beispiel im Fall der Günthersburghöfe. Darüber hinaus wollen wir eine Reform der Stellplatzsatzung, sodass weniger Flächen für Parkplätze aufgewendet werden müssen. Wir setzen uns für das Konzept Handwerkshöfe ein und setzen uns für aktive Bodenpolitik durch ein Entwicklungsprogramm für Gewerbeblächen ein.

Die Verkehrsplanung möchten wir durch einen digitalen Zwilling versachlichen. Wir möchten undringliche Autofahrten im Sinne des Verkehrsflusses für Fachkräfte sowie Besucherinnen und Besucher reduzieren. Zudem muss die Anbindung ans Umland gestärkt werden, durch den Ausbau von Stadt- und Straßenbahnen. Potenzial sehen wir im digitalen Parkplatzmanagement und der nächtlichen Vermietung der Plätze auf Gewerbeblächen.

BSW

Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die den Menschen in Frankfurt nützt. Priorität haben Mittelstand, Handwerk, soziale Dienste und Kultur – nicht Spekulation. Bezahlbare Mieten und Energie, gute Ausbildung, sichere Arbeit und öffentliche Investitionen sind die Grundlage eines starken Wirtschaftsstandorts. Öffentliche Daseinsvorsorge statt Privatisierung, keine prekären Jobs über Subunternehmen.

Bürokratie trifft besonders kleine und mittlere Unternehmen – Handwerk, Bäckereien, Einzelhandel und Gastronomie. Wir wollen Anträge vereinfachen, digitale Verfahren ausbauen, Doppelbürokratie abbauen und Beratung stärken. Genehmigungen sollen transparent und nachvollziehbar sein. Digitalisierung soll Unternehmen und Bürger entlasten. Ziel: mehr Zeit fürs Kerngeschäft statt für Formulare.

Bezahlbarer Wohnraum ist zentral für Fachkräfte. Öffentlicher Boden bleibt in öffentlicher Hand, Vergabe über Erbbaurecht statt Verkauf. Wir aktivieren Leerstand, Baulücken und Konversionsflächen und bauen vor allem sozial gebundene Mietwohnungen. Gewerbeblächen entstehen durch Innenentwicklung, Nachverdichtung und die Reaktivierung brachliegender Areale statt neuer Versiegelung.

Mobilität muss zuverlässig und bezahlbar sein. Wir setzen auf den Ausbau von Tram, U- und S-Bahn, dichtere Takte und bessere Anbindung des Umlands. Gleichzeitig investieren wir in die Sanierung von Straßen und Verkehrsbrücken. Rad- und Fußverkehr werden sicherer. Für Handwerk, Pflege und Lieferdienste bleibt das Auto wichtig. Ziel sind weniger Staus und mehr soziale wie wirtschaftliche Teilhabe.

Main-Taunus-Kreis

Wirtschaftspolitische Fragen zur Kommunalwahl 2026

Befragt wurden die Spitzenkandidaten der Parteien, die aufgrund ihres Wahlergebnisses bei den Kommunalwahlen 2021 in Fraktionsstärke in der Stadtverordnetenversammlung (Frankfurt) beziehungsweise in Fraktions- oder Gruppenstärke in den Kreistagen (Hochtaunus, Main-Taunus) vertreten sind. Besonderheit Frankfurt: Das BSW hat sich seit der letzten Kommunalwahl neu gegründet und wurde aufgrund des Wahlergebnisses der zurückliegenden Bundestagswahl in Frankfurt ebenfalls berücksichtigt. Besonderheit im Hochtaunuskreis: Aus der ehemaligen Fraktion Freie Wähler heraus wurde die FWG gegründet, daher wurden Freie Wähler und FWG berücksichtigt.



Dr. Frank Blasch
CDU

Hendrik Lehr
AfD

1. Welche wirtschaftspolitischen Schwerpunkte wird Ihre Partei setzen, um die Unternehmen im Main-Taunus-Kreis zu fördern?

CDU

Aufgabe von Wirtschaftspolitik ist es, Rahmenbedingungen so zu setzen, dass Unternehmen ihre Stärke im Markt entfalten können. Auf kommunaler Ebene sehen wir die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte vor diesem Hintergrund in einer guten Infrastruktur, in wettbewerbsfähigen kommunalen Steuersätzen und in einer Behördenkultur, die unternehmerisches Handeln im Rahmen des bestehenden Rechts ermöglicht und nicht behindert.

2. Mit welchen konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei zum Abbau bürokratischer Belastungen für Unternehmen und damit zur Deregulierung beitragen?

Die kommunale Ebene setzt im Wesentlichen Bundes- und Landesrecht um. Maßnahmen zur Deregulierung müssen daher in erster Linie auf diesen politischen Ebenen eingeleitet werden. Auf kommunaler Ebene wird jedoch die zunehmende Digitalisierung von Verwaltungsleistungen die Prozesse erheblich beschleunigen. Hier stehen etliche weitere Anwendungen kurz vor der Einführung, zum Beispiel der digitale Bauantrag.

3. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um mehr Wohnbauland für Fachkräfte und mehr Gewerbe- flächen für Unternehmen bereitzustellen?

Im dicht besiedelten Main-Taunus-Kreis sind die Flächenpotenziale begrenzt. Hinzu kommen Bedarfe der (Energie-)Infrastruktur oder der Landwirtschaft. Nicht zuletzt profitiert unser Kreis von der Nähe zur Natur. Dennoch bietet der Flächennutzungsplan Potenziale, deren Aktivierung nur durch die Städte/Gemeinden erfolgen kann. Seitens des Kreises unterstützt der Wohnungsbau- und Wirtschaftsreferent die Kommunen bei ihren Planungen.

4. Welche Verkehrsprojekte im Main-Taunus-Kreis sind aus Sicht Ihrer Partei zentral, um Mobilität für Fachkräfte, Besucher und Wirtschaft sicherzustellen?

Regionaltangente West und Wallauer Spange sind zentrale, stets von uns unterstützte Projekte, um das System Schiene leistungsfähiger zu machen. Wir setzen uns nun insbesondere dafür ein, den Haltepunkt der Wallauer Spange zu einem Umsteigeknoten auszubauen. Wir stehen zudem dafür, das Auto nicht komplett aus den Innenstädten zu verdrängen. Auch weiterhin müssen Menschen mit dem Pkw Handel und Gastronomie erreichen können.

AfD

Die AfD hat das Wohl des ganzen Landes im Blick. Energiewende und Einwanderungspolitik belasten alle und verschärfen die Verteilungskonflikte. Leider kann man im Main-Taunus-Kreis nicht isoliert Sozialabgaben senken und Energie verbilligen. Ein weiterer Anstieg von Gewerbe- und Grundsteuer kann aber durch sparsame Haushaltsführung vermieden werden. Oder kurz und pragmatisch: Sparen und die größten Fehler vermeiden.

Eine umfassende Deregulierung wäre nur durch weitreichende institutionelle Reformen der EU zu erreichen – doch diese stehen gerade nicht zur Wahl. Im Kleinen sind eine wohlwollende Auslegung der Regularien und Mut zur Entscheidung ein geeigneter Weg, um Belastungen durch Bürokratie zu vermeiden.

Hohe Kosten belasten den Wohnbau. Ein ausgewiesenes Gebiet in Kriftel wird aktuell nicht entwickelt, weil der Bau zu teuer ist. Steigende Mieten liegen zudem am Zuzug. Die Bevölkerung des Main-Taunus-Kreises ist seit dem Zensus 2011 um acht Prozent gewachsen. Folgekosten für notwendige soziale Infrastruktur belasten dabei die kommunalen Haushalte. Mehr Wohnungen können wir deshalb nicht versprechen, aber gegen Gewerbegebiete spricht nichts.

Schienenprojekte wie die Regionaltangente West begrüßen wir, aber ebenso wichtig ist die Zuverlässigkeit der bestehenden Bahnen. Darüber hinaus ist und bleibt das Auto das Rückgrat der Mobilität. Der motorisierte Individualverkehr soll nicht behindert, sondern ausgebaut werden. Langzeitsperrungen wie im Lorsbachtal müssen vermieden werden. Der Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur hingegen ist oft unnötig.

Main-Taunus-Kreis

Wirtschaftspolitische Fragen zur Kommunalwahl 2026



Dr. Philipp Neuhaus
SPD



Nathalie Ferko, Albrecht Kündiger
Grüne



Dirk Westedt
FDP

SPD

Der Wirtschaftskoordinator des Kreises soll aktiv und umfassend bei aktuellen Herausforderungen begleiten: digitale Transformation, Fachkräftemangel und demografischer Wandel, Energiepreisentwicklung und Nachhaltigkeit. Zum anderen soll der Kreis wertschöpfenden Unternehmen attraktive Ansiedlungsbedingungen bieten. Hohe Lebenshaltungskosten sind der wesentliche Standortfaktor und ein Hemmnis der Fachkräftegewinnung.

Als entscheidende Faktoren sehen wir Transparenz, Verlässlichkeit und Effizienz der Kreisverwaltung. Abläufe müssen beschleunigt und vollständig digitalisiert werden, besonders der digitale Bauantrag soll schnellstens Standard werden. Eine moderne Verwaltung muss sich personell und organisatorisch weiterentwickeln, um den Herausforderungen zu begegnen, Investitionen zu beschleunigen und Planungssicherheit zu erhöhen.

Der Kreis soll die Kommunen für mehr Wohnbau- und Gewerbegebäuden aktiv unterstützen: Ein kreisweites Wohnraumversorgungskonzept, Brachflächenkataster und Leerstandserhebungen können zur systematischen Analyse beitragen, eigene Kreisflächen und -bauten nachverdichtet und die Gesellschaft für Gesundheits- und soziale Infrastruktur gestärkt werden. Zudem sollen gezielt Wohnungen für Auszubildende, Studierende und Berufsanfänger entstehen und Fachkräfte im Kreis halten.

Zentral sind Ausbau und Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs – er muss kundenorientierter, zuverlässiger, sauberer, barrierefreier und deutlich günstiger werden. Mit einem 15-Minuten-Takt bei allen S-Bahnen, mehr Bus-Querverbindungen und dem schnellen Bau der Regionaltangente West und der Wallauer Spange. Zugleich sollen Park and Ride, Radschnellwege und Ladeinfrastruktur in Mobilitätsknoten verflochten werden.

Grüne

Wo die Grünen Verantwortung tragen, setzen sich die kommunalen Verwaltungen für schnelle, unbürokratische Kommunikation mit Unternehmen ein. Die Schaffung innovativer und nachhaltiger Arbeitsplätze ist für jede Kommune bedeutsam. Als internationale Metropolregion müssen wir entschieden gegen Ausländerfeindlichkeit vorgehen, um attraktiv zu bleiben für internationale Firmen und ausländische Fachkräfte.

Die Grünen sind schon immer für den Abbau bürokratischer Hürden und unnötiger Verwaltungsvorschriften. Dass Förderanträge von verschiedenen Landesstellen in langwierigen Verfahren geprüft werden müssen, ist nicht nachvollziehbar. Wünschenswert wären Kompetenzverlagerungen auf die kommunale Ebene. Die Landesregierung hat zu entsprechenden Forderungen viel versprochen, aber noch nichts umgesetzt.

Auch im Main-Taunus-Kreis wird bezahlbarer Wohnraum dringend benötigt. Viele können sich Wohnen kaum noch leisten. Über den Flächennutzungsplan können die Kommunen Wohnraum schaffen und gleichzeitig die wichtigen Grünzüge schonen. Gleichermaßen gilt für Gewerbegebäuden. Das Konzept „Großer Frankfurter Bogen“ des früheren Grünen-Wirtschaftsministers Al-Wazir bietet dafür eine gute Grundlage.

Die Regionaltangente West ist das zentrale Verkehrsprojekt. Das wird die überlasteten Linien nach Frankfurt deutlich entlasten. Neue Straßenprojekte, abgesehen von kleineren Maßnahmen, verlagern nur die Verkehrsprobleme. Beim ÖPNV-Ausbau hinkt die Region Jahre hinterher. Zudem sind weitere Querverbindungen im Busverkehr und die Umsetzung des Schienenprojekts Wallauer Spange notwendig.

FDP

Wir wollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Kreis weiter verbessern. Dazu gehören zügige Genehmigungen, feste Ansprechpartner in den Verwaltungen und der konsequente Abbau bürokratischer Hürden. Verwaltungsleistungen sollen nach dem One-Stop-Shop-Prinzip gebündelt werden. Gewerbegebäuden müssen gesichert und neue Flächen ausgewiesen werden.

Genehmigungsprozesse im Kreis und in den Kommunen müssen vollständig digital und medienbruchfrei organisiert werden. Bebauungspläne sollen schlanker und flexibler werden, ebenso Stellplatzvorgaben. Die verbindliche Bauberatung soll ausgebaut werden. Planungs- und Erschließungsverfahren sollen im Rahmen der kommunalen Zuständigkeiten beschleunigt werden. Kommunale Regelungen müssen automatische Verfallsdaten haben.

Die FDP Main-Taunus-Kreis setzt auf eine aktive kommunale Bodenpolitik, um neue Wohnbau- und Gewerbegebäuden gezielt zu entwickeln. Neben der Ausweisung neuer Flächen soll Nachverdichtung stärker genutzt werden. Bestehende Gewerbegebäuden müssen vor Umwidmung und Verkleinerung geschützt werden. Ziel ist, dass im Main-Taunus-Kreis zeitnah neuer Wohnraum entstehen kann.

Leistungsfähige Verkehrsverbindungen sind ein zentraler Standortfaktor, insbesondere für das Gewerbe. Der Individualverkehr bleibt für uns eine tragende Säule, weswegen wir Straßen bedarfsgerecht erhalten und ausbauen sowie Park-and-Ride-Angebote stärken werden. Gleichzeitig setzen wir im ÖPNV auf die Regionaltangente West, die Wallauer Spange und eine bessere Taktung der Regionalbahn 12.

**Andreas Nickel**

FWG

**Thomas Völker**

Die Linke

FWG Main-Taunus

Im Portfolio des Main-Taunus-Kreises ist Luft nach oben. Denkbar wäre ein direkter Zugang zu den Strukturdaten des Kreises mit entscheidender Relevanz für ansiedlungsinteressierte Gewerbetreibende. Das rein anonyme Kontaktangebot ist nicht mehr zeitgemäß. Ein Dezernent sollte zukünftig die Wirtschaftsförderung mit „Gesicht und Stimme“ als Ansprechperson und Troubleshooter vertreten, selbstverständlich auch auf Social-Media-Kanälen.

Wir setzen uns nachhaltig für Digitalisierung und Serviceorientierung der Verwaltung ein. So kämpfen wir seit circa neun Jahren zum Beispiel für ein digitales Bauantragswesen, da es unser Interesse war, „auch im MTK mit einem digitalen Piloten vor die Welle zu kommen“. Endlich gab die Kreisspitze nun bekannt, dass die Einführung bevorstünde. Alle reden abstrakt von notwendigem Bürokratieabbau, wir bleiben aber konkret dran!

Die Möglichkeiten des „Bau-Turbos“ sollten exzessiv ausgeschöpft werden. Die neue Sonderregelung (§ 246e Baugesetzbuch) erlaubt es befristet, teils von Vorschriften des Bauplanungsrechts abzuweichen. Vor Ort stehen die Freien Wähler der Ausweisung von Baugebieten aller Art offen gegenüber. Eine vernünftige Verkehrsanbindung ist dabei allerdings unumgänglich. Also dynamisches Planen und Bauen ohne symbolpolitische Blockaden!

Längerfristig sind Regionaltangente West, Wallauer Spange und Radschnellwege zu nennen. Kurzfristig wäre ein proaktiv agierender Main-Taunus-Kreis-Verkehrsdezernent mit einer Nahverkehrsplanung auf valider Datenbasis zu fordern. Die ÖPNV-Nutzer interessiert weniger, wie sie in fünf Jahren pünktlich und gut getaktet zum Ziel kommen könnten, sondern eher die aktuelle Situation. Die tägliche Performance ist eine absolute Katastrophe!

Die Linke

Die größte Zukunftsherausforderung der Wirtschaft wird die Fachkräftesicherung in Zeiten des demografischen Wandels werden. Die Linke hat sich im Kreistag immer für eine deutliche Stärkung unserer Schulen, Berufsschulen und den Ausbau der außerbetrieblichen Ausbildung eingesetzt. Nur wenn wir jungen Menschen einen erfolgreichen Einstieg in die Arbeitswelt ermöglichen, kann unsere Wirtschaft prosperieren.

Fast alle bürokratischen Vorgaben kommen durch Bundes- und Landesgesetzgebung. In der Hand der Kommunen liegt es, dass mit gut ausgebildetem Personal schnelle und klare Entscheidungen getroffen werden. Hier hat der Main-Taunus-Kreis mit aktuell 240 unbesetzten Stellen teils große Defizite, die auch die Arbeit vieler Unternehmen behindern.

Es ist nicht nur wichtig, dass wir bauen, sondern auch, für wen wir bauen. Die Mietenexplosion macht selbst für Fachkräfte Wohnraum unerschwinglich. Deshalb fordern wir mehr öffentlichen Wohnbau und eine Sozialquote von 50 Prozent. Gewerbeflächen sind im Main-Taunus-Kreis in der Entwicklung, werden aber von Rechenzentren und Logistik gefüllt statt klassischer Produktion. Hier brauchen wir eine andere Wichtung.

Die Stärkung des ÖPNV ist die Mobilitätsfrage der Region. Nur wenn Bus und Bahn verlässlich, bezahlbar und auch in Randzeiten verfügbar sind, werden Menschen umsteigen und das Verkehrschaos auf den Straßen sinken. Der neue Lokale Nahverkehrsplan bietet hier gute Anknüpfungspunkte. Umso bedauerlicher ist es, dass dieser komplett unter Finanzvorbehalt steht. So werden wir Zukunft nicht gestalten können.

Hochtaunuskreis

Wirtschaftspolitische Fragen zur Kommunalwahl 2026

Befragt wurden die Spitzenkandidaten der Parteien, die aufgrund ihres Wahlergebnisses bei den Kommunalwahlen 2021 in Fraktionsstärke in der Stadtverordnetenversammlung (Frankfurt) beziehungsweise in Fraktions- oder Gruppenstärke in den Kreistagen (Hochtaunus, Main-Taunus) vertreten sind. Besonderheit Frankfurt: Das BSW hat sich seit der letzten Kommunalwahl neu gegründet und wurde aufgrund des Wahlergebnisses der zurückliegenden Bundestagswahl in Frankfurt ebenfalls berücksichtigt. Besonderheit im Hochtaunuskreis: Aus der ehemaligen Fraktion Freie Wähler heraus wurde die FWG gegründet, daher wurden Freie Wähler und FWG berücksichtigt.



Markus Koob
CDU



Frank Bücken
AfD

CDU

Wir wollen Bürokratie abbauen und Unternehmensansiedlungen fördern. Wir wollen die koordinierende Funktion der Wirtschaftsförderung des Kreises durch eine verbesserte Kommunikation und eine intensivere, interkommunale Zusammenarbeit stärken. Insbesondere kleinere Kommunen im Kreis, die sich teilweise keine eigene Wirtschaftsförderung leisten können, sollen durch Beratung und Vernetzung unterstützt werden.

1. Welche wirtschaftspolitischen Schwerpunkte wird Ihre Partei setzen, um die Unternehmen im Hochtaunuskreis zu fördern?

Digitalisierung und künstliche Intelligenz bieten die Chance, Verwaltungsprozesse zu verschlanken, zu vereinheitlichen und zu optimieren. Die Bearbeitungszeiten werden verkürzt. Schon jetzt werden im Bereich der Zulassungsbehörde 85 Prozent aller Dienstleistungen digital angeboten. Die Digitalisierung hat durch vollautomatisierten Datenaustausch zu massiver Zeitsparnis geführt und muss weiter ausgebaut werden.

2. Mit welchen konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei zum Abbau bürokratischer Belastungen für Unternehmen und damit zur Deregulierung beitragen?

Die Ausweisung neuer Gewerbegebiete erfolgt durch Kommunen und die regionalen Planungsgremien. Der Kreis selbst ist nicht federführend, wir unterstützen die Kommunen aber dabei, bedarfsgerechte Entwicklungen ihrer Gewerbegebiete vorzunehmen. Das gilt auch für die Schaffung von Wohnbau land. Wir wollen aber dort, wo Grundstücke des Kreises zur Entwicklung anstehen, dazu beitragen, dass neuer Wohnraum geschaffen wird.

3. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um mehr Wohnbau land für Fachkräfte und mehr Gewerbegebiete für Unternehmen bereitzustellen?

Die Elektrifizierung der Taunusbahn, die Verlängerung der S5 bis nach Usingen und die Regionaltangente West sind in der Umsetzung und werden die Region stärken. Die Verlängerung der S-Bahn bis nach Grävenwiesbach wird möglich, eine Verlängerung der Taunusbahn über Brandoberndorf hinaus wird geprüft. Wir stehen weiter für gut ausgebauten Kreisstraßen und für eine Stärkung des Radverkehrs gemeinsam mit den Kommunen.

AfD

Auch auf Kreisebene muss der Absturz der deutschen Wirtschaft aufgehalten werden. Wir wollen eine „Projektgruppe Wirtschaftsförderung“ aus Vertretern von Kreis, Kommunen, IHK und Unternehmen einsetzen. Konkrete Vorschläge müssen in erster Linie von den Unternehmen kommen, die ihre Probleme des Alltags einbringen. In der „Projektgruppe“ wird dann gemeinsam bewertet, priorisiert, nach Lösungen gesucht und umgesetzt.

Auch hier sind die Unternehmen gefordert, ihre Belastungen in die „Projektgruppe“ einzubringen. Parallel würden wir im Kreis die Digitalisierung der Antrags- und Genehmigungsprozesse forcieren. Ziel ist die Streichung bürokratischer Belastungen, zumindestens eine Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltungsprozesse. Wir verstehen den Kreis als Service-Stelle für Bürgerinnen, Bürger und die ansässigen Unternehmen.

Der Hochtaunuskreis bietet naturnahes Leben und ist ein kaufkraftstarker Standort für zum Beispiel Forschungs- und Verwaltungsbereiche von größeren Unternehmen sowie Mittelstand und Gewerbetreibende. Ein AfD-geführter Hochtaunuskreis würde die Kommunen bei der Ausweisung und Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten durch eine proaktive Ansiedlungspolitik mit schlanken und schnellen Genehmigungsverfahren unterstützen.

4. Welche Verkehrsprojekte im Hochtaunuskreis sind aus Sicht Ihrer Partei zentral, um Mobilität für Fachkräfte, Besucher und Wirtschaft sicherzustellen?

Die Verkehrsanbindung des Hochtaunuskreises entspricht nicht seinen Möglichkeiten im wirtschaftlich und logistisch starken Rhein-Main-Ver bund. Klimapolitisch beeinflusste Verkehrspolitik führte zum Taunusbahn-Chaos. Die AfD würde den Verkehr für Pkw und Lkw auf den Hauptstraßen nicht künstlich bremsen und behindern, sondern beschleunigen und die KI-gesteuerte Vernetzung von ÖPNV, Schiene und Straße optimieren.



Dr. Stephan Wetzel
SPD



Patricia Peveling
Grüne



Ascan Iredi
FDP

SPD

Um die Stärken des Hochtaunuskreises in der Rhein-Main-Region als erfolgreicher Wirtschaftsstandort zu sichern und auszubauen, bauen wir die Wirtschaftsförderung im Landratsamt aus und organisieren den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Gemeinsam mit den Kommunen begegnen wir den Herausforderungen wie Digitalisierung, Fachkräftemangel und der Verfügbarkeit von Wohn- und Gewerbe- flächen.

Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das Vertrauen in Staat, Wirtschaft und Menschen stärkt. Immer mehr Kontrolle schwächen Wirtschaft und das Miteinander. Mehr Digitalisierung unterstützt eine moderne, effiziente und handlungsfähige Verwaltung, die sowohl persönlich wie auch digital gut erreichbar ist. Wir stehen für eine kritische Prozessanalyse und bringen uns aktiv auch bei der Entbürokratisierung ein.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist unser zentrales Anliegen ebenso wie Azubi- Wohnheime und Mitarbeiter-Wohnungen. Das Sondervermögen für Infrastruktur, vereinfachte Baugesetze in der hessischen Bauordnung sowie der „Bauturbo“ fördern den Wohnungsbau. Eine vorausschauende Regionalplanung, enge Zusammenarbeit mit Kommunen und beschleunigte Genehmigungen einer leistungsstarken Baubehörde stärken die Baubranche.

Gut ausgebauten Straßen und ein bezahlbarer, zuverlässiger ÖPNV sind Grundlage für ein zukunftsorientiertes Mobilitätskonzept. Projekte wie der Lückenschluss der Linie U2, die Elektrifizierung der Taunusbahn und die Regionaltangente West leisten wichtige Beiträge. Auch Verkehrslenkung, Kreisstraßensanierungen und der Erhalt von Verkehrs wegen sind ebenso nötig wie weitere Carsharing-Angebote und Ladeinfrastruktur.

Grüne

Wir wollen eine zukunftsfähige Wirtschaft, die Chancen nutzt. Das Unternehmensforum soll als Netzwerk von Politik, Verwaltung und Unternehmen wiederbelebt werden. Wir setzen auf wissensbasierte, nachhaltige Wertschöpfung, besonders in der Gesundheitswirtschaft und finanzierten Dienstleistungen. Kommunale Pilotprojekte für Klimaanpassungen wollen wir nutzen, um Innovationen regional voranzubringen.

Wir setzen auf eine effizient und digital arbeitende Verwaltung. Prozesse müssen praxistauglich sein und regelmäßig auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Leistungen, die anderswo online möglich sind, müssen auch im Hochtaunuskreis digital angeboten werden – etwa Gewerbeanmeldungen, Baugenehmigungen oder Förderanträge. So bauen wir Bürokratie ab und entlasten Unternehmen spürbar.

Wir sichern Wohn- und Gewerbe flächen, ohne Natur zu verbrauchen. Unser Fokus liegt auf Sanierung statt Neubau, Flächenrecycling und der Reaktivierung brachliegender Areale. Durch Nachverdichtung, umweltfreundliche Baustoffe und nachhaltige Konzepte erhalten wir den Charakter der Gemeinden. Kreiseigene Gesellschaften sollen verstärkt bezahlbaren Wohnraum für Fachkräfte und Menschen mit knapperem Einkommen schaffen.

Wir setzen auf klimafreundliche, bezahlbare und verlässliche Mobilität. Wichtig sind dichtere Takte im Bus- und Bahnverkehr, On-Demand-Angebote, bessere Anbindungen an Nachbarkreise sowie der Ausbau von S5, U2 und die schnelle Umsetzung der Regionaltangente West. Die Prüfung stillgelegter Strecken gehört ebenso dazu wie ein sicheres, alltagstaugliches Radwegenetz und eine touristische Fernradroute durch den Taunus.

FDP

Eine FDP priorisiert, was den regionalen Mittelstand unterstützt, Arbeitsplätze schafft und Investitionen anzieht. Gute Verkehrs- und Digitalinfrastruktur (Glasfaser, Mobilfunk, ÖPNV, Gewerbe flächen) sind konsequenter auszubauen. Genehmigungsverfahren, wie bei der Bauaufsicht oder dem Ausländeramt, müssen beschleunigt werden, was die FDP in der abgelaufenen Wahlperiode bereits regelmäßig im Parlament kritisiert hat.

Ein FDP-Schwerpunktthema war und wird der Digitalisierungsfortschritt sein. Der Hochtaunuskreis hat hier leider noch viel nachzuholen. Heute geht es der FDP nicht mehr nur um beispielsweise die elektronische Bauakte, Ziel muss der Einzug von künstlicher Intelligenz in allen Verwaltungsvorgängen sein, um Genehmigungsverfahren schneller und effizienter zu machen. Unnötige Auflagen und bürokratische Hürden müssen radikal gestrichen werden.

Bei der Aufstellung des neuen Flächennutzungsplans müssen Kreis, Städte und Gemeinden gemeinsam auf den Ausweis von mehr Flächen einwirken. Die Entwicklung von neuen Gewerbe flächen und mehr Wohnbebauung ist elementarer Wachstumstreiber. Die Verfügbarkeit von Fachkräften, aber auch die Infrastrukturanbindung entscheiden über zukünftige Investitionen. Kreiseigene Flächen müssen zügiger vermarktet werden.

Die Nordost-Umfahrung von Usingen, der Königsteiner Kreisel und der Saalburgpass müssen bestmöglich unterstützt und gefördert werden, um endlich Fortschritt zu erzielen. Die Regionaltangente West sowie der Ausbau der S-Bahn Linie 5 bis Usingen sind als zukunftsweisende Projekte zu priorisieren. Die Zuverlässigkeit des ÖPNV auf der Schiene muss im gesamten Hochtaunuskreis sofort erhöht werden.

Hochtaunuskreis

Wirtschaftspolitische Fragen zur Kommunalwahl 2026



Robert Hohmann

Freie Wähler



Paul Laslop

Die Linke



Renzo Sechi

FWG Hochtaunus

Freie Wähler

Im Hochtaunuskreis muss generell die Wirtschaftsförderung auf eine funktionierende Ebene gestellt und als Stabsstelle mit den Wirtschaftsförderern in den Gemeinden im Hochtaunuskreis zusammenarbeiten, um eine Ansiedlung und Förderung von Gewerbe zu optimieren. Hier wichtig: der Ausbau des Mobilfunknetzes und der Internet-Infrastruktur. Kontaktaufnahme und Konzentration der Internetfirmen und sofort greifende Fördermöglichkeiten.

Die Digitalisierung verschiedener viel zu bürokratischer Abläufe ist unbedingt erforderlich, um Entscheidungen zu beschleunigen. Ob es um das Gaststättenwesen (Gesundheitsamt), Landwirtschaft (Veterinärwesen, Landwirtschaftsamt), Gesundheitsvorsorge (Krankenhäuser et cetera) oder die Beschleunigung beim Bau geht.

- Überzogene Baustandards abschaffen
- Einwirkung auf die Landesregierung, die Hessische Bauordnung zu verschlanken
- Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften
- Erleichterung „städtobaulicher Entwicklungsbereiche“
- Bürokratieabbau

- Festhalten an der Regionaltangente West.
- Eine neue Kosten-/Nutzen-Analyse für die Elektrifizierung der Taunusbahn. Mehr Durchfahrten nach/von Frankfurt und Einsatz von Akkuzügen.
- Deregulierung: Straffung der Einspruchsmöglichkeit. Intensive Bürgerbeteiligung kann frühzeitig Vorbehalte ausräumen.

Die Linke

Wir wollen die regionale Wertschöpfung stärken. Unser Fokus liegt auf kleinen und mittleren Unternehmen, dem Handwerk und nachhaltigem Wirtschaften. Wir fordern, öffentliche Aufträge stärker an Tarifbindung und Ausbildung zu knüpfen. Zudem wollen wir Investitionen in eine nachhaltige Energie- und Verkehrsinfrastruktur vorantreiben, etwa durch Photovoltaik auf kommunalen Flächen und energetische Sanierungen.

Wir wollen Bürokratie abbauen, ohne Arbeits-, Sozial- oder Umweltstandards zu schwächen. Dafür setzen wir uns für schlanke, digitale und transparente Verwaltungsverfahren mit klaren Zuständigkeiten und verbindlichen Fristen ein. Wir fordern eine kreisweite Onlineplattform für Genehmigungen sowie kostenfreie Gründungs- und Verwaltungsberatung, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen zu entlasten.

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum und ausreichend Gewerbeträßen schaffen, um Fachkräfte zu sichern. Dafür fordern wir eine aktive Bodenpolitik mit stärkerer Nutzung kommunaler Flächen. Gemeinnützige Wohnungsbau- und Genossenschaften sollen gestärkt und Bodenspekulation begrenzt werden. Gewerbeträßen wollen wir flächensparend durch Nachverdichtung und interkommunale Zusammenarbeit entwickeln.

Wir setzen uns für einen leistungsfähigen, bezahlbaren und verlässlichen öffentlichen Nahverkehr ein, der Mobilität für Fachkräfte, Besucher und Wirtschaft sichert. Wir fordern dichtere Takte, eine stabile Finanzierung sowie bessere Anbindungen an Bahnlinien und sichere Radwege. Priorität hat für uns ein planbarer Betrieb sowie der zügige Ausbau wichtiger regionaler Schienen- und Verkehrsprojekte.

FWG Hochtaunus

Die FWG Hochtaunus setzt auf Bürokratieabbau für Handwerk und Mittelstand sowie auf starke regionale Wirtschaftskreisläufe. Entscheidend sind für uns der flächendeckende Breitband- und 5G-Ausbau als moderne Standortfaktoren. Wir verknüpfen die Schaffung von Gewerbeträßen und bezahlbarem Wohnraum, um Arbeit und Leben nachhaltig zu verbinden.

Wir drängen auf eine umfassende Digitalisierung der Kreisverwaltung nach dem Motto „Digital First“. Unser Ziel ist, Genehmigungsverfahren massiv zu beschleunigen und Anträge einfacher und schneller online erledigen zu können. Darüber hinaus fordern wir einen verpflichtenden Bürokratie-Check für alle neuen kreispolitischen Vorhaben, um zusätzliche Belastungen von vornherein zu vermeiden.

Priorität hat intelligente Innenentwicklung. Wo nötig, sollen auch neue Flächen erschlossen werden. Ziel ist die Aktivierung von Leerständen und das Schließen von Baulücken für bezahlbaren Wohnraum. Mit den Kommunen entwickeln wir eine Gewerbeträßenstrategie, die bestehende Gebiete sichert und neue, gut erschlossene Standorte schafft.

Wir fordern eine Wechselstrasse auf der Bundesstraße 456 und den Umbau des Königsteiner Kreisels. Zentral ist der Ausbau des ÖPNV mit besserer Taktung, besonders im ländlichen Raum. Wir treiben ein sicheres Radwegenetz voran. Ebenso wichtig sind der Erhalt und die Sanierung unserer Kreis- und Landesstraßen für den motorisierten Individualverkehr.



Büromöbel
Ankauf • Verkauf • Vermietung

Second
Hand
Partner



Clever statt neu!

Alle Marken und Preisklassen – USM | Steelcase | Vitra | bene | König+Neurath | Interstuhl uvm.



Gebrauchte Büromöbel zu Spitzenpreisen

Riesige Auswahl an hochwertigen
Büromöbeln in allen Preisklassen.

Bei uns vor Ort oder bequem online:

- Sofort verfügbar
- Geprüfte Qualität
- Umweltbewusst & nachhaltig

Jetzt entdecken & sparen!

10%

Rabatt sichern*

www.ks-büromöbel.shop

bei Anmeldung zum
Newsletter



gebraucht kaufen
nachhaltig handeln

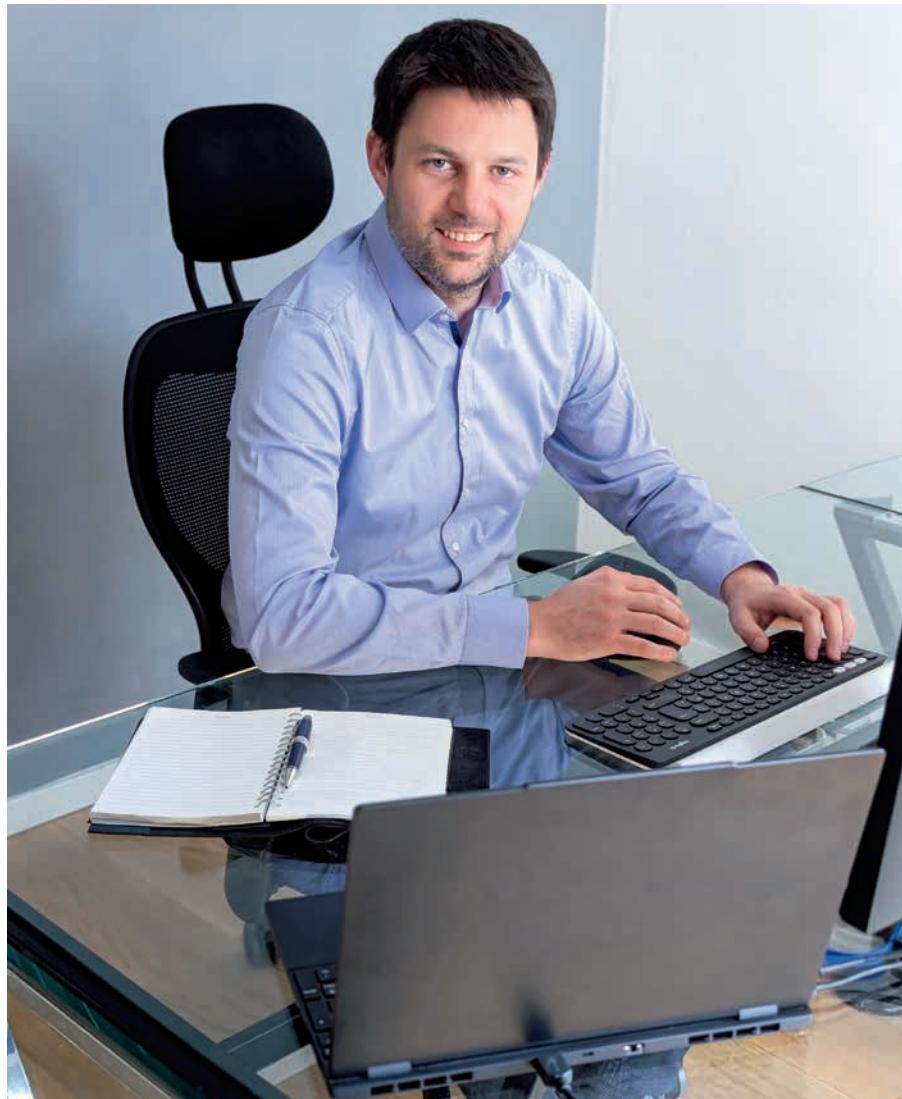
Öffnungszeiten Ladengeschäft: Mo – Fr | 7 – 18 Uhr | jd. 1. Sa im Monat 9 – 13 Uhr

KS Büromöbel GmbH • Wiesenstraße 2 • 64347 Griesheim • 06155 83 67 800 • shop@ks-bm.de

IT-Beratung mit Weitblick

Chillybytes ist auf Cloud- und IT-Sicherheitsberatungen spezialisiert und unterstützt mittelständische und große europäische Firmen dabei, ihre IT-Infrastrukturen und Software-Lieferketten unabhängiger, sicherer und nachhaltiger zu gestalten.

Foto: ChillyBytes



Julian Wintermayr, Geschäftsführer, Chillybytes: „Wenn wir unsere Daten und unser Geld in europäische Lösungen investieren, stärken wir unsere Unabhängigkeit und damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.“

„In den USA habe ich schon 2015 erlebt, wie stark europäische Unternehmen von amerikanischen Cloud-Anbietern abhängig sind“, berichtet Julian

Wintermayr, Geschäftsführer des Frankfurter Unternehmens Chillybytes, der vor der Gründung über ein Jahrzehnt Erfahrungen in internationalen Cloud-Pro-

jekten unter anderem in Finnland, London und den USA gesammelt hat. Diese Abhängigkeit betreffe nicht nur technische Systeme, sondern auch die Kontrolle über Daten, Sicherheitsstandards und Wertschöpfung. „Wenn wir unsere Daten und unser Geld in europäische Lösungen investieren, stärken wir unsere digitale Unabhängigkeit und damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft“, ist Wintermayr überzeugt.

Digitale Souveränität

Chillybytes setzt deshalb auf EU-basierte Cloud- und SaaS-Anbieter, die meist auf offenen Standards sowie Open Source beruhen und daher einen Anbieterwechsel oder -zuschaltung einfacher ermöglichen. Im Gegensatz zu monolithischen US-Plattformen bietet diese flexible Plug-and-Play-Architektur mehr Resilienz sowohl gegenüber technischen Ausfällen als auch geopolitischen Risiken. „Wir verfolgen eine Cloud- und Open-Source-Strategie mit Augenmaß: US-Technologien wo nötig, EU-Technologien wo möglich.“ Das Unternehmen begleitet seine Kunden von der Analyse bestehender Systeme über die strategische Planung bis hin zur Umsetzung und dem Hosting ausgewählter Services.

Beratung mit Praxisfokus

Die Kunden von Chillybytes sind vor allem europäische Unternehmen mit eigener Inhouse-IT und hohem Sicherheits-

bedarf. „Wir kombinieren Cloud- und Open-Source-Strategien so, dass sie wirtschaftlich sinnvoll und nicht nur regulatorisch sicher sind, sondern auch in der Realität“, erklärt Wintermayr. Ziel ist es, nicht nur zu beraten, sondern Lösungen zu schaffen, die sich in der Praxis bewähren. Gerade in einer Zeit wachsender Cyberbedrohungen und geopolitischer Spannungen sieht Chillybytes seine Aufgabe darin, die digitale Resilienz europäischer Unternehmen zu stärken. „Resilienz ist nicht als Insel zu betrachten, sondern als konstanter Datenfluss. Wenn oben an der Quelle Software oder Daten manipuliert werden, muss mir das als Konsument auffallen.“

Das Beratungsportfolio richtet sich an Kunden, die nachhaltige IT-Strukturen mit Fokus auf transparente und sichere Software-Lieferketten aufbauen wollen. Gleichzeitig verfolgt das Unternehmen eine langfristige Vision: Europas digitale Souveränität zu stärken. „Wir haben die Kompetenz und die Technologien, um eigenständige Lösungen zu schaffen. Jetzt geht es darum, Vertrauen in europäische Systeme aufzubauen und Aufträge hierzuhalten“, so Wintermayr. In den kommenden Jahren möchte er mit seinem Unternehmen bei möglichst vielen Projekten zeigen, dass digitale Souveränität und resiliente IT-Strukturen in Europa nicht nur möglich, sondern wirtschaftlich sinnvoll und technologisch leistungsfähig sind.

Vertrauen in europäische Lösungen

Dafür braucht es mehr Use Cases insbesondere bei größeren Unternehmen, die heute noch in alten US-Systemen gefangen sind und glauben, ihnen fehle die Ressource für einen Wechsel. „Das stimmt so nicht. Was fehlt, ist oft das Vertrauen in europäische Lösungen“, betont Wintermayr und ergänzt: „Wir freuen uns, wenn Unternehmen Interesse daran haben, ein Proof of Concept oder einen Use Case gemeinsam umzusetzen. Denn genau solche Projekte sind der Schlüssel für den Wandel, anstatt einen weiteren IT-Fördertopf aufzumachen.“

Einen weiteren Innovationsschwerpunkt bildet eine Software-Plattform, die Wintermayr gemeinsam mit einem Geschäftspartner aufgebaut hat. Sie unterstützt Unternehmen dabei, Risiken und Potenziale in Lieferketten zu erkennen und mit Nachhaltigkeitszielen zu verknüpfen: „So stärken wir Resilienz rundum über alle Lieferketten hinweg – von Software und Daten bis hin zu Rohstoffen und Produkten.“ Für Chillybytes ist digitale Souveränität auch eine Form von Nachhaltigkeit. Durch den Aufbau resilenter, europäischer IT-Strukturen will das Unternehmen dazu beitragen, dass Daten, Know-how und Wertschöpfung langfristig in Europa bleiben – als Basis für eine selbstbestimmte digitale Zukunft.



KONTAKT

Chillybytes

Hanauer Landstraße 220
60314 Frankfurt am Main
E-Mail meet@chillybytes.com
www.chillybytes.com



DIE AUTORIN



Ann-Kristin Engelhardt

Stellvertretende Leiterin, Wirtschaftspolitik und Metropolenentwicklung,
IHK Frankfurt (bis 31. Dezember)
wirtschaftspolitik@frankfurt-main.ihk.de

„Meine KÄRCHER-Geräte hole ich da wo ich gut beraten werde und einen super Service bekomme.“

50 Jahre Erfahrung sprechen einfach für sich

Große Mietstation

- Teppichreiniger
- Allessauger
- Dampfreiniger
- Gartengeräte
- Hochdruckreiniger
- Luftreiniger
- Kehrmaschinen
- und vieles mehr...

KÄRCHER

KÄRCHER CENTER
VIEHMANN

Ihr Kärcherpartner in Neu-Isenburg

Verkauf - Service - Vermietung - Zubehör - Ersatzteile

- kompetente Beratung
- Riesenauswahl
- Top - Reparatur- service
- Zubehör und Ersatzteile



Werner-Heisenberg-Str. 12 Tel. 06102-77605
63263 Neu-Isenburg Fax 06102-31024
info@kaerchercenter-viehmann.de
www.kaercher-center-viehmann.de



Lufthansa City Center International

Foto: LCCI



Am 1. Januar feierte die Lufthansa City Center International GmbH (LCCI) ihr 25-jähriges Firmenjubiläum. Lufthansa City Center International, Frankfurt, steuert seit 25 Jahren das internationale Franchisesystem Lufthansa City Center außerhalb Deutschlands. Mit rund 600 Franchisepartnern in 110 Ländern ist es das größte unabhängige Franchiseunternehmen im Reisebüromarkt. Die Kernaufgaben umfassen die Betreuung des Franchisesystems sowie die Bereitstellung von Reise- und Geschäftsreisedienstleistungen für internationale Partnerbüros. Durch die enge Zusammenarbeit mit Partnerbüros vor Ort wird ein reibungsloser Ablauf von Geschäfts- und Privatreisen gewährleistet, ergänzt durch lokale Empfehlungen und individuelle Lösungen.



Alliance Technologies

Ende März 2001 begann mit der Gründung der damaligen Alliance Systems/Alliance Trading ein spannendes Kapitel zukunftsweisender Kommunikationstechnologien. Unternehmensgründer Heinz Schramm setzte von Anfang an den Fokus auf intelligente Unternehmenskommunikation – ein Fundament, das die Bad Homburger Firma zu einem erfahrenen, auch international operierenden Distributor und Value-Added Reseller im Bereich Unified Communication machte. Mit dem Eintritt von Dietmar Kraume und Sagar Gandhi als Gesellschafter im Jahr 2020 wurde der strategische Ausbau in Richtung Digitalisierung, Cloud-Kommunikation und moderne Kollaborationslösungen weiter beschleunigt. In 2022 wurde das Unternehmen im Rahmen eines Firmenales an die Rigby-Gruppe übergeben.



nGENn



Foto: nGENn

Blick auf das Büro der nGENn – gelegen auf dem Gelände der Erdfunkstelle Usingen, einer Bodenstation zur Kommunikation mit Satelliten, welche von der Media Broadcast Satellite betrieben wird.

DIENSTJUBILÄEN

25 Jahre

Yvonne Rohn, Commerzbank, Frankfurt

Feiern Sie ein Firmenjubiläum?

Veröffentlichung im IHK WirtschaftsForum

Im IHK WirtschaftsForum veröffentlichen wir auch Ihr Firmenjubiläum. In Zehnerschritten (ab dem 20-Jährigen) werden die Unternehmen namentlich erwähnt. Unternehmen, die beispielsweise ein 25-, 50-, 75- oder 100-jähriges Bestehen feiern, werden mit einem kleinen Artikel und Foto gewürdigt. Wir freuen uns auf Ihre Zusendungen. Kontakt: Petra Menke, Telefon 069/2197-1203, E-Mail p.menke@frankfurt-main.ihk.de.

Wo der technische Fortschritt rasant voranreilt, steigen die Risiken, reißen Lücken in der IT-Architektur auf, macht ihre Beherrschbarkeit Sorgen. Das Unternehmen nGENn, 2001 im Kransberger Schloss gegründet und von den Geschäftsführern Mathias Handsche und Klaus Landefeld geleitet, kümmert sich seit ihren Anfängen um die spezifischen Sicherheitsfragen der Internet-Wirtschaft, von Rechenzentren, Telekommunikationsfirmen und Energieversorgern. Seit ein paar Jahren im Sockelgebäude einer der großen Satellitenantennen auf dem Gelände der Usinger Erdfunkstelle mitten im Wald angesiedelt, reicht die Strahlkraft der Sicherheitsberater in alle Welt: Kunden finden sie von Texas bis Tuttlingen, mit denen über alle Zeitzonen hinweg und postpandemisch bequem per Video konferiert wird, während vor dem Fenster die Schafe grasen.

FrankfurtRheinMain startet als World Design Capital ins Jahr 2026

FrankfurtRheinMain trägt in 2026 als erste Region Deutschlands den von der World Design Organization (WDO) verliehenen Titel World Design Capital (WDC). Unter dem Jahresmotto „Gestalten wir gemeinsam Frankfurt RheinMain“ richtet die Metropolregion den Fokus darauf, wie Design konkret zu einer erlebenswerten, demokratischen und wirtschaftlich nachhaltigen Zukunft beiträgt. Im Zentrum steht die Frage, wie Gestaltung gemeinschaftlich genutzt werden kann, um Lebensräume zu verbessern, gesellschaftliche Teilhabe zu stärken und den Wandel der Region zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund bringt die WDC Akteure aus Zivilgesellschaft, Institutionen, Kommunen, Hochschulen, Kultur und Wirtschaft zusammen, um gemeinsam Verantwortung für die Region zu übernehmen. Bis zu 2000 Veranstaltungen formen das Programmjahr. In diesem Jahr zeigt die gesamte Region, wie Gestaltung als verbindende Kraft wirkt – und wie daraus eine neue, gemeinsame Identität entsteht. Die World Design Capital Frankfurt RheinMain 2026 wird von drei Hauptförderern – Land Hessen, Stadt Frankfurt, Kulturfonds Frankfurt RheinMain – sowie den Kommunen der Region finanziert.



Gruppenbild aller Beteiligten (v.l.): Benedikt Kuhn, Umut Sönmez, Kai Rosenstein, Stephanie Wüst, Andrea Springer, Felix Kossok, Carolina Romahn, Philipp Gutbrod, Roland Lambrette, Ulrich Caspar, Ina Hartwig, Nicola Stattmann, Susanne Völker, Barbara Lersch, Matthias Wagner K und Cécile Schortmann.

So entstand ein öffentliches Budget von rund 14,3 Millionen Euro. Ergänzend bringen Institutionen, Unternehmen und Stiftungen über Co-Finanzierungen, Sachleistungen und Spenden weitere rund 1,7 Millionen Euro ein. Das Gesamtvolumen des Projekts beläuft sich damit auf rund 16 Millionen Euro.

<https://wdo.org>

Regionale Fachmesse für die Wirtschaftsregion Rhein-Main

Messtechnik
Steuerungstechnik
Regeltechnik
Automatisierungstechnik
Prozessleitsysteme
+ begleitende Fachvorträge

Messebesuch inkl. Imbiss und Fachvorträge ist kostenfrei. Erforderliche Besucher-Registrierung: www.meorga.de oder QR-Code scannen



MEORGA
MSR-Spezialmessen

Frankfurt
Mittwoch, 18.03.2026
von 8.00 bis 16.00 Uhr
myticket JAHRUNDERTHALLE
Pfaffenwiese 301 - 65929 Frankfurt a.M.

STEUERN

Steuerliche Behandlung von Mahlzeiten

Foto: mauritius images / SZ Photo Creative, Alessandra Schellneger



Ein neues Schreiben des Bundesfinanzministeriums informiert über die geänderten Sachbezugswerte für Mahlzeiten, die der Arbeitnehmer arbeitstäglich unentgeltlich oder verbilligt erhält. Diese werden lohnsteuerlich mit einem pauschalen Sachbezugswert bewertet. Der geldwerte Vorteil, der dem Arbeitnehmer als Arbeitslohn angerechnet wird und somit lohnsteuerpflichtig ist, ergibt sich jeweils aus der Differenz zwischen dem Sachbezugswert und dem Eigenbeitrag, den der Arbeitnehmer für eine Mahlzeit erbringt. Sofern der Arbeitnehmer einen Eigenbeitrag zahlt, der mindestens dem Sachbezugswert entspricht, entsteht kein lohnsteuerpflichtiger geldwerter Vorteil. www.bundesfinanzministerium.de

STANDORTPOLITIK

Rezeptbuch für attraktive Innenstädte

Mit dem „Rezeptbuch für eine attraktive Innenstadt“ hat der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag eine praxisorientierte Handreichung für Kommunen, Wirtschaftsförderungen und lokale Akteure herausgegeben. Basiert auf fünf Jahren Innenstadtberatung und 14 000 Befragungen stellt das Werk Maßnahmen zur Belebung von Stadtzentren vor – insbesondere in Städten unter 50 000 Einwohnern. Das Rezeptbuch versteht sich als Anleitung zur Stärkung von Stadtzentren. Es bietet acht Grundrezepte für unterschiedliche Stadttypen – von der historischen Altstadt über Tourismusstädte bis hin zu orientierungslosen Kommunen. www.bw.ihk.de/rezeptbuch

INTERNATIONAL

Fairer E-Commerce: Ende der Zollfreiheit



Foto: mauritius images / Christian Ohde

Die EU wird ab Juli einen Zollsatz von drei Euro pro Sendung auf Pakete im Wert von weniger als 150 Euro im elektronischen Handel einführen. Somit würden auch günstige Bestellungen über Plattformen wie Temu oder Shein zollpflichtig werden. Die EU will damit die Überschwemmung der europäischen Märkte mit großen Mengen billiger Importwaren aus Drittländern unterbinden. Gleichzeitig soll mit dem von der Bundesregierung unterstützten Vorstoß sichergestellt werden, dass alle Händler – unabhängig von ihrem Standort – die gleichen Wettbewerbsbedingungen haben, und Betrug aktiv angegangen werden. Die endgültige Abschaffung der Zollfreigrenze ab 2028 soll im Rahmen der für dieses Jahr geplanten Zollreform gelten, wenn auch eine digitale Plattform zur Abwicklung und Kontrolle an den Start geht. <https://european-union.europa.eu>



FRANKFURTER AUSSENWIRTSCHAFTSKALENDER

What's New? Neuerungen im Zoll- und Außenwirtschaftsrecht 2025/2026

Dienstag, 3. Februar, 14.30 bis 17.30 Uhr, Telefon 069/2197-1296

Israel-Konferenz „Restart Hope – Innovation and Investment“

Montag, 9. März, 9 bis 15 Uhr, Telefon 069/2197-1435

Zollrechtliche Exportabwicklung

Donnerstag, 26. Februar, 9 bis 16 Uhr, Telefon 069/2197-1296

Exportkontrolle

Freitag, 27. Februar, 9 bis 13 Uhr, Telefon 069/2197-1296

International Stammtisch

Telefon 069/2197-1359, www.newcomers-network.de



Weitere Infos und Anmeldung zu den Veranstaltungen online

unter www.frankfurt-main.ihk.de/veranstaltungen

Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist teilweise gebührenpflichtig.



STEUERN

Auslandsreisen: neue Pauschbeträge

Das Bundesfinanzministerium hat die zur steuerlichen Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar geltenden neuen Pauschbeträge für Verpflegungsmehraufwendungen und Übernachtungskosten veröffentlicht. www.bundesfinanzministerium.de

Foto: HWK



AUSBILDUNG

Ehrung für Ausbildungsbotschafter



Für ihren Einsatz als Ausbildungsbotschafter wurden 27 Azubis aus 22 Unternehmen in der IHK Frankfurt geehrt. Sie sind selbst noch mitten in ihrer eigenen dualen Berufsausbildung. Im Lauf des vergangenen Jahres haben sie zahlreiche Vor- und Abgangsklassen der Frankfurter Schulen besucht. Dort stellten sie ihren eigenen Ausbildungsalltag vor und gaben Schülern einen unmittelbaren Einblick in verschiedene Berufe. Unter dem Leitgedanken „Ich zeige dir, was ich lerne“ berichteten sie von ihren persönlichen Schritten auf dem Weg in die Ausbildung. Das Projekt „Ausbildungsbotschafter“ wird von der Gesellschaft für Jugendbeschäftigung umgesetzt; finanziert wird es gemeinschaftlich von der IHK Frankfurt, der Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt sowie der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main.

UNTERNEHMENSFÖRDERUNG

Vergaberecht modernisiert

Der HIHK begrüßt das Ziel der Landesregierung, öffentliche Vergabeverfahren schneller, einfacher und verlässlicher zu machen. Die geplante Reform des Hessischen Vergabe- und Tarifreuegesetzes sieht unter anderem deutlich höhere Direktvergabeschwellen, eine Verschlankung der Nachweispflichten sowie eine dreijährige Präqualifizierung vor und stärkt zugleich die Kontrollen. Wichtig aus Sicht des HIHK ist, dass auch bei höheren Direktvergaben der Wettbewerb gewährleistet bleibt. Vergabestellen sollten Entscheidungen nachvollziehbar dokumentieren, Anbieter gezielt ansprechen und für eine faire Rotation sorgen. So behalten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups reale Zugangschancen, ohne die gewünschte Beschleunigung zu gefährden. www.hihk.de Vergabeverfahren

HALLEN

Industrie – Gewerbe – Stahlbau



PLANUNG

PRODUKTION

MONTAGE



09932 37-0

Wolf System GmbH
94486 Osterhofenmail@wolfsystem.de
www.wolfsystem.de

„Lage allein reicht nicht mehr“

Ein Gespräch mit Erich Menges, Geschäftsführer, FrankfurtRheinMain GmbH, über Herausforderungen und Standortfaktoren für die erfolgreiche Ansiedlung ausländischer Unternehmen in der Metropolregion FrankfurtRheinMain.

Foto: FrankfurtRheinMain GmbH



Eric Menges, Geschäftsführer, FrankfurtRheinMain GmbH: „Ein Investor interessiert sich nicht für kommunale oder Ländergrenzen. Er schaut danach, wo die Bedingungen für sein Unternehmen am besten passen.“

Herr Menges, was war die Grundidee hinter der Entscheidung, die Drei-Länder-Region FrankfurtRheinMain als wirtschaftliche Einheit international zu vermarkten?

Die FRM GmbH wurde aus der Erkenntnis heraus gegründet, dass interkommunale und länderübergreifende Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen absolut sinnvoll ist. Die Bündelung des internationalen Standortmarketings spart Ressourcen, vermeidet Doppelstrukturen und verbessert den Service für Investoren, die mit uns eine zentrale, kompetente Anlaufstelle haben.

Was bedeutet das für die wirtschaftstarke Metropolregion?

Durch den Zusammenschluss ergibt sich auch ein wettbewerbsfähigeres Standortprofil. International ist Frankfurt bekannter als die Region. Sie wird oft als Millionenstadt eingeordnet, obwohl rund 780 000 Menschen in der Mainmetropole leben. Als einheitlicher Wirtschaftsraum vermarktet, profitiert die Region von der Bekanntheit Frankfurts. Frankfurt wiederum profitiert von der kritischen Masse von knapp sechs Millionen Einwohnern sowie der großen Branchenvielfalt, die es im Zusammenschluss mit der Region aufweisen kann. Hinzu kommt die exzellente und breite Bildungslandschaft mit Universitäten, Hochschulen, Fachhochschulen und internationalen Schulen. Das macht uns hoch attraktiv für Unternehmen.

Welchen Vorteil bieten Sie Ihnen heute 36 Gesellschaftern, darunter Städte, Landkreise und Wirtschaftskammern aus drei Bundesländern?

Der große Vorteil für unsere Gesellschafter ist, dass wir als neutraler Vermittler agieren und allen die gleichen Chancen eröffnen, sich auf eine Ansiedlung zu bewerben. Unsere Gesellschafter haben erkannt, dass erfolgreiche Standortvermarktung unserer polyzentrischen Region nur mit einer gemeinsamen professionellen Herangehensweise echte Ergebnisse liefert. Das zeigt auch unsere stetig steigende Anzahl von Gesellschaftern und Beitrittsgesuchen.

Und wir konnten zeigen: Egal, wohin es am Ende ein Unternehmen in Frankfurt-RheinMain zieht, es profitiert immer die gesamte Region.

Eine gute Lage allein reicht nicht mehr. Wir werden gefragt, wie es mit Zugang zu Talenten ausschaut, wie viele internationale Schulen es mit welchen Abschlüssen hier gibt. Auch die Lebensqualität spielt eine große Rolle und die Frage, ob die Familien ausländischer Fach- und Führungskräfte hier gut und sicher leben können. Die Unternehmen wünschen sich die Einbindung in Branchennetzwerke. Häufig werden wir auch nach Subventionen gefragt. Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Anforderungen deutlich komplexer und der Fragenkatalog der internationalen Unternehmen deutlich umfangreicher geworden ist.

Welchen Vorteil hat die bundesländerübergreifende Zusammenarbeit in der

„Große Flächenanfragen können wir nur noch sehr selten bedienen“

Sind Investoren in China, Australien oder Indien die gleichen Standortfaktoren wichtig oder müssen Sie je nach Zielmarkt Ihre Vermarktungsstrategie nuancieren?

Unternehmen wollen hier erfolgreich Geschäfte machen, da spielt die Herkunft keine Rolle. Ausländische Firmen schätzen die Internationalität und Offenheit unserer Region sowie den Zugang zu gut ausgebildeten Fachkräften. Wichtig ist, das Anliegen und die Bedarfe jedes einzelnen Unternehmens zu verstehen. Fragen wie: Wo sind seine Kunden heute und vielleicht in der Zukunft? Wo findet es Talente und Kooperationspartner? Wie sieht seine bevorzugte Fläche, sein bevorzugtes Büro aus? Dabei haben wir die unterschiedlichen Geschäftskulturen der Länder, in denen wir aktiv sind, im Blick. Das ist eine der großen Stärken unserer diversen Teams.

Haben sich die Anforderungen von Investoren in den vergangenen 20 Jahren verändert?

Standortvermarktung für ausländische Unternehmen, die sich bei uns ansiedeln möchten?

Ein Investor interessiert sich nicht für kommunale oder Ländergrenzen. Er schaut danach, wo die Bedingungen für sein Unternehmen am besten passen. Daher ist eine One-Stop-Agency, die ihn bei der Suche nach dem für ihn geeigneten Standort in der gesamten Region unterstützt, die optimale Anlaufstelle. Wir sind in der Region bestens vernetzt, koordinieren auf Investorenwunsch die Immobiliensuche, stellen Kontakte zu Branchennetzwerken, internationalen Schulen oder Universitäten her, moderieren bei Themen mit Behörden und unterstützen so Investor und Kommune.

Ob sich Unternehmen bei uns ansiedeln, hängt auch stark von den verfügbaren Flächen ab. Wie gut können Sie Anfragen zur Gewerbeansiedlung heute bedienen?

Große Flächenanfragen ab circa fünf Hektar können wir nur noch sehr selten bedienen. Anfragen ab 100 Hektar,

Weitere Infos

Die FrankfurtRheinMain GmbH wirbt seit 2005 bei ausländischen Firmen dafür, sich in der Metropolregion anzusiedeln. Mehr als 1500 Unternehmen haben sich seither in der Region, die aus Landesteilen in Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz besteht, niedergelassen. Rund die Hälfte davon mit aktiver Begleitung der FRM GmbH und ihrer regionalen Partner. www frm-uni ted.com



Bauland für Wohnen und Gewerbe bleibt in der Metropolregion knapp und teuer.

die es in der Vergangenheit auch schon gab, müssen wir ablehnen. Grundsätzlich würden wir uns im Hektarbereich eine breitere Angebotspalette wünschen. Selbst eine oder zwei Flächen reichen manchmal nicht aus. Ein Unternehmen möchte zumindest eine kleine Auswahlmöglichkeit haben. Daher sind wir froh um jede zusätzlich ausgewiesene Fläche, die uns zur Vermarktung angeboten wird. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass auch Unternehmen, die keine Fläche, sondern nur ein Büro benötigen, einen wichtigen Beitrag zu unserer Prosperität liefern können.

Gibt es weitere Herausforderungen, die die Ansiedlung ausländischer Unternehmen in der Rhein-Main-Region erschweren könnten, wenn nicht entsprechend gegengesteuert wird? Die Verfügbarkeit von hervorragend ausgebildeten Fachkräften bleibt ein Thema. Die Lebensunterhaltungskosten und die Steuerlast für eben diese Arbeitskräfte müssen wir im Auge haben. Auch sollten wir die Behördengänge von ausländischen Führungskräften effizienter gestalten, hier gibt es aber erste Fortschritte. Wir würden uns zudem wünschen, dass sich Englisch im öffentlichen Raum bei Beschriftungen und Ansagen häufiger wieder-

findet. Und wir sollten erkennen, dass einige unsere Wettbewerber durchaus attraktive steuerliche Sonderkonditionen oder Anreize für Neuansiedlungen und ausländische Führungskräfte bieten – ebenso Subventionen, die es in FrankfurtRheinMain nicht gibt. Man kann das kritisch sehen, aber immer wieder aus diesen Gründen den Kürzern zu ziehen, ist keine Lösung. Grundsätzlich werbe ich immer dafür, Ansiedlungen als etwas Positives zu erkennen. Wir brauchen neue Impulse und zusätzliche Wirtschaftskraft, um unseren Wohlstand zu erhalten.

Welche Hausaufgaben muss die Politik auf regionaler und auch Bundesebene für eine erfolgreiche Ansiedlung ausländischer Unternehmen erledigen? Die Reputation des Wirtschafts- und Industriestandortes Deutschland im internationalen Wettbewerb bringt natürlich weitere Herausforderungen mit sich. Der Abbau von Bürokratie ist extrem wichtig. Ebenso, darauf werden wir im Ausland immer wieder angesprochen, eine zuverlässige Energiepolitik mit langfristig kalkulierbaren Preisen und Verfügbarkeiten. Hier muss die Politik sich bewegen, damit wir auch in Zukunft ein attraktiver Standort für Unternehmen und Fachkräfte sind – nicht nur aus dem Ausland.

Preis der Metropolregion 2026

Mit dem „Preis der Metropolregion“ machen die regionalen Wirtschaftskammern über ihre gemeinsame Initiative Perform herausragende Projekte und Ideen sichtbar, die FrankfurtRheinMain als Wirtschaftsstandort auf besondere Weise stärken und die Zusammenarbeit zentraler Akteure innerhalb der Metropolregion fördern. Die Auszeichnung ist mit 10000 Euro dotiert. Bewerbungsschluss: 31. März. Infos und Anmeldung: <https://perform-frm.de/preisdermetropolregion>



IHK ONLINE

Die Langversion des Interviews können Sie hier nachlesen:



INTERVIEW



Veronika Heibing

Leiterin, Geschäftsstelle, Perform Zukunftsregion FrankfurtRheinMain, c/o IHK Darmstadt

v.heibing@perform-frm.de

INNENSTADTKAMPAGNE

„Gönn dir Frankfurt“

Mit einer emotionalen Bildsprache und zahlreichen Aktionen möchte die neue Kampagne „Gönn dir Frankfurt“ das Lebensgefühl der Mainmetropole vermitteln und den urbanen Raum wirtschaftlich wieder stärker beleben.

Foto: David Strassburger



Präsentierten das Kampagnen-Logo: Eduard M. Singer, Leiter, Stabsstelle Stadtmarketing, Stadt Frankfurt, und Stephanie Wüst, Wirtschaftsdezernentin, Stadt Frankfurt.

Mit einer Innenstadtkampagne unter dem Motto „Gönn dir Frankfurt“ möchte die Mainmetropole die Frankfurter Innenstadt und die Einkaufsstraßen in den Stadtteilen wirtschaftlich stärker beleben und die emotionale Verbindung zwischen Stadt, Bürgern und Gästen fördern. Die Marketing- und Imagekampagne wurde von der Stabsstelle Stadtmarketing in enger Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, dem Dehoga Hessen, dem Handelsverband Hessen-Süd sowie der Frankfurt University of Applied Sciences entwickelt. Konzipiert wurde sie von der Frankfurter Agentur Platea Communications.

„Trifft den Nerv der Zeit“

„Mit ‚Gönn dir Frankfurt‘ haben wir einen starken Slogan gefunden, der Lust auf unsere Stadt macht“, betonte Wirtschaftsdezernentin Stephanie Wüst bei der Vorstellung. Im Kontext der

Masterpläne „Erlebniscity“ und „Tourismus2030“ sei sie ein zentraler Baustein zur Zukunftssicherung der Innenstadt und der Stadtteilzentren. Die Kampagne treffe den Nerv der Zeit, bekräftigte Eduard M. Singer, Leiter der Stabsstelle Stadtmarketing: „Es geht um bewusste, individuelle Stadtmomente – vom Einkauf über kulturelle Entdeckungen bis hin zum kurzen Ausbrechen aus dem Alltag. Frankfurt bietet dafür die perfekte Kulisse und wir zeigen, warum.“

„Die Kampagne richtet sich insbesondere auch an die Besucher aus dem Umland – eine zentrale Zielgruppe für den lokalen Handel und die Gastronomie“, sagte IHK-Präsident Ulrich Caspar. „Damit die Kampagne Früchte trägt, ist entscheidend, dass die Frankfurter Innenstadt für alle gut erreichbar bleibt – ob mit Bahn, Bus, Fahrrad oder Auto.“ Attraktivität und Erreichbarkeit müssten Hand in Hand gehen, „damit unsere

City auch künftig lebendig und erfolgreich bleibt“. Mit der Kampagne könne sich der Handel von seiner besten Seite präsentieren, ergänzte Joachim Stoll, Vizepräsident des Handelsverbands Hessen-Süd. Für die Händler biete sich die besondere Chance, das Frankfurter Lebensgefühl zu vermitteln.

Offenheit, Genuss, Lebensfreude

„Gerade in Gastronomie und Hotellerie zählt das Gefühl, willkommen zu sein“, so Robert Mangold, Präsident, Dehoga Frankfurt. „Gönn dir Frankfurt“ vermittelte eben diese Haltung, nämlich Offenheit, Genuss und Lebensfreude: „Das ist es, was unsere Stadt authentisch ausmacht. Diese emotionale Ansprache ist entscheidend für ein nachhaltiges Stadtmarketing.“ Die Kampagne läuft zunächst über zwei Jahre. Themen wie Erleben, Einkaufen und Genuss stehen dabei im Mittelpunkt.



DIE AUTORIN



Dr. Noemí Fernández Sánchez

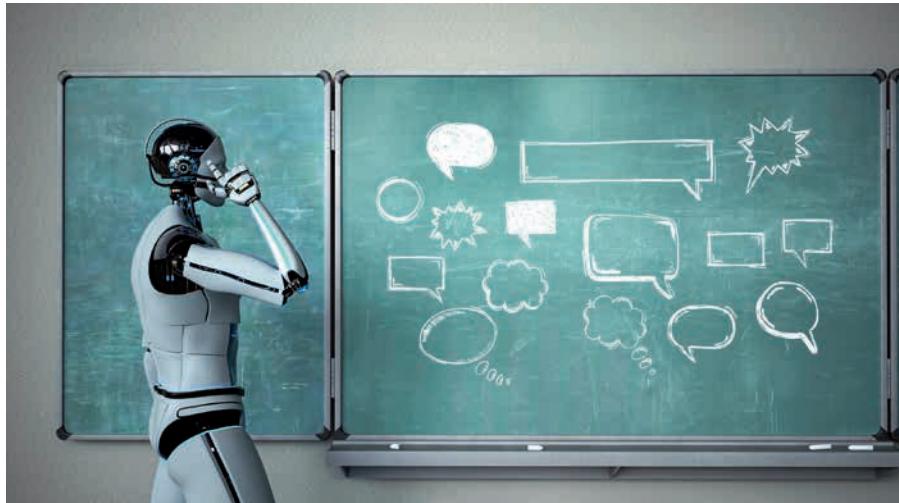
Referentin, Standortpolitik,
IHK Frankfurt

n.sanchez@frankfurt-main.ihk.de

Bildung zukunftsfähig aufstellen

Die hessischen Industrie- und Handelskammern begrüßen die Einigung zwischen Bund und Ländern zur längst fälligen Fortsetzung des Digitalpakts, die kurz vor Weihnachten erfolgte.

Foto: mauritius images / Alexander Limbach



Mit der Neuauflage des Digitalpakts hoffen die hessischen IHKs, dass nun deutlich mehr Tempo in die weitere Digitalisierung der Schulen insgesamt und insbesondere der Berufsschulen kommt, um die berufliche Bildung in Hessen zukunftsfähig aufzustellen – mit klaren Standards, moderner Infrastruktur und einer verbindlichen digitalen Bildungsstrategie. Digital leistungsfähige Berufsschulen sind ein zentraler Erfolgsfaktor für die duale Berufsausbildung und den Wirtschaftsstandort Hessen. Aus Sicht der hessischen Wirtschaft muss nun vor allem die Qualität in den Berufsschulen gesichert werden.

Gute Rahmenbedingungen

Dazu zählen eine verlässliche Unterrichtsversorgung, qualifiziertes Lehrpersonal sowie eine zeitgemäße räumliche und digitale Ausstattung. „Gute

Ausbildung braucht gute Rahmenbedingungen – und die müssen an allen Berufsschulstandorten in Hessen gleichermaßen gelten“, betont Kirsten Schoder-Steinmüller, Präsidentin, Hessischer Industrie- und Handelskammertag.

Digitale Bildungsstrategie gefordert

Die hessischen IHKs erwarten, dass an jedem Berufsschulstandort sanierte oder neu gebaute und modern ausgestattete Schulgebäude zur Verfügung stehen. Hierfür sollten zwischen Kultusministerium und Schulträgern verbindliche Standards vereinbart werden. Ebenso notwendig sind hessenweite Standards für die digitale Ausstattung und den Einsatz von Lernplattformen, um gleiche Lernverhältnisse im ganzen Land sicherzustellen.

Zugleich braucht es eine umfassende digitale Bildungsstrategie für Hessen. Die-

se muss IT- und Medienkompetenzen, den systematischen Einsatz digitaler Lernmethoden sowie eine leistungsfähige Infrastruktur in den Berufsschulen umfassen. Neue Lernkonzepte, digitale Unterrichtsformate und eine schulübergreifende Zusammenarbeit bei digitalen Unterrichtsmaterialien sind dabei zentrale Bausteine. Gerade in IT-affinen Berufen sollte auch Distanzunterricht für Fachstufen ermöglicht werden. Über entsprechende Angebote sollten die Schulen in enger Abstimmung mit den Ausbildungsbetrieben eigenständig entscheiden dürfen.

Für Lehrkräfte sind verpflichtende Aus- und Fortbildungsangebote im Bereich digitaler Bildung erforderlich. Unverzichtbar ist zudem eine klare Entlastung der Lehrkräfte: Die Administration der digitalen Infrastruktur darf nicht länger Aufgabe der Schulen sein, sondern muss durch professionelle IT-Fachkräfte erfolgen. „Digitalisierung gelingt nur, wenn sie professionell organisiert ist und Lehrkräfte sich auf ihren Kernauftrag konzentrieren können“, so Schoder-Steinmüller.



IHK ONLINE

Weitere Informationen erhalten Sie unter diesem Link:

www.hihk.de  Digitalpakt

IHK-Bildungszentrum

Nähere Informationen zu den nachfolgenden Bildungsangeboten erhalten Sie unter der Rufnummer 069/2197 + Durchwahl oder unter www.frankfurt-main.ihk.de/ihk-bildungszentrum oder bildungszentrum@frankfurt-main.ihk.de.

IHK-SEMINARE

Der Weg in die Selbstständigkeit (Präsenz)

5. Februar 2026 / 20 UE / 5-Abende-Seminar

195 Euro

Telefon -1415

Arbeitsrecht kompakt I

12. / 13. Februar 2026 / 16 UE / 2-Tages-Seminar

595 Euro

Telefon -1206

Grundlagen der WEG-Verwaltung (Teil 1)

18./19. Februar 2026 / 16 UE / 2-Tages-Seminar

595 Euro

Telefon -1299

Hausverwaltung Miete – Aufbau und Führung einer

Mietverwaltung

26./27. Februar 2026 / 16 UE / 2-Tages-Seminar

595 Euro

Telefon -1299

Professionelle Telefonakquise im B2B-Vertrieb

6. März 2026 / 8 UE / 1-Tages-Seminar

395 Euro

Telefon -1232

Der Weg in die Selbstständigkeit (online)

ab 9. März 2026 / 20 UE / 5-Abende-Seminar

195 Euro

Telefon -1415

Die erfolgreiche GmbH-Geschäftsführung

ab 10. März 2026 / 20 UE / 5-Abende-Seminar

945 Euro

Telefon -1295

Talk Smart – Kompetent kommunizieren,

am Telefon und digital

15. / 16. April 2026 / 16 UE / 2-Tages-Seminar

595 Euro

Telefon -1232

Facility Management und Betreiberverantwortung (Immobilienwirtschaft kompakt)

23. / 24. März 2026 / 16 UE / 2-Tages-Seminar

595 Euro

Telefon -1299

Technisches 1x1 für Bauherren und Immobilienkäufer

24. März 2026 / 16 UE / 1-Tages-Seminar

295 Euro

Telefon -1299

Teamführung meistern – Kompetenzen und Management

30. / 31. März 2026 / 16 UE / 2-Tages-Seminar

595 Euro

Telefon -1206

BERUFSBEGLEITENDE ZERTIFIKATSLEHRGÄNGE

Kosten- und Leistungsrechnung

ab 2. März 2026 / 70 UE / ca. 3 Monate

895 Euro

Telefon -1295

Grundlagen der Personalarbeit im Unternehmen

ab 4. März 2026 / 60 UE / ca. 3 Monate

795 Euro

Telefon -1206

Umsatzsteuerrecht

ab 13. April 2026 / 62 UE / ca. 3 Monate

795 Euro

Telefon -1415

BERUFSBEGLEITENDE LEHRGÄNGE MIT IHK-PRÜFUNG

Ausbildung der Ausbilderinnen und Ausbilder

(Vollzeitlehrgang/Präsenz)

695 Euro

ab 2. März 2026 / ca. 80 UE

Telefon -1818

Ausbildung der Ausbilderinnen und Ausbilder

(berufsbegleitend, Präsenz)

695 Euro

ab 5. März 2026 / ca. 80 UE

Telefon -1818

Project Manager/-in (IHK)

ab 9. März 2026 / 64 UE / Vollzeit-Lehrgang

1645 Euro

Telefon -1232

Fachberater/-in für Servicemanagement (Live, online)

2395 Euro

ab 24. März 2026 / ca. 244 UE

Telefon -1818

Geprüfte Bilanzbuchhalter/-in

4795 Euro

ab 18. August 2026 / ca. 820 UE / ca. 2 Jahre

Telefon -1415



Preise zuzüglich Prüfungsgebühr nach der jeweilig gültigen Gebührenordnung. Lehrgänge, die auf IHK-Prüfungen vorbereiten, werden auch von verschiedenen privaten Anbietern durchgeführt. Anschriften solcher Anbieter können im Internet über die Seite www.wis.ihk.de abgerufen werden. Änderungen vorbehalten.



Gruppenbild der bundesbesten IHK-Azubis.

AUSBILDUNG

Bundesbestenehrung in Berlin

Zwei Absolventen aus dem IHK-Bezirk Frankfurt sind in ihren jeweiligen Berufen die **bundesbesten Azubis des Jahrgangs 2025**: Reena Dallek und Fabian Darius Omumi wurden für ihre herausragenden Prüfungsleistungen Anfang Dezember in Berlin geehrt.

Spaß und Neugier in der Ausbildung, Interesse an den beruflichen Fragestellungen, das scheint das Erfolgsrezept für Spitzenleistungen zu sein. Die Luftverkehrskauffrau Reena Dallek, Fra- port, und die Produktionsfachkraft Fa- bian Darius Omumi, Vibrantz, sind die besten Azubis des Jahrgangs 2025

ihres jeweiligen Berufs und wurden Anfang Dezember als Bundesbeste in der DIHK, Berlin, geehrt. Sie gehören zu nur 200 Bundesbesten, die sich unter rund 250 000 Teilnehmern der bundesweiten IHK-Winter- und Sommerprüfungen im vergangenen Jahr durchgesetzt haben. Bundesbildungsministerin

Karin Prien hielt die Festrede, DIHK-Präsident Peter Adrian überreichte die Ehrenurkunden.

Botschafter für die duale Ausbildung

Dallek und Omumi sind Vorbilder für derzeit rund 11 000 Auszubildende im



Reena Dallek (l.), Luftverkehrskauffrau, und Swaantje Creusen (r.), Vorsitzende, DIHK-Bildungsausschuss.



Peter Adrian (l.), Präsident, DIHK, und Fabian Darius Omumi (r.), Produktionsfachkraft Chemie.



IHK-Bezirk Frankfurt und die besten Botschafter für eine praxisorientierte Karriere mit einer dualen Berufsausbildung als Ausgangspunkt. Dallek hat das Interesse an der Luftfahrt schon früh durch die Familie mitbekommen und ist nach dem Abitur für die Berufsausbildung nach Frankfurt gezogen. Omumi hat nach Stationen in der Gastronomie und Logistik intensiv recherchiert, um einen Beruf zu finden, der zu seinem naturwissenschaftlichen Interesse passt. Beide bewerten die Zeit in ihrer Ausbildung als bereichernd und vielfältig. „Ich hatte während der Ausbildung bei Fraport viel Spaß und habe Einblicke in viele verschiedene Bereiche des Flughafens erhalten“, sagt Dallek. Zudem absolvierte sie ein Auslandspraktikum in Dublin, um ihre Englischkenntnisse zu verfeinern.

„Als Ausbildungsbetrieb legt Fraport großen Wert darauf, junge Talente praxisnah und zukunftsorientiert auszubilden, um ihnen den bestmöglichen Start ins Berufsleben zu ermöglichen und gemeinsam die Zukunft der Luftfahrtbranche zu gestalten“, betont Heike Seeharsch, Teamleitung für die kaufmännische Berufsbildung. „Die herausragende Leistung von Reena Dallek macht uns stolz und ist ein Beweis dafür, wie erfolgreich unsere Nachwuchskräfte die gebotenen Chancen nutzen.“

Über den Tellerrand schauen

Omumi ist von seinem Ausbildungsbetrieb ebenfalls begeistert: „Ich habe mich vorher ausführlich über den Beruf informiert. Und wenn man sich anstrengt, kann man gute Ergebnisse erzielen.“ Auch er blickte schon während seiner Ausbildung über den Tellerrand und war beispielsweise bei Messen für seinen Ausbildungsbetrieb im Einsatz. Für Christian Hief, Ausbildungsleiter bei Vibrantz, ist der Erfolg auch eine Bestätigung seiner Arbeit. Er zeige, wie wichtig es für Unternehmen sei, in die Ausbildung zu investieren. „Durch die duale Ausbildung sichern wir uns die Fachkräfte von morgen: engagierte Mitarbeiter, die unsere Prozesse kennen und sofort Verantwortung übernehmen können.“ Gleichzeitig halte Vibrantz damit wertvolles Know-how im Unternehmen: „Denn unsere ausgebildeten Talente bringen nicht nur Fachwissen mit, sondern auch unsere Kultur und Werte.“ Sarah Kulik, HR Multisite Manager Germany and UK, ergänzt: „Wir fördern Innovation und Entwicklungsmöglichkeiten bereits in der Ausbildung. Fabian Omumi ist ein Beispiel dafür, wie Investitionen in Ausbildung langfristig den Erfolg unseres Unternehmens sichern und wir gemeinsam Zukunft gestalten.“

Beide Bundesbesten haben davon profitiert, dass ihre Ausbilder stets für Fragen ansprechbar waren. Aber auch die Berufsschullehrer haben ihren Anteil am Erfolg. Omumi meint, dass er von seinen Berufsschullehrern sehr viel Unterstützung erfahren habe. Die Geschenke, die die Auszubildenden ihren Ausbildern nach bestandener Prüfung überreicht haben, hätten diese sich vollends verdient. Schulabgängern geben beide den Ratschlag, sich in einer Ausbildung anzustrengen und engagiert zu bleiben.

Nächstes Ziel vor Augen

Nach der IHK-Prüfung sind die beiden Spitzenabsolventen inzwischen in Unternehmenseinheiten gewechselt,

wo sie direkt an Prozessoptimierungen arbeiten. Dallek wirkt an Projekten in der Fraport Digital Factory mit, dem Innovationslabor des Unternehmens, um den digitalen Reifegrad des Unternehmens zu steigern. Omumi wiederum wählte die Sonderedelmetallproduktion von Vibrantz in Hanau aus, um weiter in seinem Beruf wachsen zu können. Hier unterstützt er bei der Optimierung der Produktion. Sein nächstes Ziel, den Industriemeister, hat er schon vor Augen. Auf diese IHK-Prüfung möchte er sich möglichst autodidaktisch vorbereiten.



IHK ONLINE

Weitere Infos rund um die Bestenehrung unter

www.dihk.de  Nationale Bestenehrung



DIE AUTORIN



Dr. Brigitte Scheuerle

Geschäftsführerin, Aus- und Weiterbildung, IHK Frankfurt
b.scheuerle@frankfurt-main.ihk.de



INNOVATION

IHK-Dissertationspreis verliehen

Dr. Lukas Jürgensmeier (M.) ist mit dem Dissertationspreis der IHK Frankfurt für seine Doktorarbeit „Measuring Fair Competition“ ausgezeichnet worden. Doktorvater ist Prof. Bernd Skiera, der an der Goethe-Universität eine Professur für Electronic Commerce innehat. In seiner Arbeit untersuchte der Preisträger, wie fairer Wettbewerb auf großen digitalen Plattformen gemessen und bewertet werden kann. Damit schuf er eine wichtige Grundlage für die Umsetzung des Digital Markets Act der Europäischen Union. „Diese Dissertation beweist, wie unverzichtbar unabhängige Forschung für einen fairen und funktionierenden Wettbewerb ist“, betonte IHK-Präsident Ulrich Caspar in seiner Laudatio. www.frankfurt-main.ihk.de  [IHK-Dissertationspreis](#)



UNTERNEHMENSFÖRDERUNG

Nachfolge erfolgreich gestalten

Experten der IHK Frankfurt stehen Unternehmern im Modul Unternehmensnachfolge der Unternehmenswerkstatt Deutschland zur Seite. So erhalten IHK-Mitglieder in Frankfurt sowie den Landkreisen Hochtaunus und Main-Taunus nun eine enge Unterstützung in der Ausarbeitung des Übernahmekonzepts, des Business- und Finanzplans sowie weiterer Pläne der Unternehmensnachfolge. www.uwd.de

ARBEITSMARKT

IHK-Fosa: neue Bestmarke

Mit dem 10 000sten Anerkennungsbescheid setzte IHK-Fosa in 2025 einen neuen Maßstab für effiziente, qualitätsgesicherte Anerkennungsverfahren. Nie zuvor wurden beim bundesweiten Kompetenzzentrum der deutschen IHKs zur Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsabschlüsse in einem Jahr mehr Anerkennungen über eine volle oder teilweise Gleichwertigkeit mit deutschen Berufsabschlüssen erteilt. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts führt IHK-Fosa zentral für 76 Mitglieds-IHKs Anerkennungsverfahren nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) durch. www.ihk-fosa.de

EHRENAMT

**Rainer Zies**

Am 14. Januar feierte Rainer Zies, Geschäftsführer, R & R Rohstoff und Recycling, Eschborn, und MKV Kunststoffgranulate, Beselich, seinen 70. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur ist Mitglied der IHK-Ausschüsse Haushalt, Industrie, Hochtaunus / Main-Taunus, Kleine und Mittlere Unternehmen sowie Nachhaltigkeit. Darüber hinaus gehört er der IHK-Vollversammlung, dem Präsidium und dem DIHK-Ausschuss für Umwelt und Energie an.

ARBEITSMARKT

Fachkräftereport FrankfurtRheinMain

Neue Fachkräftereports für den IHK-Bezirk Frankfurt und Hessen zeigen: Als größte Risiken für ihre wirtschaftliche Entwicklung nennen die IHK-Mitgliedsunternehmen weiterhin die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die schwache Inlandsnachfrage, steigende Arbeitskosten sowie den Fachkräftemangel. Dabei sind die Auswirkungen des Fach- und Arbeitskräftemangels aus Sicht der Unternehmen vielschichtig: Mehrbelastung der Belegschaft, Verlust von Wissen und Innovationskraft sowie Einschränkungen im Angebot werden zunehmend spürbar. Beschäftigungsplanungen fallen deutlich defensiver aus, besonders in der Industrie und bei großen Betrieben. Trotz schwacher Konjunktur bleibt die Bindung von Personal für viele Unternehmen zentral. www.frankfurt-main.ihk.de  [Fachkräftereport](#)

BRANCHEN

DIHK warnt vor De-Industrialisierung

Picture Alliance/Zoonar/Wosunart Photostory



Die DIHK sieht klare Anzeichen für eine De-Industrialisierung des Standortes Deutschland. „Mittelständische Betriebe verlagern ihre Produktion oder schließen ganz“, sagte DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov der Nachrichtenagentur Reuters. Besonders die Industrie stehe massiv unter Druck. Seit 2019 seien dort bereits 400 000 Arbeitsplätze verloren gegangen; allein in 2025 habe es in der Industrie nach vorläufigen Berechnungen mehr als 1 600 Insolvenzen gegeben. „Das ist ein Alarmsignal für den Standort Deutschland. Wenn die Politik nicht konsequent gegensteuert, droht ein massiver Verlust von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen.“ www.dihk.de

AUSBILDUNG

Quereinsteiger qualifizieren

Foto: Stefan Krutsch



Euram unterstützt Mitarbeiter, die als Quereinsteiger oder Ungelernte gestartet sind, bei ihrer beruflichen Weiterentwicklung und eröffnet ihnen – unter Einbeziehung des Bildungscoachs der IHK Frankfurt – Wege zu anerkannten Berufsabschlüssen. In Frankfurt werden derartige Beratungen stark nachgefragt, allein die IHK Frankfurt berät jährlich mehr als 350 Menschen zu ihrem Weg zum Berufsabschluss. „Euram zeigt eindrucksvoll, wie Unternehmen durch gezielte Förderung und Weiterbildung ihrer Beschäftigten dem Fachkräftemangel aktiv entgegentreten können“, betonte der IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Clemens Christmann (1. v. r.) bei einem Unternehmensbesuch. „Das hier gelebte Engagement für Qualifizierung, Integration und Mitarbeiterbindung ist vorbildlich und stärkt auch den Wirtschaftsstandort nachhaltig.“

www.frankfurt-main.ihk.de  Bildungscoach



IHK-VERANSTALTUNGSKALENDER

IHK-Sprechtag Unternehmensnachfolge

Mittwoch, 11. Februar,
9 bis 15 Uhr

Erfolgsfaktor Veränderung:

Wie Changemanagement Unternehmen voranbringt

Mittwoch, 11. Februar,
11 bis 12 Uhr

BIEG-Livestream: Social-Media-Trends 2026 – was du auf keinen Fall verpassen solltest

Mittwoch, 11. Februar,
15 bis 16.30 Uhr

Kommunal-Wahl-Check

2026:

Donnerstag, 12. Februar,
17.30 bis 21 Uhr

Im Vorfeld der Kommunalwahlen lädt die IHK zu einem Podiumsgespräch mit Vertretern der politischen Parteien über wirtschaftspolitische Themen und Zukunftsperspektiven für Frankfurt ein.

Automatisierung mit KI-Agenten: Zeit gewinnen, Kosten senken und Abläufe vereinfachen

Donnerstag, 19. Februar,
10 bis 11 Uhr

„Klimaneutral“, „nachhaltig“, „umweltschonend“: neue Regelungen für Werbung mit Umweltclaims

Dienstag, 24. Februar,
15 bis 16.30 Uhr

BIEG-Livestream: Von null auf sichtbar – was braucht deine erste Website

Mittwoch, 25. Februar,
15 bis 16.30 Uhr

Digitale Personalakte und Dokumentenmanagement: Mit klarer Struktur zum nachhaltigen Wertbeitrag

Donnerstag, 26. Februar,
10 bis 11 Uhr

Fördermittel clever nutzen

Dienstag, 10. März,
10 bis 11 Uhr

BIEG-Livestream: Suchmaschinenoptimierung verstehen: Werde sichtbar für deine Kunden

Mittwoch, 18. März,
15 bis 16.30 Uhr

BIEG-Livestream: EU-KI-Verordnung: Risiken, Pflichten, nächste Schritte

Mittwoch, 25. März,
15 bis 16.30 Uhr

IHK-Pitch-Arena

Donnerstag, 23. April,
17 bis 20 Uhr

Die IHK-Pitch-Arena bringt Kreditinstitute mit Jungunternehmern zusammen, damit gute Ideen eine passende Kreditfinanzierung finden.



Weitere Infos sowie eine komplette Veranstaltungsübersicht finden Sie unter

www.frankfurt-main.ihk.de/veranstaltungen

Die Teilnahme ist teilweise gebührenpflichtig. Sofern nicht anders angegeben, finden die Veranstaltungen in der IHK Frankfurt statt.

Wirtschaftssatzung der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main für das Geschäftsjahr 2026

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main hat in ihrer Sitzung am 10. Dezember 2025 gemäß den §§ 3 und 4 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 701-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. August 2021 (BGBl. I S. 3306) geändert worden ist, und der derzeit gültigen Beitragsordnung folgende Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2026 beschlossen:

I. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan wird wie folgt festgestellt:

1. im Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von Aufwendungen in Höhe von einem geplanten Vortrag in Höhe von dem Saldo der Rücklagenveränderung in Höhe von	60.987 T€ -70.724 T€ 2.041 T€ 7.696 T€	20,00 €
2. im Finanzplan mit Investitionseinzahlungen in Höhe von Investitionsauszahlungen in Höhe von	508 T€ -3.020 T€	180,00 € 360,00 €
		c) IHK-Zugehörigen, die im IHK-Bezirk zwei von drei Kriterien erfüllen, auch wenn sie sonst nach Ziffer 3 a bis b zu veranlagen wären: – mehr als 500 Mio. € Bilanzsumme – mehr als 100 Mio. € Umsatz – mehr als 1.000 Beschäftigte 10.000,00 €

II. Beitrag

1. Natürliche Personen und Personengesellschaften, die nicht in das Handelsregister eingetragen sind, und eingetragene Vereine, wenn nach Art oder Umfang ein in kaufmännischer Weise eingerichteter Geschäftsbetrieb nicht erforderlich ist, sind vom Beitrag freigestellt, soweit ihr Gewerbeertrag nach dem Gewerbesteuergesetz oder, soweit für das Bemessungsjahr ein Gewerbesteuermessbetrag nicht festgesetzt wird, ihr nach dem Einkommensteuergesetz ermittelter Gewinn aus Gewerbebetrieb 5.200 € nicht übersteigt.

2. Nicht im Handelsregister eingetragene natürliche Personen sind, soweit sie in den letzten fünf Wirtschaftsjahren vor ihrer Betriebseröffnung weder Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbstständiger Arbeit erzielt haben noch an einer Kapitalgesellschaft mittelbar oder unmittelbar zu mehr als einem Zehntel be-

teiligt waren, für das Geschäftsjahr der IHK, in dem die Betriebseröffnung erfolgt, und für das darauf folgende Jahr von der Umlage und vom Grundbeitrag sowie für das dritte und vierte Jahr von der Umlage befreit, wenn ihr Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb 25.000,00 € nicht übersteigt (Existenzgründerfreistellung).

3. Als **Grundbeiträge** sind zu erheben von

- a) IHK-Zugehörigen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind und deren Gewerbebetrieb nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert, aa) mit einem Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb über 5.200,00 €, aber höchstens bis 25.000,00 € soweit nicht eine Befreiung nach Ziffer 1 oder 2 greift 20,00 €
- ab) mit einem Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb von über 25.000,00 € 40,00 €
- b) IHK-Zugehörigen, die im Handelsregister eingetragen sind oder deren Gewerbebetrieb nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, ba) mit einem Verlust oder mit einem Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb bis 38.000,00 € 180,00 €
- bb) mit einem Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb über 38.000,00 € 360,00 €
- c) IHK-Zugehörigen, die im IHK-Bezirk zwei von drei Kriterien erfüllen, auch wenn sie sonst nach Ziffer 3 a bis b zu veranlagen wären:
– mehr als 500 Mio. € Bilanzsumme
– mehr als 100 Mio. € Umsatz
– mehr als 1.000 Beschäftigte 10.000,00 €
- d) Für Kapitalgesellschaften, die nach Ziffer 3 b zum Grundbeitrag veranlagt werden und deren im Handelsregister eingetragene Geschäftstätigkeit sich auf die persönliche Haftung i.S.v. § 161 Abs. 1 HGB in nicht mehr als einer ebenfalls der IHK Frankfurt am Main zugehörigen Personenhandelsgesellschaft in Komplementärfunktion beschränkt, wird auf Antrag der zu veranlagende Grundbeitrag auf 90,00 € ermäßigt. Diese Ermäßigung betrifft nur solche Komplementärgesellschaften, deren Gewerbeertrag bzw. Gewinn aus Gewerbebetrieb 25.500,00 € nicht übersteigt.

4. Als Umlagen sind zu erheben 0,14 Prozentpunkte des Gewerbeertrags, hilfsweise des Gewinns aus Gewerbebetrieb. Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften ist die Bemessungsgrundlage einmal um einen Freibetrag von 15.340,00 € für das Unternehmen zu kürzen.

5. Bemessungsjahr für Grundbeitrag und Umlage ist das Jahr 2026.

6. Soweit der Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb oder der Zerlegungsanteil für das Bemessungsjahr noch nicht bekannt ist, wird eine Vorauszahlung des Grundbeitrags und der Umlage auf der Grundlage des der IHK zum Zeitpunkt des Erlasses des Beitragsbescheids vorliegenden Gewerbeertrags, hilfsweise Gewinns aus Gewerbebetrieb des jüngsten Kalenderjahres erhoben. Teilt der IHK-Zugehörige seinen Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb mit, kann eine Vorauszahlung der Umlage auf Grundlage des mitgeteilten Betrags erhoben werden; soweit ein solcher nicht bekannt gegeben wird, kann die Veranlagung aufgrund einer Schätzung in entsprechender Anwendung des § 162 AO vorläufig erfolgen. Dies gilt entsprechend für die Bemessungsgrundlagen Umsatz, Bilanzsumme und Zahl der Beschäftigten, soweit diese für die Veranlagung zum Grundbeitrag erheblich sind.

Den IHK-Zugehörigen bleibt es vorbehalten, die vorläufige Veranlagung zu berichtigen, falls der Gewerbeertrag oder Gewinn des Geschäftsjahrs eine erhebliche Abweichung erwarten lässt.

Die IHK kann die Umlagevorauszahlungen an die voraussichtlichen Umlagen für den Erhebungszeitraum anpassen.

Ändert sich die Bemessungsgrundlage nach Erteilung des Beitragsbescheids, so erlässt die IHK einen berichtigten Bescheid. Zu viel gezahlte Beiträge werden erstattet, zu wenig erhobene Beiträge werden nachgefordert.

III. Kredite

Zur Aufrechterhaltung der ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft dürfen Kassenkredite bis zur Höhe von 10.000.000,00 € aufgenommen werden.

IV. Diese Wirtschaftssatzung tritt nach Veröffentlichung in Kraft.

Frankfurt am Main, 10. Dezember 2025

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main

Ulrich Caspar
Präsident

Dr. Clemens Christmann
Hauptgeschäftsführer

Erfolgs- und Finanzplan können nach Beschlussfassung durch die Vollversammlung online unter www.frankfurt-main.ihk.de/ihk-finanzen eingesehen werden.

HANDELSRICHTER

Der Präsident des Landgerichts Frankfurt am Main hat auf gutachterlichen Vorschlag der Industrie- und Handelskammer **Wolfram Geppert** ab 30. November 2025 für fünf Jahre zum Handelsrichter bei dem Landgericht Frankfurt am Main ernannt. Die Entscheidungen der Kammern für Handelsachen ergehen in aller Regel schnell und praxisnah, da sich der juristische Sachverstand des Vorsitzenden Richters und die kaufmännischen Erfahrungen der Handelsrichter in wirtschaftlichen Streitigkeiten ergänzen.

Nachtrag zur Wirtschaftssatzung der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main für das Geschäftsjahr 2025

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main hat in ihrer Sitzung am 10. Dezember 2025 gemäß den §§ 3 und 4 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 701-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. August 2021 (BGBl. I S. 3306) geändert worden ist, und der derzeit gültigen Beitragsordnung folgende Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2025 beschlossen:

Der am 10. Dezember 2024 beschlossene Wirtschaftsplan 2025 wird geändert und wie folgt neu festgestellt:

I. Wirtschaftsplan

1. im Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von	62.457 T€ (vorher 49.904 T€)
Aufwendungen in Höhe von	-74.332 T€ (vorher -63.964 T€)
einem geplanten Vortrag von	11.854 T€ (vorher 6.955 T€)
dem Saldo der Rücklagenveränderung von	2.062 T€ (vorher 7.105 T€)

2. im Finanzplan mit
Investitionseinzahlungen in Höhe von 9.989 T€
(vorher 14.089 T€)
Investitionsauszahlungen in Höhe von -1.651 T€
(vorher -1.696 T€)

Die übrigen Regelungen der am 10. Dezember 2024 beschlossenen Wirtschaftssatzung, die nicht durch Nachtrag geändert bzw. neu festgestellt werden, gelten unverändert.

Frankfurt am Main, 10. Dezember 2025
Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main
Ulrich Caspar Dr. Clemens Christmann
Präsident Hauptgeschäftsführer

Änderung von Gebührentarifen

Die Vollversammlung der IHK Frankfurt am Main hat in ihrer Sitzung am 10.12.2025 die folgenden Änderungen der Gebührenordnung (Gebühren-

tarif) der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main vom 14.04.2010, zuletzt geän-

dert durch Beschluss der Vollversammlung am 10.12.2024, beschlossen:

Gebühren-Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr neu
6	Fachkundeprüfungen, Unterrichtsverfahren, Gefahrgutschulungen	
6.1	Fachkundeprüfungen	
6.1.1	Straßengüter- und Straßenpersonenverkehr	
6.1.1.1	Durchführung der Fachkundeprüfung und Erteilung einer Fachkunde-Bescheinigung für den Straßengüterverkehr und den Straßenpersonenverkehr, ausgenommen Taxis und Mietwagen (§ 4 PBZugV, § 5 GBZugV)	310,00 €
6.1.1.2	Durchführung der Fachkundeprüfung und Erteilung einer Fachkunde-Bescheinigung für den Taxi- und Mietwagenverkehr (§ 4 PBZugV)	225,00 €
6.1.1.3	Fachkunde-Bescheinigungen ohne Prüfung gemäß Tarif Nr. 6.1.1.1 (Entscheidung über die Anerkennung leitender Tätigkeit – inklusive Ausstellung des Schulungsnachweises (§ 8 Abs. 2 GBZugV, § 7 Abs. 3 PBZugV))	330,00 €
6.1.1.4	Fachkunde-Bescheinigungen ohne Prüfung gemäß Tarif Nr. 6.1.1.2 (Entscheidung über die Anerkennung leitender Tätigkeit – inklusive Ausstellung des Schulungsnachweises (§ 7 Abs. 3 PBZugV))	350,00 €
6.1.1.5	Ausstellung einer Fachkunde-Bescheinigung im Verkehr aufgrund einer gleichwertigen Abschlussprüfung oder einer Umschreibung (§ 6 Abs. 3 PBZugV, § 7 Abs. 2 GBZugV)	110,00 €
6.1.1.7	Vorabstellungnahmen bei Anhörverfahren nach Güterkraftverkehrs- und Personenbeförderungsgesetz auf Antrag des Unternehmers	
6.1.1.7.1	positive Stellungnahme bei Anhörverfahren (§ 14 Abs. 1 PBefG, § 3 Abs. 5a GüKG)	80,00 €
6.1.1.7.2	negative Stellungnahme bei Anhörverfahren (§ 14 Abs. 1 PBefG, § 3 Abs. 5a GüKG)	70,00 €
6.2	Lehrgänge für Gefahrgutfahrzeuführer	
6.2.1	Entscheidung über einen Antrag auf Anerkennung des ersten Kurses (Unterabschnitt 8.2.1.1 ADR i. V. m. § 14 Abs. 3 GGVSEB i. V. m. § 3 Abs. 1 der Satzung betreffend die Ausbildung der Gefahrgutfahrer/-innen)	880,00 €
6.2.2	Entscheidung über einen Antrag auf Anerkennung eines weiteren Kurses (Unterabschnitt 8.2.1.1 ADR i. V. m. § 14 Abs. 3 GGVSEB i. V. m. § 3 Abs. 1 der Satzung betreffend die Ausbildung der Gefahrgutfahrer/-innen)	440,00 €

Gebühren-Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr neu
6.2.4	Entscheidung über einen Antrag auf Zustimmung bei einer wesentlichen Modifikation nach Anerkennung der Schulung (Unterabschnitt 8.2.1.1 ADR i. V. m. § 14 Abs. 3 GGVSEB i. V. m. § 3 Abs. 1 u. § 12 Abs. 2 der Satzung betreffend die Ausbildung der Gefahrgutfahrer/-innen)	90,00 € bis 370,00 €
6.2.5	Ablegung der Prüfung für Gefahrgutfahrer nach Teilnahme am jeweiligen Unterricht (Unterabschnitt 8.2.1.1 ADR i. V. m. § 14 Abs. 3 GGVSEB i. V. m. §§ 13, 14, 21 der Satzung betreffend die Ausbildung der Gefahrgutfahrer/-innen)	115,00 €
6.2.6	Ersatzausstellung einer Schulungsbescheinigung (ADR-Karte) für Gefahrgutfahrer (Unterabschnitt 8.2.1.1 ADR i. V. m. § 14 Abs. 3 GGVSEB i. V. m. §§ 13, 14 der Satzung betreffend die Ausbildung der Gefahrgutfahrer/-innen)	90,00 €
6.3	Lehrgänge für Gefahrgutbeauftragte	
6.3.1	Entscheidung über einen Antrag auf Anerkennung des ersten Lehrgangs für den ersten Verkehrsträger (Unterabschnitt 1.8.3.7 ADR i. V. m. § 7 Abs. 1 Nr. 2 GbV i. V. m. § 3 der Satzung betreffend die Schulung, die Prüfung und die Erteilung des Schulungsnachweises für Gefahrgutbeauftragte)	860,00 €
6.3.2	Entscheidung über einen Antrag auf Anerkennung eines Lehrgangs für einen weiteren Verkehrsträger (Unterabschnitt 1.8.3.7 ADR i. V. m. § 7 Abs. 1 Nr. 2 GbV i. V. m. § 3 der Satzung betreffend die Schulung, die Prüfung und die Erteilung des Schulungsnachweises für Gefahrgutbeauftragte)	570,00 €
6.3.4	Entscheidung über einen Antrag auf Zustimmung bei einer wesentlichen Modifikation nach Anerkennung eines Lehrgangs (Unterabschnitt 1.8.3.7 ADR i. V. m. § 7 Abs. 1 Nr. 2 GbV i. V. m. §§ 3, 12 Abs. 2 der Satzung betreffend die Schulung, die Prüfung und die Erteilung des Schulungsnachweises für Gefahrgutbeauftragte)	60,00 € bis 370,00 €
6.4	Schulungsnachweise für Gefahrgutbeauftragte	
6.4.1	Ablegung der Prüfung für Gefahrgutbeauftragte unter Berücksichtigung der Zulassungsvoraussetzung (Unterabschnitt 1.8.3.7 ADR i. V. m. § 7 Abs. 1 Nr. 4 GbV i. V. m. § 13 der Satzung betreffend die Schulung, die Prüfung und die Erteilung des Schulungsnachweises für Gefahrgutbeauftragte)	220,00 €
6.4.2	Ausstellung des Schulungsnachweises für Gefahrgutbeauftragte ohne Teilnahme an der Prüfung (Unterabschnitt 1.8.3.7 ADR i. V. m. § 7 Abs. 1 Nr. 5 GbV i. V. m. § 23 Abs. 4 der Satzung betreffend die Schulung, die Prüfung und die Erteilung des Schulungsnachweises für Gefahrgutbeauftragte)	80,00 €
7	Öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen	
7.1	Bearbeitung von Anträgen auf öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen (Verfahrensgebühr) (§ 36 GewO i. V. m. § 5 HAG IHKG u. § 5 SVO)	796,00 €
7.2	Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen (Bestellungsgebühr) (§ 36 GewO i. V. m. § 5 HAG IHKG u. § 5 SVO)	475,00 €
7.3	Verlängerung der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen (Verlängerungsgebühr) (§ 36 GewO i. V. m. § 5 HAG IHKG u. § 5 SVO)	405,00 € bis 685,00 €
7.4	Überprüfung der besonderen Sachkunde auch im Auftrag anderer IHKs (§ 36 GewO i. V. m. § 5 HAG IHKG u. § 5 SVO)	
7.4.1	Überprüfung der besonderen Sachkunde durch ein Fachgremium – auch im Auftrag anderer IHKs – (Überprüfungsgebühr 1) (§ 36 GewO i. V. m. § 5 HAG IHKG u. § 5 SVO)	685,00 €
7.4.2	Überprüfung der besonderen Sachkunde, soweit ein Fachgremium nicht verfügbar ist (Überprüfungsgebühr 2) (§ 36 GewO i. V. m. § 5 HAG IHKG u. § 5 SVO)	685,00 € bis 1.578,00 €
7.5	Widerruf und Rücknahme der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen (§ 36 GewO i. V. m. § 5 HAG IHKG u. §§ 5, 23 SVO)	705,00 €
9	Gebühren aus der Umsetzung des Versicherungsvermittlerrechts	
9.1	Registrierung von Versicherungsvermittlern/Versicherungsberatern (§ 34d Abs. 10 GewO)	60,00 €
9.1.1	Registrierung von Personen in leitender Position (§ 34d Abs. 10 GewO)	20,00 €
9.2	Erlaubnis für Versicherungsvermittler/Versicherungsberater (§§ 34d Abs. 1, 34d Abs. 2 GewO)	280,00 €
9.3	Erlaubnisbefreiung für Versicherungsvermittler (§ 34d Abs. 6 GewO)	150,00 €
9.4	Schriftliche Auskunft (§ 11a Abs. 2 GewO)	20,00 €
9.5	Anmeldung dritter EU- oder EWR-Staaten (§ 11a Abs. 4 GewO) je Staat	30,00 €
9.6	Ersatz- und Zweitbescheinigung (§ 11a GewO sowie § 1 Abs. 1 Gebührenordnung der IHK Frankfurt am Main)	50,00 €
9.7	Änderung der Registerdaten (§ 11a GewO)	50,00 €

Gebühren-Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr neu
11	Gebühren für die Prüfung der Berufskraftfahrer gemäß der Berufskraftfahrer-Qualifikations-Verordnung	
11.1	Grundqualifikation für Fahrer im Straßengüter- und Straßenpersonenverkehr	
11.1.1	Theoretische Prüfung Regelprüfung Personen-/ Güterverkehr (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 BKrFQG i. V. m. § 1 Abs. 5 BKrFQV)	455,00 €
11.1.2	Praktische Prüfung Regelprüfung Personen-/ Güterverkehr (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 BKrFQG i. V. m. § 1 Abs. 2 BKrFQV)	1.810,00 €
11.1.3	Theoretische Prüfung Quereinsteiger Personen-/ Güterverkehr (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 BKrFQG i. V. m. § 1 Abs. 5 BKrFQV)	545,00 €
11.1.4	Praktische Prüfung Quereinsteiger Personen-/ Güterverkehr (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 BKrFQG i. V. m. § 1 Abs. 5 BKrFQV)	1.815,00 €
11.1.5	Theoretische Prüfung Umsteiger Personen-/ Güterverkehr (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 BKrFQG i. V. m. § 1 Abs. 2 und § 3 BKrFQV)	440,00 €
11.1.6	Praktische Prüfung Umsteiger Personen-/ Güterverkehr (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 BKrFQG i. V. m. § 1 Abs. 2 und § 3 BKrFQV)	1.360,00 €
11.2	Beschleunigte Grundqualifikation für Fahrer im Straßengüter- und Straßenpersonenverkehr	
11.2.1	Theoretische Prüfung beschleunigte Regelprüfung Personen-/ Güterverkehr (§ 2 Abs. 2 BKrFQG i. V. m. § 2 Abs. 6 BKrFQV)	130,00 €
11.2.2	Theoretische Prüfung beschleunigte Quereinsteigerprüfung Personen-/ Güterverkehr (§ 2 Abs. 2 BKrFQG i. V. m. § 2 Abs. 9 BKrFQV)	195,00 €
11.2.3	Theoretische Prüfung beschleunigte Umsteigerprüfung Personen-/ Güterverkehr (§ 2 Abs. 2 BKrFQG i. V. m. § 3 Abs. 2 BKrFQV)	180,00 €
13	Entscheidung über einen Widerspruch, soweit der Widerspruch erfolglos geblieben ist (§ 1 Abs. 1 Gebührenordnung der IHK Frankfurt am Main)	68,00 € bis 679,00 €
14	Gebühren aus der Umsetzung des Finanzanlagenvermittlerrechts und des Honoraranlageberatungsgesetzes	
14.1	Erlaubnis für Finanzanlagenvermittler (§ 34f Abs. 1 GewO) oder Honorar-Finanzanlagenberater (§ 34h Abs. 1 GewO)	
14.1.6	Erweiterung des Erlaubnisumfangs für Finanzanlagenvermittler oder Honorar-Finanzanlagenberater um 1 Kategorie (§§ 34f Abs. 1 GewO, 34h Abs. 1 GewO)	55,00 €
14.1.7	Erweiterung des Erlaubnisumfangs für Finanzanlagenvermittler oder Honorar-Finanzanlagenberater um 2 Kategorien (§§ 34f Abs. 1 GewO, 34h Abs. 1 GewO)	100,00 €
14.1.8	Ersatz- und Zweitbescheinigung (§ 1 Abs. 1 Gebührenordnung der IHK Frankfurt am Main)	50,00 €
14.2	Registrierung	
14.2.1	Registrierung von Finanzanlagenvermittlern oder Honorar-Finanzanlagenberatern (§ 34f Abs. 5 GewO, § 34h Abs. 1 S. 4 GewO i. V. m. § 34f Abs. 5 GewO)	55,00 €
14.2.3	Änderungen der Registerdaten (§ 11a GewO)	50,00 €
14.2.4	Schriftliche Auskunft (§ 11a Abs. 2 GewO)	20,00 €
15	Gebühren aus der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie	
15.1	Registrierung	
15.1.1	Registrierung von Immobiliardarlehensvermittlern (§ 34i Abs. 8 Nr. 1 GewO)	85,00 €
15.1.3	Änderungen der Registerdaten (§ 11a GewO / § 34i Abs. 8 Nr. 3 GewO)	50,00 €
15.1.4	Registrierung von Vermittlern mit Erlaubnis aus einem EU- / EWR-Staat (§ 34i Abs. 4 GewO)	55,00 €
15.1.5	Schriftliche Auskunft (§ 11a Abs. 2 GewO)	20,00 €
15.1.6	Registrierung von Vermittlern für EU- oder EWR-Staaten (§ 34i Abs. 4 GewO, § 11a Abs. 1a, 4 GewO)	30,00 €

Die Änderung der Anlage 1 zu § 1 der Gebührenordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Frankfurt am Main, 10. Dezember 2025
Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main

Ulrich Caspar
Präsident

Dr. Clemens Christmann
Hauptgeschäftsführer

Genehmigt vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum am 27. Januar 2026 (Aktenzeichen 0458-III-041-d-06-00003#2025-00001)

Die vorstehenden Änderungen werden hiermit ausgefertigt und veröffentlicht:

Frankfurt am Main, 29. Januar 2026
Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main

Ulrich Caspar
Präsident

Dr. Clemens Christmann
Hauptgeschäftsführer

Änderung von Satzungsrecht

Änderung der Anlage 1 zu § 1 der Gebührenordnung

Die Vollversammlung der IHK Frankfurt am Main hat in ihrer Sitzung am 10.12.2025 die folgende

Änderung der Gebührenordnung (Gebührentarif) der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main

vom 14.04.2010, zuletzt geändert durch Beschluss der Vollversammlung am 10.12.2024, beschlossen:

Gebühren-Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr in €
4.1	Gebühr eines Berufsausbildungs- und Umschulungsverhältnisses (§§ 34 ff., 37, 58–63, 71 BBiG)	
4.1.1 bis 4.1.3, 4.3 und 4.7	finden keine Anwendung auf Ausbildungsverhältnisse, die in der Zeit vom 1.1.2022 bis zum 31.12.2027 beginnen. Dies gilt nicht für Ausbildungsverträge mit Personen, – die aus anderen IHK-Bezirken überwiesen werden, – aus nicht der IHK Frankfurt am Main zugehörigen Betrieben, – aus gemeinnützigen Institutionen, – die an Prüfungen auf Grund von § 45 Abs. 2 BBiG teilnehmen.	
4.1.1	in kaufmännischen und kaufmännisch verwandten Berufen	150,00 €
4.1.2	in kaufmännischen und kaufmännisch verwandten Berufen mit erhöhtem Aufwand (insbesondere gestreckte Abschlussprüfung mit praktischer Prüfung oder betrieblichem Auftrag)	210,00 €
4.1.3	in gewerblich-technischen Berufen	220,00 €
4.3	Anschlussverträge bei Stufenausbildung (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 BBiG) und Verlängerungsverträge (§ 21 Abs. 3 BBiG)	50 % von 4.1 und 4.2
4.7	Wiederholung einer Abschlussprüfung (§ 37 Abs. 1 S. 2 BBiG)	50 % von 4.1 und 4.2

Die Änderung der Anlage 1 zu § 1 der Gebührenordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Frankfurt am Main, 10.12.2025

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main

Ulrich Caspar
Präsident

Dr. Clemens Christmann
Hauptgeschäftsführer

Genehmigt vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum am 27. Januar 2026 (Aktenzeichen 0458-III-041-d-06-00003#2025-00001)

Die vorstehenden Änderungen werden hiermit ausgefertigt und veröffentlicht:

Frankfurt am Main, 29. Januar 2026

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main

Ulrich Caspar
Präsident

Dr. Clemens Christmann
Hauptgeschäftsführer

Beisitzerliste

Gemäß der Verordnung über Einigungsstellen zur Beilegung von Wettbewerbsstreitigkeiten vom 13. Februar 1959 (GVBl. Hessen I S. 3) in der Fassung vom 18. September 2023 (GVBl. Hessen I S. 671) wird im Einvernehmen mit der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main und der Verbraucherzentrale Hessen e. V. Folgendes bekannt gegeben:

Gemäß § 3 der o. a. Verordnung wurde Herr Helge Köhlbrandt, Frankfurt am Main, zum stellvertretenden Vorsitzenden für die Dauer von zwei Jahren, d. h. bis zum 31. Dezember 2027, ernannt.

Gemäß § 4 der o. a. Verordnung wurde nachstehende Liste der Beisitzer für das Kalenderjahr 2026 aufgestellt:

- 1. Beck, Matthias**, BeckConsult Steuerberatungsgesellschaft mbH
- 2. Döring, Jens**, x-markets GmbH & Co. KG
- 3. Gaffrey, Frank**, Betten Winkler Krifel GmbH
- 4. Hennke, Dr. Peter**, Oetker Collection KG

5. Hoffmann, Caspar Felix, bbiv berufsbildungsverlag UG (haftungsbeschränkt)

6. Hofmeister, Matthias, F. Hofmeister Marmor- und Granitwerk GmbH

7. Jäger, Olesja, Verbraucherzentrale Hessen e. V.

8. Köhlbrandt, Helge, Nestlé Deutschland AG

9. Lawrence, Katharina, Verbraucherzentrale Hessen e. V.

10. Nagel, Frank, Pia Hartmann Frank Nagel Art & Consulting GbR

11. Schmitt, Dr. Olaf H., Staterius GmbH

12. Severin, Sylvia, Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main

Ulrich Caspar
Präsident

Dr. Clemens Christmann
Hauptgeschäftsführer

SACHVERSTÄNDIGE

Durch die Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main wurden am 10. Dezember 2025 gemäß § 36 GewO und § 5 Abs. 1 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956, als Sachverständige öffentlich bestellt und vereidigt: **Sigurd Greb**, Bestellungsgebiet „Geschliffene Diamanten“, und **Dipl.-Ing. (FH) Klaus Peter Schilz**, Bestellungsgebiet „Überprüfung von Verdunstungskühlanalgen, Kühltürmen und Nassabscheidern“.

STEUERFÄLLIGKEITEN

Staatssteuern

Umsatzsteuer-/Mehrwertsteuer-Vorauszahlungen

Umsatzsteuer-/Mehrwertsteuer-Vorauszahlungen der Monatszahler werden am 10. Februar für den Monat Januar 2026 und am 10. März für den Monat Februar 2026 fällig. Monatszahler ist jeder Unternehmer, dessen Umsatzsteuer im Kalenderjahr 2025 mehr als 9000 Euro betragen hat.

Sonderregelung für Existenzgründer

Für Existenzgründer gilt eine bis 31. Dezember 2026 befristete Sonderregelung. Umsatzsteuer-Voranmeldungen sind in den ersten beiden

Jahren nach Gründung grundsätzlich nur vierteljährlich abzugeben. Weitere Infos unter www.frankfurt-main.ihk.de  Buchführung und Steuern für Existenzgründer

Körperschaft- und Einkommensteuer

Vorauszahlung auf die Körperschaftsteuer sowie die Einkommensteuer der Veranlagten (jeweils einschließlich Solidaritätszuschlag und gegebenenfalls Kirchensteuer) werden am 10. März für das erste Quartal 2026 fällig.

Lohn- und Kirchensteuer

Fälligkeit am 10. Februar für im Januar 2026 und am 10. März für im Februar 2026 einbehaltene Lohn-/Kirchensteuer sowie einbehaltene

tener Solidaritätszuschlag, wenn die für das Kalenderjahr 2025 abzuführende Lohnsteuer mehr als 5000 Euro betragen hat.

Bauabzugsteuer

Fälligkeit am 10. Februar für im Januar 2026 und am 10. März für im Februar 2026 einbehaltene Bauabzugsteuer; Abführung an das für den beauftragten Bauunternehmer zuständige Finanzamt (Infos online unter www.finanzamt.de).

Kommunale Steuern**Gewerbe- und Grundsteuer**

Am 16. Februar werden die Gewerbesteuer- und Grundsteuer-Vorauszahlungen fällig.

MARKTPLATZ

Business to Business für die Region FrankfurtRheinMain

Ihr direkter Kontakt zum Marktplatz: 0 69/42 09 03-75 oder per E-Mail verlag@zarbock.de

Mit einer Anzeige im **IHK WirtschaftsForum** erreichen Sie über 66 550 Entscheider in der Region FrankfurtRheinMain.

Wir beraten Sie gerne:

Armin Schaum, **0 69 / 42 09 03-55**

armin.schaum@zarbock.de

**Immobilien**

NEUE PERSPEKTIVEN
ERÖFFNEN



We offer free, innovative valuation concepts for residential real estate through our Dekra experts.

adler-immobilien.de
Tel. 0 69. 955 22 555



ADLER IMMOBILIEN

Präsentationsmappen

mappenmeister.de

[GEDRUCKTE QUALITÄT ZU SUPER PREISEN]

25% Rabatt auf Ihren ersten Druckauftrag | Code: 8H3E4W5I

Stahlhallenbau

STAHL HALLEN

Andre-Michels.de

02651.96200

IT-Dienstleistungen

30 Jahre PCDOCTOR.de
Ihr Retter in der Not
Experte für DSL, Netzwerk, Linux,
Mac und Windows
Desaster-Recovery bei Datenverlust
& Homepagereparatur

PCDOCTOR.de
60318 Frankfurt – Nordendstraße 26
0 69 / 90 50 28 20 – info@pcdoktor.de

Wirtschaftsmediation

MARKUS RUPPE
Wirtschaftsmediation

mr@markusruppe.de
www.markusruppe.de

„Unentbehrliches Bindeglied“

Foto: Sepp Jäger / IHK-Mitteilungen 2/1951



Reichhaltige Auslieferungslager sichern schnelle Warenversorgung.

In einer Sonderausgabe befassen sich die IHK-Mitteilungen im Februar 1951 mit dem Thema Handelsvertreter. Dabei geht es auch um den „Handelsvertreter als Verkehrsutzer“.

Es liegt im Wesen des Berufs des Handelsvertreters, daß er seine Funktion nahezu vollständig auf Reisen ausübt. [...] Trotz des Vordringens und der vielseitigen Vorzüge des Kraftfahrzeugs ist für einen großen Teil der Handelsvertreter noch immer die Eisenbahn das wichtigste Beförderungsmittel. [...] Das Kraftfahrzeug hat [...] den Vorteil, daß das Mitführen oft umfangreicher Musterkollektionen weniger Schwierigkeiten bereitet als auf der Bahn, und daß der Handelsvertreter bis vor die Tür seiner Kunden fahren kann. [...] Auch das Hotel- und Gaststättengewerbe wird von ihm in weitem Ausmaße in Anspruch genommen. [...] Oft ist sogar in kleinen Städten die Existenz der Hotels von den Handelsvertretern abhängig.

IHK WIRTSCHAFTSFORUM

Vorschau Ausgabe 04|05.26

Fokusthema „Baustellen“

Neben vielen kleinen Baustellen gibt es in Frankfurt aktuell auch große Infrastruktur-Projekte. Die Baustellensituation belastet hierbei nicht nur die Verkehrsteilnehmer, sondern vor allem die Gewerbetreibenden vor Ort – insbesondere Einzelhandel, Gastronomie, Hotellerie und produzierende Betriebe. Baustellen sind für viele Unternehmen nicht nur eine temporäre Belastung, sondern potenziell ein strategisches und finanzielles Problem, insbesondere wenn Bauprojekte über Jahre laufen oder schlecht koordiniert sind. Die Titelstory zeigt die vielschichtigen Probleme am Beispiel des Umbaus der Bockenheimer Landstraße auf.



Foto: mauritius images / Fr@ink



JETZT SCHON VORMERKEN

**Am 7. April erscheint die neue
Ausgabe des IHK WirtschaftsForums.**





Unverwechselbar – Nachhaltig

Unsere Idee,
immer ein wenig besser zu sein,
leben wir nicht nur in der Qualität
unserer Drucksachen.

So ist Nachhaltigkeit ein fester Bestandteil
unserer Firmenphilosophie.

Deshalb produzieren wir Ihre Drucksache CO₂-neutral.



www.blauer-engel.de/uz195



EMAS
ENVIRONMENTAL
MANAGEMENT
SYSTEM



natureOffice.com/DE-077-367729



CO₂-bilanzierte
Aktivitäten



CO₂-Emissionen
ausgeglichen



Umweltallianz
HESSEN

Friedrich Friedrich

Darmstädter Speditions- und Möbeltransportgesellschaft mbH

Folgen Sie uns auf Social Media:



Ihr Partner für Privat- und Firmenumzüge!

Privatumzüge

- ✓ Nah, fern & international
- ✓ Persönliche Beratung & professionelle Durchführung
- ✓ Demontage, Montage & Zwischenlagerung
- ✓ Von Mitmach- bis Full-Service
- ✓ Mitarbeiterumzüge
- ✓ Seniorenenumzüge

Firmenumzüge

- ✓ Präzise Planung, minimale Ausfallzeiten
- ✓ Projektmanagement & persönliche Koordination
- ✓ Referenzen namhafter Unternehmen – auf Anfrage verfügbar

+ Labor- und Klinikumzüge

+ IT-Umzüge

Jetzt anrufen & beraten lassen: **06155 - 83 67 0**

DMS
UMZUG & LOGISTIK

Friedrich Friedrich

Darmstädter Speditions- und Möbeltransportgesellschaft mbH

Wiesenstraße 5 • 64347 Griesheim • anfrage@friedrich-umzug.de

→ www.friedrich-umzug.de → www.sb-lagerhaus.de



Mehr Infos oder Kontakt unter:
friedrich-umzug.de

